

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 47 (1969-1970)

Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

20

Redaktion: Christian Rentsch, Werner Troxler, Johann A. Makowsky, Bruno Klieber, Steffen Lindig

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telefon 47 75 30
Auflage: 18 500

Druck und Versand:
Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG,
Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50

Inserate:
Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37
8001 Zürich, Telefon 23 83 83

Die böse Politik - oder: Was geht uns die Welt an

Sowohl die Ursache von Wissenschaft – das Interesse an der technischen Verfügbarkeit isolierter Prozesse in Natur und Gesellschaft – als auch die Folgen von Wissenschaft sind politisch. So selbstverständlich es ist, bei der Erforschung medizinischer Probleme die Frage nach den Folgen, dem Nutzen oder Schaden für den menschlichen Organismus zu stellen, so selbstverständlich ist es, bei jeder Forschung die Frage nach den Folgen, dem Nutzen und dem Schaden für die Gesellschaft zu stellen. Das ist: Das politische Mandat.

Das politische Mandat ist an sich gegeben. Es ablehnen, heisst: diesen Aspekt von Wissenschaft ausserwissenschaftlichen Institutionen zu überlassen. Heisst also: Sich drücken, vor den Folgen seines eigenen Handelns.

»Mit der Atombombe lässt sich nach den machtpolitischen Faustregeln einer dreitausendjährigen Militärgeschichte nicht leben, und das ist nur ein drastisches Beispiel. Der vorwissenschaftliche Horizont der Erfahrung wird infantil, wenn der Umgang mit den Produkten angespanntester Rationalität auf naive Weise in ihn eingelegt werden sollk (Habermas).

Christian Rentsch

»Dem GSTR obliegt die Wahrung der Interessen der Gesamtstudentenschaft.«
Reglement über die Organisation der Studentenschaft an der Universität Zürich vom 21. April 1964, § 20.)

Frägt man sich beim Lesen dieser Bestimmung, wodurch die Studenten sich denn als Gesamtheit auszeichnen, so sieht man, dass es ein Gemeinsames gibt, das allen Studenten eigen ist: als Lernende beschäftigen sie sich mit Wissenschaft. Wie aber geschieht dies? Das Gesetz über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Dezember 1859 garantiert: »An der Hochschule gilt akademische Lehr- und Lernfreiheit« (§ 126). »Frei« meint hier zweierlei: nämlich einerseits, dass jeder das Wissensgebiet wählen kann, das er möchte, und andererseits, dass Wissenschaft in Freiheit betrieben werden kann und soll. »Interessen der Gesamtstudentenschaft« sind somit vor allem solche, die aus der freien Beschäftigung mit Wissenschaft erwachsen. Damit aber stellt sich für die ganze Studentenschaft und ihre offiziellen Vertretungen die Frage, was das meint, Wissenschaft in Freiheit zu betreiben und was von uns aus dazu getan werden kann, damit dies möglich ist.

Wo und wann immer wissenschaftlich gehandelt wird, geschieht das unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen. Es besteht eine gesellschaftliche Bedingtheit, die sich in mannigfacher Weise zeigt: Einmal als materielle Abhängigkeit; die Mittel für Forschung und Lehre werden von ausseruniversitären Instanzen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Zuwendungen müssen nicht unbedingt inhaltliche Bedingungen verknüpft sein, zumindest nicht ausdrücklich. Es gibt nämlich auch eine immanente geistige Verflechtung: Studiengänge und Prüfungen sind von den Berufsbildern, die in der Gesellschaft herrschen, geprägt und auf sie hin orientiert. Eine dritte Art der Abhängigkeit sehen wir in der massiven inhaltlichen Einflussnahme. Die zunehmende Verwissenschaftlichung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und die enormen Forschungskosten haben zur Folge, dass zunehmend universitätsfremde Gremien ihren Einfluss auf die Gegenstände der Forschung geltend machen (Nationalfonds, Grundlagen- und angewandte Forschung für Wirtschaftsunternehmen an der ETH).

Dies seien nur einige Hinweise auf die vielfältigen Abhängigkeiten jeder Wissenschaft. Diese Einflüsse, seien sie materiell gesteuert, seien sie auch nur die der Vorstellungen und Normen, in denen wir alle erzogen worden sind und in denen wir leben, beeinflussen das wissenschaftliche Tun in Forschung, Lehren und Lernen.

Niemand wird behaupten, Wissenschaft in Freiheit könne je bedeuten, dass keinerlei Abhängigkeiten bestünden. Deshalb wäre es töricht, diese global als negativ zu beurteilen. Ebenso sicher wie dies aber ist, dass nicht alle Einflüsse und Abhängigkeiten positiv zu bewerten sind. Wenn wir – dem allgemein akzeptierten Verständnis fol-

gend – ein wesentliches Element wissenschaftlichen Tuns darin sehen, dass die Voraussetzungen, auf denen sich die Erkenntnisse aufbauen, bedacht werden, so muss der Wissenschaftler sich diesen Fragen stellen. Er muss die Abhängigkeiten, die seine Arbeit unmerklich beeinflussen, solange er die bedingenden Prämissen nicht reflektiert, werten. Nach welchen Kriterien aber?

Eine Reflexion auf die Bedingungen, unter denen der Wissenschaftler arbeitet, ist notwendigerweise eine kritische Betrachtung der Gesellschaft, die die Abhängigkeiten setzt. Denn die Universität wird von der Gesellschaft getragen. Sie steht in einer Art von Auftragsverhältnis (nämlich Erkenntnisse für die Gesellschaft bereitzustellen), das sie nicht unberücksichtigt lassen kann. Die gesellschaftlichen Abhängigkeiten sind daher zu beurteilen unter dem Gesichtspunkt der leitenden Idee, die die Gesellschaft propagiert.

Demokratie heisst die Lösung, unter der unsere Gesellschaft antritt. Was aber bedeutet das? Besagt diese von der Gesellschaft als konstitutiv erklärte Ideal nicht, dass alle Menschen in Berücksichtigung ihrer Eigenarten gleiche Rechte und gleichen Stand haben sollen? In solchem Verständnis soll, muss Demokratie dazu helfen, dass alle Bürger ihre menschlichen Möglichkeiten in Freiheit entfalten können. Dieses Bemühen wäre eine stete Annäherung an das mit der Staatsform erklärte Ideal.

Die Gesellschaft hat demnach die Verpflichtung, alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, wegzuräumen, z. B. ein faktisches Ungleichgewicht an Macht, wie es durch Kapital oder Amtsstellung etwa begründet sein kann. Wissenschaft nun in einem Gemeinwesen, das die Demokratie auf seine Fahnen geschrieben hat, muss der Verwirklichung dieses Ziels mit allen ihren Kräften dienen. (Und unserer Meinung nach muss Wissenschaft immer darauf gerichtet sein, wenn sie sich nicht als solche, nämlich als eine Erkenntnis suchende Instanz, verleugnen will. Aber dieser Ansatz, der von der engen Beziehung von Erkenntnis und ihrer breienden mündigmachenden Funktion ausgeht, kann und muss hier nicht ausgeführt werden.) Sie muss mit ihren Ergebnissen Mittel zur Gleichberechtigung aller bereitstellen, sie darf nicht im Dienste Einzelner stehen, deren Macht über andere sie dann vermehren hilft. Materiell wie psychisch muss sie gerade denen helfen, die in Abhängigkeitsverhältnissen stehen, die auf materiellem oder Informationsbedingtem Machtvorsprung begründet sind.

Von ihrem Auftrag her also, nämlich dem Dienst an einer demokratischen Gesellschaft, hat Wissenschaft immer gesellschaftskritisch zu sein; zunächst in der Beurteilung der Gesellschaft, die Anforderungen an sie stellt.

Aber nicht nur durch den demokratischen Eigenanspruch der Gesellschaft ist jeder in irgendeiner Form mit Wissenschaft Beschäftigte legitimiert und verpflichtet, die Gesellschaft kritisch in seine Überlegungen mit einzubeziehen. Auch noch ein zweiter Grund macht diese beständige Reflexion zu einer unbedingten Notwendigkeit: Wissenschaft ist angewiesen auf möglichst vorurteilslosen Austausch von Meinungen und eine im Wechselspiel gleichberechtigter Argumentationen dialektisch sich vollziehende Wahrheitsfindung. Dieses dialogisch-dialektische Prinzip entspricht der Offenheit, wie sie wahre Demokratie verkörpert sollte. Es ist aber kaum vorstellbar, dass eine undemokratische Gesellschaft demokratische Formen unterstützen kann. Eine solche Gesellschaft wird die Wissenschaft auf die Dauer zerstören. Indem also die Universität die Gesellschaft kritisch an ihrem eigenen Anspruch misst, trägt sie auch Sorge um ihre eigene Existenz als Ort von wissenschaftlicher

Der Prozess der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ist Teil des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Dieser faktische Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft zeigt die Tendenz zu einer immer stärkeren Integration der Wissenschaft in den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang, zu einer Verwissenschaftlichung aller gesellschaftlichen Lebensäußerungen und zu einer Vergesellschaftung des wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsprozesses. Damit ist eine politische Dimension der Wissenschaft vorgegeben, deren Anerkennung jedem Versuch einer Bestimmung des adäquaten Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zugrunde gelegt werden muss. Das Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre kann unter diesen Umständen nicht nur negativ im Sinne einer Abschirmung individueller Gelehrsamkeit gegen interessierte Einwirkung von aussen verstanden werden. Freiheit von Forschung und Lehre kann politisch wirksam nur unter der Bedingung gesichert werden, dass die faktisch bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse transparent gemacht und die gesellschaftlichen Funktionen der von den an Lehre und Forschung unmittelbar beteiligten Gruppen reflektiert und im Bewusstsein der politischen Folgen ausgeübt werden.

Jürgen Habermas/Albrecht Wellmer

Erkenntnis, der zugleich wiederum als Motor der Selbstverwirklichung der Gesellschaft gemäss ihrem demokratischen Ideal zu sehen ist.

Unter diesen beiden Aspekten sind nicht nur die Abhängigkeiten, in denen wir alle stehen, sondern auch die Ergebnisse, die wir zu finden mithelfen, zu sehen: Wissenschaft, die gegenüber der Verwendung ihrer Resultate blind ist, arbeitet der propagierten Zielsetzung der Gesellschaft, in deren Auftrag sie frei tätig ist, entgegen statt sie zu fördern und untergründet damit auch die Basis ihrer eigenen Existenz. Denn leicht tritt der Fall auf, dass proklamiertes Gesellschaftsideal und die Praxis in zwei einander entgegengesetzte Richtungen gehen; dass die Wissenschaft in den Dienst von Einzel- oder Gruppeninteressen gestellt wird, die die Macht derer stabilisieren, die an einem faktisch bestehenden Ungleichgewicht der Machtverhältnisse im Staat im eigenen (Gruppen-)Interesse festhalten wollen.

Forschen, Lehren und Lernen in Freiheit meint folglich die Möglichkeit zur Verantwortung: Verantwortliche Wissenschaft erfordert, dass jeder, der sich mit Wissenschaft beschäftigt, die politische Dimension, d. h. die gesellschaftliche Bedeutung seines Tuns erkenne und mitbedenke; ja dass er die praktischen Konsequenzen aus seiner öffentlichen Verantwortung zieht und sich gegen alle Zielsetzungen und Auswertungen zur Wehr setzt, die dem gleichberechtigten und chancengleichen Zusammenleben von Menschen entgegenstehen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

IN DIESER NUMMER

Uni-Weltpolitik	3
VSS-Experimente	5
In Sachen KSIR	13
Interview mit dem »Schauspielhaus«	15
Ende des Liberalismus	17
Entwicklungshilfe	19

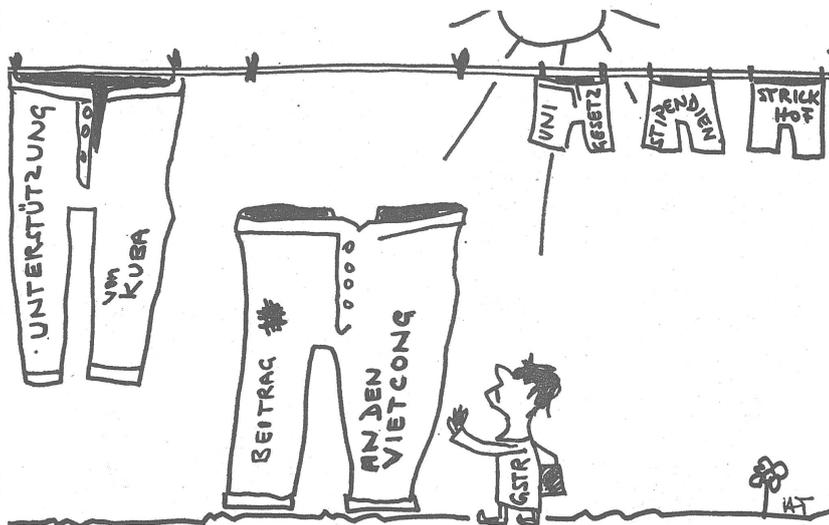
Redaktionsschluss: 31. Dezember

Lieber Leser,

in der Weihnachtszeit sollte Frieden herrschen, weltweit. Doch bleibt dieser Wunsch wohl ewig Wunsch, denn an Hunderten von Orten wird der Kampf blutig mit Waffen ausgetragen. Selbst die Universität zeigt sich in Kampf Stimmung. Doch wird – zum Glück – nicht scharf geschossen, auch werden keine Steine fliegen, nein, das Gefecht wird nur mit Worten geführt: der »kalte Krieg« um die Urabstimmung in den kommenden Tagen. Die einen wollen unbeschränkt welt-politisieren, so leidenschaftlich gerne, dass sie ihr Amt im GSTR niederzulegen gedenken, falls sie die weisse Fahne ziehen müssten, die andern wollen sich nicht in Welt-politik suhlen, weil sie glauben, dass das schon für Propolitiiker zu schwer geworden ist.

Doch wird der Student, der unbefleckte und neutrale, sich für die einen oder andern entscheiden müssen. Vielleicht denkt er dabei schon an Weihnachten, an den Christbaum und die vielen Geschenke. Und vielleicht ist es ihm hundewurst, ob »ja« oder »nein« gestimmt wird, Hauptsache, die Semesterferien sind bald da und der viele Schnee und all die Freuden! So ist er glücklich und lobt sich Student zu sein an einer freundlichen Universität. Doch, so meine ich, wird er sich vielleicht ärgern und rot anlaufen im Gesicht, spätestens dann nämlich, wenn er am 1. Mai am Strassenrand steht und sich selbst vorbeimarshieren sieht mit Transparenten und roten Fahnen, vertreten durch irgendeinen »Jemand«. Oder wenn »... die Studenten erklären sich solidarisch« in allen Zeitungen zu lesen ist. Solidarisch mit irgendwelchen Extremisten. Dann erinnert er sich wieder an die schöne Weihnachtszeit, die er dem Frieden zuliebe verschlafen hat, und schwört, dass er das nächste Mal bestimmt dabei sein werde. Das nächste Mal ist es zu spät. Schöne Weihnachtszeit!

Werner P. Troxler



Ob diese Hose wohl passt?

Studentenpolitik ist mehr als studentische Interessenvertretung

Die Stellungnahme der Liberalen Studentenschaft

Nach der alten, heute noch oft vertretenen Auffassung soll sich die Studentenpolitik darauf beschränken, die unmittelbaren Interessen der Studentenschaft zu vertreten, d.h. die studentische Selbstverwaltung (Arbeits- und Zimmervermittlung, Verkaufsstellen der Studentenschaft, Lesesäle usw.) möglichst gut zu führen und daneben die konkrete Situation des einzelnen Studenten dadurch zu verbessern, dass sie sich um billigeres Essen in der Mensa, mehr Hörsäle, bessere Bibliothek usw. bemüht. Die studentische Politik soll die Sachfragen lösen, die sich aus der konkreten Situation des Studenten ergeben. Sie soll aber auf ein politisches Mandat, d.h. auf eine über die Universität hinausgehende politische Tätigkeit, verzichten, da sie als Zwangskörperschaft nicht eine bestimmte weltanschauliche Richtung vertreten soll.

Die eben beschriebene Position entspricht der traditionellen Studentenpolitik, wie sie bis vor wenigen Jahren an der Universität Zürich betrieben und nun vom amtierenden Kleinen Studentenrat wieder aufgenommen wurde.

Universität und Gesellschaft

Dieser Auffassung von Studentenpolitik ist entgegenzuhalten, dass es nicht möglich ist, das Gebiet »Studentische oder inneruniversitäre Angelegenheiten« isoliert zu betrachten und in diesem Raum »Sachpolitik« frei von weltanschaulichen Positionen zu betreiben. Denn es besteht heute eine derart enge Interdependenz zwischen Gesellschaft und Universität, dass inneruniversitäre Politik zugleich auch immer Gesellschaftspolitik ist. Einerseits werden nämlich die Universität und die in ihr arbeitenden Dozenten und Studenten stark durch die bestehende Gesellschaft geprägt. Die gesellschaftlichen Strukturen und Wertvorstellungen bestimmen weitgehend die Organisation der Universität und ihre Rolle in der Gesellschaft. Andererseits haben heute die Wissenschaften einen ungeheuren Einfluss auf das Denken und den Aufbau der Gesellschaft. Grundsätzlich hat deshalb jede Handlung, die den Wissenschaftsbetrieb an der Universität irgendwie betrifft, unmittelbare oder mittelbare gesellschaftliche Auswirkungen.

So ist Studentenpolitik immer auch Gesellschaftspolitik insofern, als sie den Lern-, Lehr- und Forschungsprozess beeinflusst und damit Denken und Verhalten der zukünftigen Akademiker prägt. Dass die studentischen Reformpostulate nach Autonomie der Universität, Mitbestimmung und neuen Lehrformen letztlich weltanschaulich begründet sind und gewaltige gesellschaftliche Auswirkungen haben werden, dürfte unbestritten sein. Aber auch eine Studentenpolitik, die von solchen Forderungen absieht und sich auf eine studentische Interessenvertretung beschränkt, hat einen weltanschaulichen Hintergrund und ist mitnichten reine Sachpolitik. Eine solche Politik akzeptiert nämlich die die Universität wesentlich bestimmenden gesellschaftlichen Strukturen und Normen als rich-

tig und gültig und handelt nur noch innerhalb dieser von aussen gegebenen Richtlinien. Es handelt sich also um eine im wahrsten Sinne des Wortes »konservative« Politik (was keine Wertung, sondern eine reine Feststellung beinhaltet soll). Das Argument, die Studentenschaft als Zwangskörperschaft dürfe keine bestimmte politische Richtung vertreten, ist deshalb falsch: Jeder studentischen Politik liegt eine bestimmte weltanschauliche Haltung zugrunde, ob man sich nun dessen bewusst ist oder nicht.

Studentenpolitik als bewusste Gesellschaftspolitik

Es ist unserer Meinung nach nicht richtig, unter den heutigen Umständen den gesellschaftlichen Rahmen, der die Universität formt, einfach grundsätzlich zu akzeptieren und wissenschaftlich innerhalb dieses Rahmens zu arbeiten, ohne ihn selbst je kritisch zu überdenken. Bei dem ungeheuren Einfluss, den heute die an der Universität betriebene Wissenschaft auf das gesellschaftliche Leben hat, ist es unumgänglich, auch über die politischen Voraussetzungen, Implikationen und Folgen der Wissenschaft nachzudenken. Es wäre verantwortungslos, dieses Nachdenken ausseruniversitären Gruppen zu

überlassen und sich auf die rein wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren. Wir können es uns heute nicht mehr leisten, hochqualifizierte Wissenschaftler und Kader auszubilden, die sich über die politischen Voraussetzungen und Folgen ihrer Arbeit nicht im klaren sind. Eine Gesellschaft, die immer mehr die Kontrolle über einen rasenden technologischen und wirtschaftlichen »Fortschritt« verliert und sich von ihm willenlos treiben lässt, braucht dringend Menschen, die fähig sind, kritisch und selbständig gesellschaftliche Probleme zu überdenken und verantwortungsbewusst zu handeln. Das Nachdenken über die politische Dimension von Universität und Wissenschaft muss also ein integrierender Bestandteil der akademischen (wie jeder andern) Ausbildung werden.

Eine Studentenpolitik, die sich bewusst gesellschaftspolitisch versteht, will diese politische Dimension der Universität sichtbar machen und sie einer offenen und demokratischen Diskussion unterstellen. Für das politische Mandat einzutreten, heisst letzten Endes nichts anderes, als sich zum politischen Charakter der eigenen Tätigkeit zu bekennen und ihn in einer demokratischen Diskussion ständig neu zu überdenken.

Liberaler Studentenschaft Zürich

Aus den Sitzungen des GStR

Die wichtigsten Entschlüsse der GStR-Sitzung vom 25./28. November

Die Differenzen zwischen dem KStR und dem GStR haben sich – auch wenn von den persönlichen Streitigkeiten abgesehen wird – in der letzten Zeit weiter verschärft. Der KStR, der wo immer möglich betont, dass die Mehrheit des GStR »progressiv« sei, also nicht so zusammengesetzt sei, wie es der Allgemeinheit der Zürcher Unistudenten entspreche, verlegte sich in der Folge auf die Taktik, alle vom GStR gegen den Willen des KStR angenommenen oder abgelehnten Anträge einer Urabstimmung zu unterbreiten. Um eine sachliche Information zu gewährleisten, werden hier im »zürcher student« die wichtigsten Beschlüsse und Anträge der letzten GStR-Sitzung vom 25. und 28. November zusammengefasst.

Zu Traktandum 7 (Strickhof-Projekt)

»Die Studentenschaft der Uni Zürich unterstützt und begrüsst das Fonds-Gesetz zur Finanzierung des Strickhofprojekts.« (Antrag KStR, mit 42:17 bei 1 Enthaltung abgelehnt) »Zur Behandlung des Strickhofprojekts ist eine 3er-Kommission des GStR zu bestellen, die zuhanden der GStR-Mitglieder mindestens bis zur nächsten Sitzung, an welcher das Strickhofprojekt behandelt wird, eine Dokumentation auszubereiten hat. Zur Beurteilung des Projekts und seiner Realisierbarkeit ist eine Zusammenarbeit mit der Architektur der ETH und evtl. mit Vertretern von politischen Parteien anzustreben. Bis zur Abfassung dieses Berichts soll der KStR keine eigenen Schritte in dieser Sache unternehmen.« (Antrag Beat von Albertini, mit 51:0 bei 8 Enthaltungen angenommen)

Zu Traktandum 8 (Uni-Gesetz)

»Der GStR fasst in seiner Sitzung vom 25. November keine Beschlüsse in bezug auf das Uni-Gesetz, sondern es findet ein GStR-Seminar statt. Thema: Uni-Gesetz. Die Organisation übernimmt das GStR-Büro.« (Antrag Thomas Held, mit 52:0 einstimmig angenommen)

Zu Traktandum 9 (Verhältnis GStR—KStR)

Resolution: »In Anbetracht der Tatsache, dass die universitätsinterne studentische Auseinandersetzung Energie und Arbeitskraft absorbiert und damit die Studentenschaft in ihrer Aktivität gegen aussen lähmt, dass in weiten Kreisen der Studentenschaft völlige Unklarheit über die aktuelle Studentenpolitik, über die studentischen Vorbereitungen zum

Uni-Gesetz und zum Strickhofprojekt sowie über den Stand der Mitbestimmungsfragen herrscht, bedauert der GStR

- 1. die von ihm mitverschuldete fruchtlose formaljuristische Auseinandersetzung über politische Fragen, fordert der GStR
- 2. den KStR auf, festzustellen, dass eine politische Basis – ohne die eine demokratische Amtsführung nicht möglich ist – nicht vorhanden ist, und deswegen seinen Rücktritt zu nehmen, verpflichtet sich der GStR
- 3. sämtliche persönliche Polemik gegen die Mitglieder des KStR, insbesondere gegen den Präsidenten, einzustellen.« (Antrag Werner Stieger, mit 35:12 bei 4 Enthaltungen angenommen)

Erklärung des KStR vom 28. November

Zu Traktandum 5 (Vietnam-Diskussion)

Auf Anfrage von Harro von Senger legt der GStR mit 37:11 Stimmen § 20 des Reglements über die Organisation der Studentenschaft an der Universität Zürich in dem Sinne aus, »dass er auch berechtigt ist, allgemein innenpolitische und aussenpolitische Meinungsäusserungen, Stellungnahmen, Interventionen und dgl. zu beschliessen und im Namen der Gesamtstudentenschaft in die Öffentlichkeit einzubringen.«

Der darauffolgende Antrag Harro von Sengers, diesen Beschluss einer Urabstimmung zu unterziehen, wurde mit 26:14 bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Daraufhin verlangte der KStR eine Urabstimmung über diesen Beschluss.

Die beiden Vietnam-Anträge:

»Der GStR unterstützt die medizinische Hilfeleistung der Centrale Sanitaire Suisse mit einem Betrag von 1000 Fr.« (Antrag Christian Gabathuler, mit 38:7 bei 6 Enthaltungen angenommen) »Folgender Wortlaut ist mit der Bekanntgabe des Entscheids des GStR zu veröffentlichen (Presse, US-Botschaft):

»Mit dem Betrag von 1000 Fr. zuhanden der Centrale Sanitaire Suisse geben wir unserer Scham und Ohnmacht Ausdruck für das, was bis jetzt in Vietnam geschrien ist. Wir sind uns jedoch bewusst, dass wir uns mit einer karitativen Hilfeleistung nicht von der Verantwortung loskaufen können. Das vietnamesische Volk benötigt in nächster Zukunft nicht einfach vermehrte medizinische Hilfe und etwas weniger Napalm, sondern das sofortige Ende des Krieges. Mit dieser Haltung zum Vietnamproblem versuchen wir, zusammen mit der weltweiten Anti-Krieg-Bewegung, die nötigen politischen Entscheide zu erzwingen.«

(Antrag Christian Gabathuler, mit 34:8 bei 7 Enthaltungen angenommen)

Zusatzantrag Christian Hess, in diesem Wortlaut »das vietnamesische Volk durch »der heldenhafte Vietcong« zu ersetzen, wird von der Rechten (Reinhardt, Wagner usw.) unterstützt, unterliegt aber mit klarem Mehr.

»Der GStR beschliesst heute über den Antrag Gabathuler. Das Ergebnis dieser Abstimmung tritt erst in Kraft, wenn das Ergebnis der Urabstimmung vorliegt.«

(Antrag Werner Stieger, mit 30:6 Stimmen angenommen) Th.

Ideologisches um den KStR

Die Diskussion um die Einsitznahme von Studentenvertretern in den Senat und Senatsausschuss, um das Strickhofprojekt, das Uni-Gesetz und das politische Mandat der Studentenschaft hat das leidige Gezänk um Schlüsselgeschichten und andere persönliche Differenzen zwischen KStR und einigen »progressiven« Studenten, die immerhin drei Seiten des letzten »zürcher student« gefüllt und einen »Anti-zsk« – gedruckt bei der »Zürchersee-Zeitung«, Stäfa – provoziert haben, zum Schweigen gebracht, Glücklicherweise, denn so notwendig es mir schien, den Angegriffenen das Wort zur Verteidigung zu geben, so nützlich auch die »demagogische« Verwendung von Photos aus der Kabarett-Zeit Beat Richners – darf denn nur die Gegnerschaft der »Progressiven polemisieren? – war, die letzte Nummer des »zürcher student« hat mehr Schaden angerichtet als genützt. Sie lenkte nämlich von den sachlichen Divergenzen zwischen KStR und einer Mehrheit der GStR-Mitglieder ab.

Unterdessen hat sich nun die Diskussion auf denjenigen Aspekt verlagert, der eigentlich schon von Anfang an gemeint war: den politischen.

Dass auch hier mehr mit Emotionen denn mit Argumenten diskutiert wird, ist nicht nur schade, sondern auch bezeichnend. So etwa, wenn Beat Richner im »Anti-zsk« auf »Parallelen zwischen Vorgängen an unserer Universität und den Universitäten der Ostblockstaaten vor zwanzig Jahren hinweist, die die Voraussetzungen für die nun ausweglose Situation beispielsweise der Tschechoslowakei geschaffen« hätten; so wenn Peter Wiesendinger in der »Zürchersee-Zeitung vom 3. Dezember schrieb: »Aberlernd droht jetzt die Politik (des KStR) Schiffbruch zu erleiden, da sich der GStR wegen der eingangs erwähnten Differenzen zwischen studentischen Weltpolitikern und Zürcher Studentpolitikern nahezu neutralisiert,« so wenn – und hier wird der Tatbestand dann rechtswidrig – in derselben »Zürchersee-Zeitung vom ?? November das FLU-Flugblatt, das recht unsauber über Sena, Rektor und Behörden lästert, als Erzeugnis der »progressiven« Studentengruppen LSZ, SHG und FSZ ausgegeben – und nicht demontiert! – wird.

Hier zeigt sich die gedankliche Identität mit dem ideologischen Denk- und Schreckschema, das seinen aktuellen Ausdruck etwa im Zivilverteidigungsbuch gefunden hat, hier wird auf billige Weise ein Feind-Bild produziert, das das Alibi dafür schafft, nicht mit sachlichen Argumenten zu rechnen. So sind Beteuerungen, man sei für den Bau des Strickhofprojektes und die Demonstration eines undurchsichtigen Richtplans sei feil am Platz, wenn nicht auf sachliche Kritiken am Projekt eingegangen werden kann, wenn sich der KStR nicht einmal darüber klar ist, wie beispielsweise der Fonds gespeist werden soll, dem man zum vornherein zugestimmt hat.

Und hier wird der KStR bei den »Progressiven«, denen es – so wenig gern dies »totalverdingelte« Behörden und eine bestimmte Presse wahrhaben möchten – wirklich um sachliche Argumente geht, weder Gefolgschaft noch Diskussionsbereitschaft finden.

Christian Rentsch

(Fortsetzung von Seite 1) Die böse Politik

Wir glauben, aufgezeigt zu haben, dass dies ein Interesse aller wissenschaftlich Tätigen ist, also auch ein Interesse der Studenten, das direkt aus der Tätigkeit als Student an der Universität erwächst: Es geht hier um eines der studentischen Anliegen, die laut oben zitiertem Reglement auch von den studentischen Vertretungen wahrgenommen werden.

Die Verantwortung, von der wir gesprochen haben, scheint zunächst nur die in bezug auf die eigene Gesellschaft zu meinen; ja man könnte sogar argumentieren: nur die die Universität Zürich tragende, d. h. finanzierende Bevölkerung des Kantons sei angesprochen. Gerade diese Überspitzung aber zeigt, wie absurd eine solche Einschränkung ist: Ähnlich, wie wir nicht einen Kanton von der Gesamtgesellschaft Schweiz isolieren können, dürfen wir auch den Staat nicht in seinem westeuropäischen, gesamteuropäischen, dann weltpolitischen Kontext isolieren. Im Zeitalter der kaum beschränkten Kommunikation sind die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen sowie die geistigen Wechselwirkungen so stark, dass eine Betrachtungsweise, die nur das eigene Land sieht, hoffnungslos platt und oberflächlich bleibt. Es werden dann möglicherweise nur

Symptome, nicht aber Ursachen und Gefahrenherde erkannt: da wir alle von weltpolitischen Entwicklungen direkt oder mittelbar betroffen sind, ist ein solcher Isolationsismus äusserst gefährlich. Selbst wenn unsere Gesellschaft die freier Individuen wäre, so nutzte uns das gar nichts in einer Welt, die durch Unfreiheit und Krieg auch uns bedroht.

Es ist aber nicht nur gefährlich: Wir fragen uns, was für eine schäbige Verantwortung das ist, die an den Landesregierungen haltmacht. Damit wird – gerade heute, wo Futurologen warnend darauf hinweisen, dass es zur Bewältigung der anstehenden Probleme (Ernährung, Kriege usw.) eine Solidarität der Weltbevölkerung brauche – der Wert »Verantwortung« pervertiert und unglauwbüdig gemacht.

Von daher erscheint es uns pragmatisch wie moralisch nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend erforderlich, dass die, die als Wissenschaftler unter der Verpflichtung stehen, der Verwirklichung eines demokratischen Zusammenlebens der Menschen zu dienen, die Kräfte in aller Welt unterstützen, die die reale Gleichberechtigung aller anstreben.

Die Studentenschaft als eine Gruppe der Wissenschaft Treibenden, die ihr

Tun als Mittel zur Besserung der Lage aller physisch wie psychisch Unterdrückten sieht, kann nicht an der Unterdrückung in der Welt vorbeisehen: sie muss ihren Abscheu ausdrücken und die befreienden Kräfte unterstützen. Sonst gefährdet sie sich, die Gesellschaft und die Wissenschaft, macht sich, die Gesellschaft und die Wissenschaft, unglauwbüdig, ist sie schizo-phren, indem sie für sich fördert, womit sie sich ansonsten nicht zu solidarisieren bereit ist.

Dieser Argumentation wird meistens ganz pragmatisch entgegengehalten, Studenten könnten sich nicht um alles kümmern. Es gebe viele Weltprobleme, zu denen man Stellung nehmen müsse. Dieses Argument ist richtig und falsch zugleich: In der Tat können Studentenschaften nicht zu allem – zu Brasilien, Griechenland, Spanien, Portugal, Vietnam, Biafra, CSSR, Russland, DDR, Südafrika, dem USA-Rassenproblem usw. – aktiv werden. Aber wer hat je gesagt, man solle das tun, wenn man vor dem bestehenden politischen Mandat der Studentenschaft nicht die Augen verschliesst? Oder aber soll der Gedankengang darauf hindeuten, dass, wer nicht alles tun kann, besser nichts tut? Was wäre allerdings ein fataler Schluss, etwa mit der Folgerung: Wer

nicht alles studieren kann, darf gar nichts studieren. Ob das nicht etwas zu absurd ist? Natürlich gilt es auszuwählen. Diese notwendige Auswahl wird von zwei Faktoren gesteuert:

Erstens durch die Aktualität und von der durch sie geweckten Bereitschaft der Öffentlichkeit, eine Frage als Problem zu sehen. Mit ihren Aktionen kann die Studentenschaft zunächst nur ansprechen, was schon im Gespräch ist. Solidarisation und protest haben hier allein verstärkende Wirkung (so etwa zum Memorial-Day, zu Vietnam).

Die Auswahl ist zudem bestimmt von der besonderen sozialen Stellung der Studenten: Es wird oft beobachtet und lässt sich leicht nachweisen, dass bestimmte aktuelle politische Fragen von Regierung, Parteien, Verbänden und Interessengruppen nicht angegangen werden, weil sie »zu heiss« sind, d.h. weil Kollisionen aufgrund von Interessensüberschneidungen zu befürchten sind. Die Studenten aber als eine im Vergleich zu anderen Gruppierungen und Instanzen weniger stark in die öffentlichen Verpflichtungen integrierte Gruppe können sich leichter solchen sonst umgangenen Themen annähern. (Z. B. wurde zu einer Zeit, als Offiziele noch glaubten, Griechenlands Diktator schon zu müssen, von Studenten eine Dokumentation erarbeitet, die zur Aufdeckung der Zustände wesentlich beitrug.)

Wenn wir als Studenten das politische Mandat, das aus der Garantie, Wissenschaft in Freiheit betreiben zu können, und der daraus erwachsenden kollektiven Verantwortung resultiert, konkret wahrnehmen, greifen wir immer punktuell gezielt ein. Wir tun es, indem wir materiell oder moralisch Zeichen setzen. Mehr ist der Studentenschaft nicht möglich. Dieses Mögliche aber zu tun, ist ihre ihr aus der wissenschaftlichen Tätigkeit entstehende Verpflichtung.

Adrian Honegger
Bernd Dieter Niebuhr

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dolmetscherschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich.

Redaktion: Steffen Lindig, Christian Rentsch, Johann-Annos Makowsky, Werner Troxler, Bruno Klieber.

Verantwortlich für Produktion, Vertrieb, Werbung und Finanzen: Christian Rentsch.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telefon (051) 47 75 30; Postcheckkonto 80-35589, Sekretariat Valeria Frey.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (051) 27 09 50. Insetts: Dr. H. Diltsch, Bahnhofstrasse 37, 8001 Zürich; Telefon (051) 23 83 83, Postcheckkonto 80-286334. Einzelbezugpreis 80 Rappen, Jahresabonnement Fr. 6.– auf Konto 80-35589.

Auf der Titelseite findet sich eine Stellungnahme für das sogenannte unbegrenzte politische Mandat!

Hier stehen wichtige Gründe dagegen

Der Basisstudent ...

Wir wollen offen sein. Wer das unbegrenzte politische Mandat verneint, kritisiert unvermeidlich auch diejenigen, die dafür einstehen. Das ist in diesem Artikel gar nicht zu umgehen. Denn die Befürworter des unbegrenzten politischen Mandats haben vitales Interesse an der Sache, man darf geradezu sagen persönliches Interesse. Eine Kritik an diesen »Studentenpolitikern« wird demnach unumgänglich; ihr akademisch auszuweisen würde heissen, die Hintergründe der jetzigen Situation an der Uni Zürich zu ignorieren.

... wird ideologisch verübert

Die Machtverhältnisse haben sich seit einem Jahr sehr deutlich verschoben. Einer entschlossenen Minderheit ist es geglückt, das allgemeine Desinter-

nicht ein Sympathiegruss an die armen Bergbauern vordringlicher geboten wäre. Eine solche Frage stellt sich hier aber nicht. Es geht vielmehr um die Grundsatzfrage, ob die Willensintention, mit der das »Gut« angestrebt wird, nicht dazu angetan ist – und das ist keine akademische Frage –, den Namen der Gesamtstudentenschaft bewusst als politisches Mittel zu missbrauchen.

Vom Studentenpolitiker

Früher befasste sich ein GSTR in erster Linie mit studentischen Problemen. Sein Aufgabenbereich war mehr oder weniger Universitätspolitik, und diese diente in erster Linie sachlichen Zwecken wie der Studienreform, Raumproblemen, Sozialfragen etc. Man musste gewissermassen erst in zweiter Linie mit den unvermeidlich damit ver-

niemand, dass der Student durch seine wissenschaftliche Tätigkeit zum Teil indirekt, zum Teil aber auch direkt Einfluss auf die Gesellschaft gewinnt. Es leugnet auch niemand, dass sein Engagement somit ein politisches ist, dass es dazu dienlich ist, die bestehende Ordnung zu stützen, aufzubauen, zu reformieren oder abzuhängen. Entsprechend dieser Einsicht soll der Student allein oder in freien Gruppen selbstverantwortlich handeln.

Wir wollen aber nicht in theoretischen Betrachtungen steckenbleiben, sondern uns offen fragen: Was will die Urabstimmung und was bezweckt sie für die Universitätspolitik?

... zum Duft der kleinen Welt

Durch diese Urabstimmung will man den Aufgabenkreis des Studentenparlamentes und der Studentenekutive wieder fest umschreiben. Die Angst ist gross, denn viele Studentenfunktionäre sehen sich in ihrer politischen Entfaltung bedroht. Sie werden nicht ruhend diese Beschränkung als Ende jeder schöpferischen, zielbewussten Studententätigkeit zu beschimpfen. Im Gegenteil ist gerade das unbeschränkte politische Mandat als Quelle endloser ideologi-

scher Streitereien über die Sachfragen ins Hintertreffen geraten. Das wissen wir alle – es fehlte nicht an Beispielen in jüngster Zeit. So wurde bis auf den heutigen Tag das Budget für dieses Wintersemester vom GSTR noch nicht verabschiedet, weil ein Antrag von Hans Furrer, phil. II: »Das Budget wird abgelehnt, da die Vietnam-Beiträge nicht definitiv angenommen wurden«, mit 25:8 Stimmen angenommen wurde.

Mit dem politischen Mandat ... macht sich politische Show

Das vielgehörte elitäre Argument gilt es zu entkräften, nämlich dass das Studentenparlament auf Grund der wissenschaftlichen Hilfsmittel und Methoden und mit seinem relativ hohen Informationsniveau eine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft trage und kompetent sei, dieser das »richtige Bewusstsein« in den aktuellen politischen Fragen beizubringen. Dieses Argument überzeugt nicht. Um sich vom Gegenteil zu überzeugen, muss man nur einmal an einer GSTR Sitzung teilgenommen haben. Weit sachlicher als diese Feststellung ist doch der Hinweis, dass es durch eine freie Konzeption im universitären Verband jedem möglich ist, seinen Fähigkeiten

und Absichten entsprechend allein oder in einer Gruppierung politisches Bewusstsein zu wecken und zu fördern. Dieser Weg ist der härtere, er ist zudem weniger spektakulär und – was am allerdeutlichsten wird: Extreme Minderheiten bleiben, was sie sind und was ihnen zusteht – extreme Minderheiten.

Zum Schluss ...

Erinnern wir uns doch des allgemein anerkannten Grundsatzes, nach dem der Einzelne ein Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit hat, das seine Grenze jeweils an demselben Recht eines anderen findet. Und ist das nicht Unfreiheit. Zwang in Fragen, in denen individuelle Freiheit und Selbstverantwortung herrschen muss, wenn durch Missbrauch der heute wenn auch schiedlich organisierten Struktur der offiziellen Studentenschaft auch in diesem Namen Resolutionen zu allen möglichen Fragen gefasst werden, wenn auch mit diesem Semesterbeitrag Weltpolitik getrieben wird?

... ein NEIN an der Urabstimmung

Jürg Peyer
Mitglied des Kleinen Studentenrates

URABSTIMMUNG

16., 17., 18. Dezember 1969

Abstimmungstext

Soll die offizielle Studentenschaft der Universität Zürich (vertreten durch den Grossen und den Kleinen Studentenrat), der alle immatrikulierten Studierenden zwangsweise angehören, neben der Durchsetzung der spezifisch studentpolitischen Interessen zu allgemeinen politischen und weltpolitischen Fragen im Namen aller Studenten Stellung nehmen?

Standorte

der Urnen
Uni Hauptingang
Kantonsspital
Tierspital

Oeffnungszeiten

der Urnen
täglich 8.00–18.15 Uhr
täglich 10.00–12.15 Uhr
täglich 10.00–12.15 Uhr
Das Abstimmungsbüro

Legitimationskarte mitbringen

Uni-Studenten treiben Weltpolitik

Am 16., 17. und 18. Dezember wird die Studentenschaft darüber zu entscheiden haben, ob ihre Vertreter im Grossen Studentenrat ermächtigt sind, über rein studentpolitische Anliegen hinaus im Namen aller Studierenden Weltpolitik zu betreiben. Für jeden Immatrikulierten an der Universität muss diese Urabstimmung von grösster Wichtigkeit sein, gehört er doch zwangsweise zur Studentenschaft (... und muss diese Mitgliedschaft mit einem Semesterbetrag von 12 Fr. bezahlen). So kann und darf es niemandem gleichgültig sein, was seine Vertreter in seinem Namen entscheiden.

stritten; eine Urabstimmung, die im neuen Jahr erst stattfinden wird, bringt die Entscheidung. Der Kleine Studentenrat, vom GSTR ständig angegriffen, will nicht diese Urabstimmung zur Vertrauensfrage abgewertet sehen und hat sich daher entschlossen, sein Amt auf Ende Januar zur Verfügung zu stellen. Er wird die verbleibende Zeit dazu nutzen, sich ganz den Problemen dieses eminent wichtigen Projekts zu widmen und die Urabstimmung vorzubereiten. Dieser Entscheid, den kein Abstimmungsergebnis ändern kann, bestätigt, dass es der Exekutive wirklich nur um die Sache und nicht um Selbstbestätigung geht.

tenparlament vollauf beschäftigen, vielmehr warten die Neuregelung des Stipendienwesens, die Mitsprache-/Mitbestimmungsprobleme an der Uni, das Disziplinarrecht und das Wohnproblem auf rasche Erledigung.

Damit wird die kommende Urabstimmung wegweisend für die Zukunft der Universität werden. Wenn die Studenten dem Antrag zustimmen, verzögern sie nicht nur die Regelungen der dringendsten Probleme, sie öffnen auch Tür und Tor für eine »wikide« studentische Weltpolitik. Die Folgen in der Öffentlichkeit sind unsehbar. Werfen die Studenten ihr Nein in die Urne, so helfen sie mit, vom Thron der Selbstgerechtigkeit herabzustufen in die Realität, die ermöglicht, gründlich vor der eigenen Tür zu wischen.

Werner P. Troxler

Mitmachen ...

Der mit ewiglauten Schlagworten Eingekulte – »Transparenz für alle und alles! Mitsprache aller Betroffenen! usw.« – wird sich nicht nur wundern über die Vielzahl von hochpolitischen Anträgen, von denen er bis heute auch nicht die leiseste Ahnung hatte, sondern er wird vielmehr auch staunen, zu was sein Name schon hätte missbraucht werden sollen:

Da wurde von Hans Furrer, phil. II, die offizielle Beteiligung der offiziellen Studentenschaft an den Umzügen des 1. Mai beantragt und nur mit 1 Stimme abgelehnt. Dafür will man aber unbedingt im Namen aller Studierenden am 1. Mai 1970 dabei sein!

... ist besser als ...

Oder von Werner Schläpfer, stud. oec., stammt der Antrag (Trakt. 18 der 2. ordentlichen Sitzung des GSTR vom 25./28. Nov. 1969, bis jetzt noch nicht behandelt), den Stadtrat zu beauftragen, dem Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung eine Verordnung zu unterbreiten, welche den Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie den Lehrern und dem Anstaltspersonal der städtischen Verwaltung, der industriellen Betriebe, den Schulen und Anstalten der Stadt Zürich ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsplatz sichert.

Ch. Gabathuler, Präsident der Phil.-II-Studentenschaft, brachte den Antrag ein: »Der GSTR der Uni Zürich solidarisiert sich mit der weltweiten Protestbewegung gegen den Aggressionskrieg der USA in Vietnam.«

Oder den Antrag Thomas Held, den Reinertrag des Uni-Balls an den Botschafter der VR Kuba zwecks humanitärer Hilfe auszurichten.

... gewinnen

Die Universität steht heute vor so grossen eigenen Problemen, die dringend und gemeinsam gelöst werden müssen, dass es unverständlich scheint, dass gewisse Gruppierungen im GSTR, die momentan die Mehrheit bilden, sich nicht ausschliesslich auf rein studentpolitische Probleme konzentrieren. So als wichtigstes auf die Konzeption der Erweiterung der Universität auf dem Strickhof. Die Konzeption ist um-

bundenen Problemen politischer Art fertigwerden. Wie gesagt erst in zweiter Linie. Eigentliche Allgemeinpolitik und Weltpolitik stand fern, nicht weil man sich dafür nicht erhitzen konnte, sondern vielmehr weil das Gremium sich dazu nicht für kompetent erachtete.

... zum Profipolitiker

Diese Situation hat sich geändert. Der GSTR will heute auch diejenigen Interessen des Studenten wahrnehmen, die ihm als Staats- und Weltbürger zukommen. Er will zur Mini-Uno werden mit der einseitig ideologisch gefärbten Aufgabe, nach Massgabe allgemeiner, bereits bekannter Prinzipien (Emanzipation usw.) eine neue und natürlich auch bessere Wirklichkeit zu schaffen oder doch zumindest den Keim dazu zu pflanzen. Politisch Nicht-informierte mag diese Tatsache überraschen. Das hilft aber im Moment wenig. Es geht darum, durch das Nein an der Urabstimmung zu manifestieren, dass die Gesamtstudentenschaft nicht Objekt irgendwelcher politischer Unvernunft und Emotionen sein will. Und Unvernunft und Emotionen gibt es auf dieser Ebene zur Genüge. Man erinnere daran, dass eine offizielle Teilnahme der Studentenschaft am diesjährigen Matuzug mit nur einer Stimme im GSTR verhindert werden konnte. Man erinnere daran, dass der letztjährige Unballerengewinn im Sinne einer politischen Demonstration nach Kuba überwiesen werden sollte – ein Antrag, der auch nur knapp abgelehnt wurde. Und nun die Affäre mit dem Vietcong. Worauf ist dieses veränderte Verständnis von »Studentenpolitik« zurückzuführen?

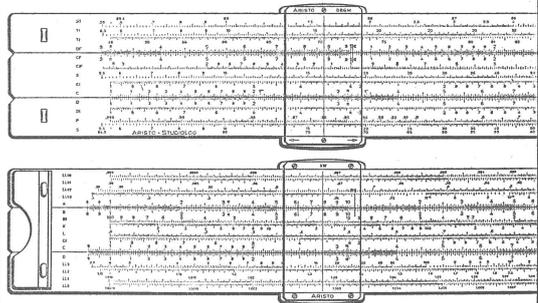
Vom Duft der weiten Welt ...

Die Studentenpolitiker wollen mehr als nur Sachbearbeiter sein. Der politische Duft der weiten Welt gehört ebenfalls zu ihrem Klassenbewusstsein. Das ist zugegebenermassen eine recht populäre Erklärung für diese Erscheinungen. Es gibt aber auch eine wissenschaftliche, und diese wurde schon im Leitartikel breitgewalzt. Es leugnet wohl

Eigene Sorgen

Aber nicht nur die Neubauten an Zürichs Peripherie sollten das Studen-

ARISTO-StudioLog



Der ARISTO-Studio wurde in zwanzig Jahren — dank seiner praktischen Skalenanordnung zum schnellen und sicheren Rechnen und wegen der präzisen Teilung mit deutlicher Bezeichnung — zum meistbenutzten Rechenstab für Ingenieurberechnungen.

Mit insgesamt 29 Skalen, klar und übersichtlich auf einem breiteren Körper angeordnet, setzt der neue Rechenstab ARISTO-StudioLog die Tradition des ARISTO-Studio fort. Zwei weitere Exponentialskalen, eine 2. Tangensskala, eine zweite, bewegliche Sinusskala sowie die Kehrwertskalen B1 und D1 bieten die Möglichkeit, mit weniger Einstellungen und kürzeren Rechenwegen noch schneller zu rechnen und die Rechenaugigkeit zu erhöhen. Bitte fordern Sie Informationsmaterial R 32 an.

Generalvertretung:
Lindenmann AG • 4000 Basel 18 • Delsbergerallee 38



ARISTO-WERKE • DENNERT & PAPE KG • HAMBURG



BEYER

Bahnhofstr. 31/Ecke Bärensasse

WURZEL

bei der Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST FÜR DAS WISSENSCHAFTLICHE BUCH

Juristen und Volkswirtschaftler

Die SBB betrachten die laufende Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit bei möglichst rationaler Betriebsführung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Für die Mitarbeit bei der Lösung der sich dabei stellenden Probleme werden bei der Generaldirektion in Bern mehrere junge, einsatzfreudige und fähige Mitarbeiter mit abgeschlossener Hochschulbildung gesucht.

Den neu eintretenden Mitarbeitern stehen nach einer gründlichen Ausbildung interessante Wirkungskreise als Sachbearbeiter und – bei entsprechender Eignung – als Leiter ausbaufähiger Arbeitsgebiete in Aussicht. Die Vielseitigkeit der Arbeiten setzt für alle Posten die Beherrschung der deutschen und französischen oder der deutschen und italienischen Sprache voraus. Kenntnisse in der englischen Sprache sind erwünscht. Bewerber, welche das 30. Altersjahr noch nicht überschritten haben, erhalten den Vorzug. Die nach Studienabschluss erfüllten Praxisjahre werden bei der Festsetzung des Anfangsgehaltes angerechnet.

Handschriftliche Anmeldungen mit den üblichen Beilagen sind bis 15. Dezember 1969 zu richten an:

Generaldirektion SBB 3000 Bern Hochschulstrasse 6.

SBB

Soeben erschienen:

Repetitorium der Physik

von Dr. Walter Winkler
271 Seiten, 201 Abbildungen
125 gelöste Anwendungsbeispiele
Linsonband Fr. 29.50

Das Repetitorium richtet sich an die Studierenden der Ingenieurschulen und an jene Hochschüler, welche sich lediglich mit den Grundlagen der Physik beschäftigen müssen.

Der Aufbau des Repetitoriums gliedert sich in **Definitionen**
Gesetze und
Anwendungsbeispiele

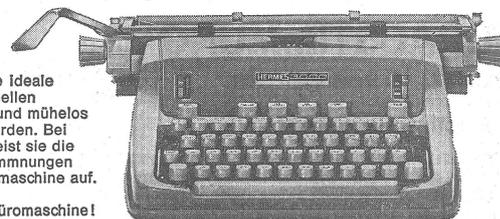
Die Definitionen bilden die unerlässliche Basis der Begriffsbestimmung, ohne welche ein Eindringen in die Welt der Naturwissenschaften nicht möglich ist. Die Gesetze sind die Resultate der physikalischen Forscherarbeit. Sie umschreiben die kausalen Zusammenhänge zwischen den physikalischen Tatsachen. Die Anwendungsbeispiele sollen dem Studierenden zeigen, wie er durch Zuhilfenahme der gegebenen Gesetze weitere kausale Zusammenhänge selbstständig erarbeiten kann.

In jeder Buchhandlung erhältlich

Verlag Sauerländer, Aarau

Neu **Jetzt mit**
Wagenbreite 33 cm
für Format A4 quer
HERMES 3000

Eine neue Maschine:
Hermes 3000-B ist
für Diplomarbeiten die ideale
Schreibmaschine. Tabellen
können übersichtlich und mühelos
niedergeschrieben werden. Bei
geringem Ausmass weist sie die
wichtigsten Vervollkommnungen
einer grossen Schreibmaschine auf.
Hermes 3000-B –
eine richtige kleine Büromaschine!



A. Baggenstos & Co. Büromaschinen
Waisenhausstr. 2 und Uraniinstr. 7,
8001 Zürich

Baggenstos

Ständig günstige Occasions-Schreibmaschinen
ab Fr. 100.– (mit Garantie)

Neue Zürcher Zeitung

Jetzt
zweimal
täglich

für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 14 Tagen oder mit einem bis zu 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Monate Fr. 15.50 (statt Fr. 17.25)
für 6 Monate Fr. 26.40 (statt Fr. 33.—)
für 1 Jahr Fr. 43.50 (statt Fr. 62.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z.St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 14 Tagen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.50
für 6 Monate zu Fr. 26.40
für 1 Jahr zu Fr. 43.40

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Ort/Postleitzahl: _____

Hochschule: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

experimente

VSS

Experimentierphase

Empfehlungen der Schweizerischen Hochschulkonferenz im Hinblick auf die Neugestaltung der Hochschulgesetze

Die Schweizerische Hochschulkonferenz nahm an ihren letzten Sitzungen Kenntnis von den Empfehlungen der Schweizerischen Rektorenkonferenz vom 13. September 1969 zur Frage der verantwortlichen Beteiligung der Studierenden und des Mittelbaus an der gemeinsamen Bewältigung der gegenwärtigen Hochschulprobleme und befasste sich mit einem Resolutionsentwurf des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) vom 22. September 1969 bezüglich der Wünschbarkeit eines allgemeinen und umfassenden Experimentierens auf allen Gebieten der Hochschulreform.

Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat mit besonderer Genugtuung vom Willen zu konstruktiven, auf Erfahrung aufgebauten Lösungen Kenntnis genommen.

In Anbetracht dessen, 1. dass für die einzelnen Hochschulen in vielen Fragen der internen Organisation und ihrer Beziehungen zum Staat noch keine Lösungen gefunden worden sind, die eine dem stetigen Wandel der Wissenschaften entsprechende Hochschulreform ermöglichen, vor allem deswegen, weil noch zu wenig Erfahrungen vorliegen,

2. dass der Weg des Versuchs (Experimente) vielerorts als Mittel zur systematischen Erarbeitung eigener Erfahrungen auf dem Gebiet der Hochschulreform bisher nur ganz beschränkt beschritten wurde,

3. dass die Reformtätigkeit der Hochschulen mittels eines Erfahrungsaus-

tauschens in den Grundzügen aufeinander abgestimmt werden sollte, wofür die Hochschulen, ferner die mit der Vorbereitung der Hochschulgesetzgebung betrauten Behörden und die gesamtschweizerischen Hochschulorgane informative Kontakte pflegen müssen,

4. dass die neuen Hochschulgesetze nicht übereilt erlassen werden sollten,

VSS schlägt vor: Die Institutskampagne

Einem Antrag des VSS folgend, hat sich die Schweizerische Hochschulkonferenz an ihrer letzten Sitzung für eine Experimentierphase im Hinblick auf eine zweckmässige Gestaltung neuer Hochschulgesetze ausgesprochen. Es wird nun die Sache jeder einzelnen Studentenschaft sein, die in der Hochschulkonferenz vertretenen Institutionen beim Wort zu nehmen. Eine aktive Rolle können wir jedoch nur übernehmen, wenn wir eine klare Konzeption des Reformprozesses entwickeln.

Einheit von »Studienreform« und »Strukturreform«

Eine »zweckmässige Gestaltung neuer Hochschulgesetze wird sich vor allem dadurch auszeichnen müssen, dass sie die Entfaltungsmöglichkeiten optimale Entfaltungsmöglichkeiten gewährt, und zwar nicht nur einigen wenigen, sondern allen Hochschulmitgliedern. Im Hinblick auf diesen Leitgedanken ist die Unterscheidung von »Studienreform« und »Strukturreform«, die sich offenbar weitherum eingebürgert hat, allzu bequem. Mit dieser Unterscheidung wird die Diskussion aufgespalten in das Problem des formalen, organisatorischen (juristischen) Aufbaus der Hochschule einerseits und in das Problem der inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der Lehre und Forschung andererseits. Es ist jedoch unvermeidlich, dass sich immer wieder Präjudizien aus dem einen Bereich in die Diskussion des andern hineinziehen, wobei die Wand, die zwischen ihnen künstlich errichtet wird, nur dazu dient, grundsätzliche Fragestellungen aus der Diskussion fernzuhalten. Durch diese Ausklammerung gewisser Prämissen aus der Diskussion ist der rational diskutierbare Bereich sowohl der Studien- als auch der Strukturreform je auf seine Weise zum vornherein schon unzulässig eingeengt.

Diese Erfahrungen rufen nach einem anderen Vorgehen, das die Probleme neu gruppiert. Es wäre unseres Erachtens so vorzugehen, dass die Probleme auf den verschiedenen Ebenen der Hochschulorganisation je in ihrer Ganzheit erfasst werden. Dies muss in den fachlichen Einheiten, auf der untersten Ebene, beginnen; die eigentlichen Zellen der wissenschaftlichen Arbeit müssen sich vorerst einmal ihrer Bedürfnisse und Interessen klarwerden, sich selbst organisieren, um dann zu entscheiden, welcher (zunächst horizontalen und dann vertikalen) Eingliederung in das Hochschulganze sie zu ihrer Entfaltung bedürfen.

Die Institutskampagne

Die bevorstehende Experimentierphase gibt uns Gelegenheit, den Reformpro-

zess in diesem Sinn voranzutreiben. Dies kann auf vielfältigste Weise geschehen. Im folgenden werden wir einen Weg skizzieren, der uns für den Anfang besonders geeignet erscheint: Die Institutskampagne.

Die Institutskampagne zielt darauf ab, dem, was wir bisher etwa »Studienreform« nannten, durch eine Veränderung der institutionellen Bedingungen im Fachbereich (Institut, Seminar, Abteilung, Fachschaft usw.) den Weg zu ebnet. Vor allem geht es darum, durch entsprechende institutionelle Veränderungen (z. B. durch Aufhebung des individualistischen Verständnisses der »Freiheit von Lehre und Forschung«) die Perpetuierung oder erneute Konsolidierung des Status quo durch partikuläre Interessengruppen (z. B. Ordinarien) zu verhindern, eine bessere Planung und Koordination des Unterrichts herbeizuführen und dergleichen mehr. Es wird zu zeigen sein, wie eine Institutionsordnung aussehen sollte, die eine optimale Entfaltung der Wissenschaft und eine entscheidende Verbesserung unserer Ausbildung herbeiführen kann. Erst im Zug dieser Versäglichung wird es auch möglich sein, vorurteilfreie Diskussionen und Experimente im Hinblick auf eine »zweckmässige« Gestaltung neuer Hochschulgesetze zu veranstalten.

5. dass vielerorts Möglichkeiten bestehen, schon innerhalb der geltenden Ordnung Neues zu erproben,

6. dass aus dem vermehrten Erfahrungsaustausch eine Erleichterung des Gesetzgebungsprozesses und eine Förderung der Koordination erhofft werden können,

beschliesst die Schweizerische Hochschulkonferenz, gestützt auf Art. 19, Abs. 3, lit. a des Hochschulförderungsgesetzes, folgende

Empfehlung

an die politischen Behörden des Bundes und der Kantone sowie an die Hochschulen ergehen zu lassen:

Experimente, die im Hinblick auf eine zweckmässige Gestaltung neuer Hochschulgesetze nützlich sein könnten, sollen unter Beteiligung aller Universitätsangehörigen am Reformprozess und mittels Gewährleistung des Zugangs aller zu den notwendigen Informationen gefördert werden. Hierfür sind vor allem die Möglichkeiten, zu denen die geltenden Hochschulgesetze, Verordnungen und Reglemente Raum geben, auf allen Ebenen der Hochschule auszuschöpfen. Sofern es dem Reformprozess dient und rechtlich sowie politisch durchführbar ist, fällt die weitere Möglichkeit in Betracht, einzelne Bestimmungen oder selbst ganze Erlasse durch die zuständigen Organe zu suspendieren und durch temporäre Neuregelungen zu ersetzen. Dabei sollte den Hochschulen, immer unter der Voraussetzung der rechtlichen und politischen Durchführbarkeit, die Kompetenz zur internen Ordnung erweitert werden. Die endgültigen Regelungen, namentlich auf der Gesetzesstufe, sollten aber wenn immer möglich erst getroffen werden, wenn auf den erwähnten Wegen der Versuche zuverlässige Erfahrungen gesammelt sind.

damit Neuerungen praktisch erprobt und die gewonnenen Erfahrungen sorgfältig ausgewertet und sinnvoll berücksichtigt werden können,

als in bereits bestehenden Gremien musste die Verwirklichung der Mitbestimmung dort erscheinen, wo sich kooperative Entscheidungsformen noch kaum eingebürgert haben, wo sich Professoren selbst ihren Kollegen gegenüber auf ihre »Lehrfreiheit« berufen und in päpstlicher Selbstherrlichkeit ihr Spezialgebiet dominieren.

Die Relevanz der bestehenden akademischen Gremien für die Emanzipation der Studenten am Arbeitsplatz wurden nie recht diskutiert. Was für den Studenten relevant ist – Inhalt und Didaktik des Unterrichts, Möglichkeiten selbständiger Arbeit, sein Verhältnis zu den Professoren und Assistenten, Prüfungsanforderungen, Recht auf freie Meinungsäusserung –, wird nur zu einem geringen Teil im Senat und in der Fakultät entschieden, umso mehr aber im Institut. Daraus sollten wir die Konsequenz ziehen.

Ohne die garantierte Möglichkeit, auch direkt über die eigene Arbeitssituation mitzuentcheiden, ist jede Mitbestimmung eine Illusion. Der Sinn der studentischen Forderungen nach »Mitbestimmung« besteht darin, dass die Möglichkeit unterbunden wird, Studenten zu Arbeiten anzuhalten, deren Sinn ihnen nicht einsichtig ist (Arbeiten also, die entweder reine Beschäftigungstherapie darstellen, weil die Relevanz ihrer Objekte nie einer früheren Prüfung unterzogen wurde, oder die allein dem Privatinteresse der Auftraggeber entsprechen). Dazu muss die Herrschaft als Entscheidungsbefugnis qua Position – personalisiert oder bereits weitgehend differenziert und auf blosser Funktionsträger aufgeteilt – abgebaut werden. Mitbestimmung zielt also auf eine radikale Neudefinition (wenn nicht gar Abschaffung) der akademische Statushierarchie, ein neues »Lehrer-Schüler«-Verständnis, Abschaffung der Lehrstühle etc. – kurz eine soziale Gleichstellung aller Universitätsangehörigen. Diese Demokratisierung findet ihren wahren Inhalt erst mit einer Reorganisation der eigentlichen Stätte wissenschaftlicher Arbeit, der Institute.

Wir müssen im Auge behalten, dass Strukturveränderungen niemals ein Ersatz sein können für inhaltliche Emanzipation, mag der Kampf um demokratische Strukturen auch ein wichtiger Impuls zu einer fachbezogenen inhaltlichen Kritik sein. Unter diesem Gesichtspunkt zeigen die bisherigen Auseinandersetzungen in der Hochschule ein gefährliches Übergewicht struktureller gegenüber inhaltlich-materiellen Forderungen. Dieses Missverhältnis kann nur dann überwunden werden, wenn die Kritik am Institut ansetzt. Für den grössten Teil der Studenten besteht nur in der Auseinandersetzung in ihrem engsten Arbeitsbereich eine Chance, dass Strukturkritik als Wissenschaftskritik begriffen wird, dass die Hochschulreform nicht bei rein organisatorischen Rationalisierungsmassnahmen stehenbleibt, sondern die Formen der Aneignung der Wissenschaft und ihrer Inhalte direkt betrifft.

Die Fachschaften sollten deshalb vermehrt und mit allen Mitteln versuchen, eine permanente Wissenschaftskritik zu initiieren und die Neuorganisation des Wissenschaftsprozesses in ihrem Fachbereich voranzutreiben. Dies wird zu nächst nicht anders möglich sein als durch eine konsequente Anwendung der Postulate, die den Studenten bereits vertraut sind, auf das Institut. Es handelt sich, leider muss es gesagt werden, fast ausschliesslich um strukturelle Forderungen.

Auf diese Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Auf diese Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

Die Forderungen aufbauend, ist es aber bei entsprechender Anstrengung möglich, eine demokratische Institutsverfassung zu entwerfen und als Forderung einer demokratisch legitimen Mehrheit der Studenten durchzusetzen.

soziale Struktur des Instituts anhand ihrer Wirkungen kritisierbar, und der Weg für eine Institutskampagne ist frei. Das Resultat dieser Arbeit wird einmal nicht ein Flugblatt sein, sondern ein mehrseitiges Dokument, dem wir den Namen »Institutsreport« geben möchten. (Bei der Studentenschaft oder direkt beim VSS kann ein Papier bezogen werden, das konkrete Möglichkeiten zu dieser Untersuchung aufzeigt.)

– In einem zweiten Schritt soll über die ermittelten Tatsachen eine Diskussion in der Fachschrift stattfinden, aus der durch die kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden Zuständen konkrete Forderungen und ein Modell für eine Institutsordnung und die Stellung des Instituts in der Hochschule resultieren sollen.

– Die Durchsetzung dieser neuen Ordnung als Institutsverfassung sollte noch während der Experimentierphase möglich sein, damit sie als Ausgangspunkt weiterer Reformen dienen kann.

Der VSS wird den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Fachschaften und Arbeitsgruppen gewährleisten (z. B. durch Veröffentlichung der Institutsreports), er vermittelt Referenten, stellt Dokumentationen zur Verfügung und wird zu gegebener Zeit ein Seminar durchführen.

Die treibende Kraft der ganzen Kampagne kann jedoch nur die persönliche Initiative einzelner Studenten sein, die sich innerhalb ihrer Fachschaft zusammenschliessen – zunächst um einen Institutsreport auszuarbeiten und in der Fachschaft zur Diskussion zu stellen. Die Institutskampagne kann keine isolierte Aktion einzelner Funktionäre sein. Institutsreform ist nur möglich, wenn jeder einzelne zu vermehrter Arbeit bereit ist!

Die Motivationen der Studenten

Solchen Aktionen muss erfahrungsgemäss eine längere Vorbereitungsperiode vorausgehen, in der durch Akkumulation und Verarbeitung aufklärender Informationen ein immer grösserer Teil der Studenten sich für eine bestimmte Sache engagiert, bis schliesslich eine breite Basis erreicht ist. Die Aufgabe der aktiven Initiatoren, welche diesen Prozess in Gang bringen, ist es, auf die vorhandenen Motive ihrer Kommilitonen gebührende Rücksicht zu nehmen. Aus einigen Erfahrungen, die freilich nicht überall dieselben sind, ist zu schliessen, dass eine derartige Institutskampagne bei den Studenten etwa an folgende Motive anknüpfen könnte:

Das Interesse am Studienerfolg: Es fehlt nicht an direkten und indirekten Hinweisen, dass die unbefriedigende Studiensituation stark im Zusammenhang mit der Organisation der Arbeit am Institut zu sehen ist.

Das Bedürfnis nach Transparenz: Ein grosser Teil der Unsicherheit des Studenten lässt sich bereits durch eine grössere Uebersichtlichkeit und Vorausehenbarkeit der Dinge abbauen. Der Verdacht, dass vieles hinter den Kulissen geschieht, ist zu oft schon bestätigt worden.

Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung: Die Kritik vieler Studenten richtet sich heute gegen fachlich und didaktisch unfähige oder »sture« Professoren. Es ist leicht einzusehen, dass daran nicht allein diese Professoren, sondern vor allem auch die Institution schuld ist, die autoritäre Beziehungen schafft.

Der VSS-Vorstand

Coiffeur E. Hotz

Zürich 1 Rindermarkt 19

Für Studenten

Ermässigung

Haarschneiden

ausgenommen

am Samstag

Dienstag den ganzen

Tag geschlossen

Chemie

Vorbereitung auf
Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni

Untere Zäune 21, Zürich 1
Tel. 34 50 77

Otto Morach

Monographie mit 50 Reproduktionen, grosslebig farbig, Format 21 x 25 cm, erschienen im Verlag Galerie Bernard.

Profitieren Sie von der günstigen

SUBSKRIPTION

(bis Weihnachten 1969)

und senden Sie untenstehenden Coupon an Peter Wullmann, Moosstrasse 14, 2540 Grenchen.

Ich bestelle auf feste Rechnung: Monographie Otto Morach zum Subskriptionspreis von Fr. 34.80.

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

experimente

Koordinationsgruppe für Hochschulreform (KGH)
LSZ - SHG

»Jahr der Experimente« – auch an der Uni Zürich

Das von der Hochschulkonferenz proklamierte »Jahr der Experimente« muss an jeder einzelnen Universität je nach den herrschenden Umständen in die Praxis umgesetzt werden. Als erste hat die Studentenschaft der Universität Basel ein Programm für die Durchführung einer Experimentierphase ausgearbeitet und in einer Pressekonferenz einer weiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Das Basler Modell

Wir zitieren das Programm des Vorstandes, das im »kolibri« vom 30. Oktober 1969 publiziert worden ist:
1. Der Erlass des neuen Universitätsgesetzes wird auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. An die Stelle der theoretischen Diskussionen um gesetzgeberische Finessen soll eine Phase des Experimentierens treten, in der die verschiedensten Lösungen von Fragen, die ein Universitätsgesetz regelt, praktisch ausprobiert werden können. Durch diese unmittelbare Erprobung umstrittener

Regelungsvarianten können Vorurteile abgebaut, Erfahrungen gesammelt und optimale Definitivlösungen vorbereitet werden.
2. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, geltende Verordnungen und Bestimmungen auf Zeit ausser Kraft zu setzen und Experimentierlösungen befristet Gültigkeit zu verleihen.
3. »Experimente« werden von einer Universitätsvollversammlung diskutiert und beschlossen; ihr gehören alle Studenten, Assistenten und Dozenten gleichberechtigt an. Dadurch können

alle interessierten Betroffenen unmittelbar am Erneuerungsprozess, den die Universität vollziehen muss, beteiligt werden. Nur die Vollversammlung ermöglicht die Diskussion auf breiter Ebene und sichert einen gegenseitigen Lernprozess, der über die bisher Beteiligten hinausgreift und die gesamte universitäre Öffentlichkeit miteinschliesst. Dies ist die unerlässliche Voraussetzung zum Gelingen der »Experimente«.

Dieser Vorschlag ist, wie wir verstehen, soeben noch modifiziert worden. Er soll in diesen Tagen vom Studentenrat (Parlament) endgültig verabschiedet werden.

für die Universität Zürich Diskussionsvorschlag der KGH

1. Es erscheint uns wenig sinnvoll, ein neues Universitätsgesetz in Kraft zu setzen, bevor die Experimentierphase, die ja die zur Ausarbeitung des Gesetzes notwendigen Erfahrungen liefern soll, abgeschlossen ist. Ob die Arbeit am neuen Universitätsgesetz für eine bestimmte Zeit suspendiert werden soll oder nicht, lässt sich im Moment noch nicht endgültig entscheiden. Sicher ist nur, dass die Erfahrungen, die in nächster Zeit mit den verschiedensten Experimenten gemacht werden, bei der Ausarbeitung des Gesetzes entscheidend berücksichtigt werden müssen.

2. Der GSTR soll an Fakultäten, Senat und Regierungsrat Anträge richten auf Abänderung oder Suspendierung gewisser Paragraphen der Universitätsordnung und eventuell der Anstellungs- und Besoldungsverordnung. Ziel dieser Vorstösse soll es sein, die rechtlichen Hindernisse, die der Durchführung von Experimenten im Wege stehen oder als Vorwand zur Ablehnung von Experimenten dienen, zu beseitigen und einen Raum zu schaffen, innerhalb dessen

von der Universität frei experimentiert werden kann.

3. Eine Vollversammlung, wie sie der Basler Vorschlag vorsieht, scheint uns nicht das geeignete Gremium zu sein, um über die Durchführung von Experimenten zu diskutieren und zu beschliessen. Die Vorschläge und Pläne sollten vielmehr in der direkt betroffenen Fakultät von einer kleinen, drittelparitätisch zusammengesetzten Fakultätskommission durchgearbeitet werden. Praktisch würden sich die Experimente ungefähr nach folgendem Schema abwickeln: In jedem Institut, in jeder Fachgruppe oder Fakultät sollen von Studenten, Assistenten und Dozenten Reformvorschlüsse ausgearbeitet werden. Wenn eine Einigung zustande kommt, können sie dann sofort und ohne weitere rechtliche Schwierigkeiten direkt in die Praxis umgesetzt werden. Falls eine Einigung nicht möglich ist, oder falls sich der Institutsleiter oder die verantwortlichen Professoren weigern, auf die Reformvorschlüsse einzutreten, sollen diese einer in jeder Fakultät zu bildenden drittelparitätischen Fakultätskommission vorgelegt

werden. Diese Kommission muss die Vorschläge eingehend überprüfen und dann Empfehlungen an das betreffende Institut (oder an die Fakultät selbst) richten. Obwohl diese Empfehlungen keine rechtliche Verbindlichkeit haben können, werden sie doch einen nicht zu unterschätzenden moralischen Druck auf die betreffenden Institute oder Fakultäten ausüben.

Wir möchten betonen, dass es sich hier um einen unverbindlichen Entwurf der KGH handelt. An einem GSTR-Seminar, das wahrscheinlich im Januar stattfinden wird, soll der ganze Fragenkomplex noch einmal eingehend diskutiert werden. Hierauf müssen die sich stellenden rechtlichen Probleme sorgfältig abgeklärt werden, bevor dann der GSTR endgültig Beschluss fassen kann.

Koordinationsgruppe für Hochschulreform (KGH)
Verantwortlich: Ueli Mägli, Kurt Meier, Adrian Knöpfli, Hans Werder
Postadresse: Hans Werder
Sellergraben 45
8001 Zürich

Bisherige Reformansätze an der Universität Zürich

Diese Zusammenstellung will vor allem Antwort auf 2 Fragen geben:

1. Inwieweit sind schon Studenten und Assistenten in den Entscheidungsprozessen von Fakultäten und Instituten vertreten, und welche Stellung haben sie dort?
2. In welcher Form wird eine Studienreform in Angriff genommen? Im Rahmen einer solchen Übersicht kann natürlich nicht inhaltlich auf Institutsatzungen oder Studienreformmodelle eingegangen werden. Dies soll durch spezielle Artikel geschehen.

1. Situation an den Fakultäten

Theologie

3 Studenten, 2 Assistenten und 1 Privatdozent haben Einsitz in der Fakultätssitzung mit beratender Stimme. Ausstand bei folgenden Traktanden: Prüfungen, Berufungen, Ehrenpromotionen.

Studenten können ein Protokoll von der Sitzung veröffentlichen, das vom Dekan unterschrieben wird.

Es besteht eine studentische Studienreformkommission, welche in diesem Semester zu einer drittelparitätischen Kommission erweitert wird.

Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät

Auf Fakultätsebene besteht eine Kontaktkommission. Das heisst, der Dekan führt unverbindliche Gespräche mit Studenten- und Assistentenvertretern.

Juristen: Ein Reglement für eine paritätische Studienreformkommission wurde im letzten Semester von der Fachschaft verabschiedet. Eine Stellungnahme der Professoren und Assistenten liegt noch nicht vor.

Oekonomen: Der Aufbau des Studiums wird von einer Kommission (4/2/2) neu strukturiert. Ein Reglement ist noch nicht in Kraft. Es bestehen keine Pläne für eine Seminar-konferenz.

Medizin

Vorkliniker: Es besteht der sogenannte »Rossi-Plan« zur Reform des Medizinstudiums. Dieser Plan ist aus der Zusammenarbeit mit den verschiedenen medizinischen Fakultäten der Schweiz entstanden.

Kliniker: Es existiert eine Kommission für Studienfragen (2 Ordinarien, 2 Privatdozenten, 2 Studenten). Sie ist in das Vorschlagswesen für neue Dozenten einbezogen, d.h. indirekter Einfluss auf die Dozentenwahl.

Vet. med.: Eine paritätische Studienreformkommission befasst sich vor allem mit Prüfungsfragen.

Zahnärzte: Ein neues Studienreglement tritt 1970 in Kraft, zu dem die Studenten lediglich an einer Vernehmlassung Gelegenheit hatten, sich zu äussern.

Phil. I

Einsitznahme von je 3 Vertretern der Studenten und des Mittelbaus mit beratender Stimme in die Fakultätssitzung steht bevor (endgültiger Entscheid liegt noch beim Regierungsrat).

Es besteht die Möglichkeit einer Kontaktkommission (5 Professoren, 1 Assistent, 1 Student), welche Anträge der Studenten und Assistenten weiterleitet.

Phil. II

Bis jetzt haben sich erst die Geographen als Fachschaft organisiert. Studenten können an den Fakultätssitzungen nicht teilnehmen. Ein entspre-

chender Antrag der Studentenschaft blieb von der Fakultät unbeantwortet.

An den Instituten bestimmt der Leiter alles im Alleingang, eine vom Ausschuss eingesetzte Kommission arbeitet ein Institutmodell aus, das bis Ende 1969 fertig sein soll.

2. Situation an den Instituten

Bei den Instituten muss die sehr unterschiedliche Grösse mitberücksichtigt werden. In kleinen Instituten von 30 bis 50 Studenten ist eine Zusammenarbeit zwischen Professoren, Assistenten und Studenten, wie es sich gezeigt hat, eher zu erreichen. Bei grösseren Instituten stellt sich vor allem das Problem, wie in Zukunft eine Mitsprache, wie sie an der Phil. I in Ansätzen überall vorhanden ist, so ausgebaut werden kann, dass die Studenten und Assistenten nicht einfach willkürlich von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen werden können.

Auf lange Sicht ist eine effektive Mitsprache nur möglich, wenn die Kompetenzen der Studenten- und Assistentenvertreter verbindlich festgelegt werden (siehe Tabelle).

	Mitbestimmung	Mitsprache	Studienreform	Bemerkungen
Germanisten		Seminarkonferenz *: Gelegentliche Sitzungen der Professoren, Assistenten und des Fachschaftsvorstandes	Studienreformmodell des Vorstandes wird vorerst von der Fachschaft diskutiert werden	* Ueber Vorschläge der Studenten wurde nie abgestimmt
Historiker	Seminarkonferenz, drittelparitätisch besetzt		Regelung über Neugestaltung des Gesch.-Studiums von einer drittelparitätischen Kommission ausgearbeitet; trat Ende SS 69 in Kraft	Als Organ, das sich kritisch mit dem Lehrbetrieb auseinandersetzt, existiert seit Beginn WS 69/70 eine Historikerzeitung
Soziologen		Bis jetzt Institutsvollversammlungen mit rein informatorischem Charakter		Eine Kommission von drei Studenten bereitet den Entwurf einer Institutsatzung vor
Anglisten		Staffmeeting * Professoren, Assistenten, PD, Lehrbeauftragte, Fachschaftsvorstand	wird am Staffmeeting besprochen	* Nicht institutionalisiert; kann auf Antrag von Studenten einberufen werden; es kann auch ein Student den Vorsitz führen
Psychologen	Institutsversammlung * (5:9:5) Ohne Satzung		Modell in einem Reformseminar der Fachschaft erarbeitet; eine Einigung mit den Professoren darüber steht noch aus	* Abgestimmt wird nur über relativ unwichtige administrative Fragen
Romanisten	Drittelparitätische Seminarkonferenz *			* Institutsatzung wird demnächst erscheinen; Sitzungen der Seminarkonferenz sind öffentlich
Pädagogen				Kommission von Studenten, welche Institutsatzung ausarbeitet
Altphilologen			Umfrage unter Studenten; Studienreform soll auf diesen Ergebnissen aufbauen	
Philosophen	Seminarkonferenz * 3:3:3		Alle Fragen des Studiums werden in der Seminarkonferenz behandelt	* Nicht institutionalisiert; für die Wahl der Studentenvertreter 50%-Quorum
Musikwissenschaftler	Drittelparitätische Seminarkonferenz *		In Zusammenarbeit von Professoren, Assistenten und Studenten geplant und durchgeführt	* Institutsatzung in Vorbereitung
Slawisten	Drittelparitätische Seminarkonferenz *		Zusammenarbeit zwischen Professoren, Assistenten und Studenten	* Prov. Seminarordnung wird ausgearbeitet
Sekundarlehrer			Umfrage unter Studenten	Fachgruppen der Phil. I und Phil. II wurden erst neu geschaffen
Geographen			Kommission von Studenten bringt Vorschläge dem Staffmeeting * vor	* Unverbindliche Aussprache zwischen Professoren und Studenten



MUSIKHAUS HUG & CO.
Zürich, Limmatquai 26,
Tel. 051/32 68 50
Blas- und Schlaginstrumente
Grammophon

Buffet-Crampon, Besson, Reynolds, Conn, Haynes, F.A. Uebel... Weltmarken sowie besonders preisgünstige Ausführungen in unserer Spezialabteilung mit eigenem Service-Atelier. Neu, Occasionen, Miele.

Englisch in England
Den besten Unterricht mit der bestmöglichen Studentenbetreuung zu verbinden.
Prospekt und Auskunft
Churchill House School
of English Language
42, Spencer Square, Ramsgate,
Kent, England

Das Jahr der Experimente

Es gibt Leute mit einem Gesichtskreis vom Radius Null – das nennt man dann Standpunkt. (David Hilbert)

Am 28. November fand in Bern die Pressekonferenz der Hochschulkonferenz statt. Sie sollte das »Jahr der Experimente«, das entscheidende Jahr für die Hochschulreform also, einleiten. Man hatte erwartet, dass hier mit Nachdruck dem Willen zur Reform Ausdruck verliehen würde, man eröffnete, dass der Elan und die Überzeugungskraft dieses Gremiums einen wieder Mut geben würde, an Reformen zu glauben, und dass überzeugende Experimente den Zweifeln zeigen würden, dass sowohl Mitsprache und Mitbestimmung wie auch die sinnvolle Umstrukturierung des Lehr- und Forschungsbetriebes an den Hochschulen nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert sind.

Experiment und Probelei

Dem, dass man Experimente sich ausdenken kann, die den Sinn von Reformen leugnen, liegt in der Natur des Experiments: Experimente verlangen Methode. Man soll wissen, was man prüft und wie man es prüft, man soll wissen, und zwar zum vorhin, was man nach jedem nur möglichen Ausgang des Experiments tun wird. Das Experiment falsifiziert nicht einfach einen Sachverhalt, sondern es legt die Randbedingungen fest. Wenn nun ein Experiment unter bestimmten Bedingungen immer wieder positiv abläuft, so sagen wir schlicht, es sei ein *Ergebnisprozess*: Wenn wir immer wieder zu zwei Steinen zwei weitere hinzufügen, um dann alle zu zählen, und wenn wir immer wieder auf vier kommen, so gewinnen wir uns daran, dass zwei und zwei vier gibt. Wenn wir sehen, dass unter gewissen Voraussetzungen die Mitbestimmung dem Hochschulbetrieb wesentliche Impulse verleiht, so gewinnen wir uns schlicht daran, dass Mitbestimmung ein bereicherndes Element in der Organisation einer Hochschule darstellt. Wenn wir hingegen ohne Methode einmal dies und einmal das probieren, eben willkürlich herumprobieren, wenn wir an gewissen Randbedingungen nicht rütteln dürfen, wenn wir kurz gesagt aus ideologischen Gründen gewisse Experimente nicht durchführen dürfen, dann ist dieses soeben begonnene Jahr der Experimente zum vorhin sinnlos. Und eben diesen Eindruck kann ich nicht ganz leugnen!

Unvermögen oder Böswilligkeit?

So haben zum Beispiel Studenten gemeinsam mit einem Dozenten an der juristischen Fakultät Zürich sich auf ein Experiment zur Bereicherung des Vorlesungsbetriebes eingelassen, allerdings auf ein Experiment, von dem zum vorhin feststand, dass es negativ verlaufen würde: die Randbedingungen waren falsch gewählt. Soweit liegt nun der Fehler eindeutig bei den Studenten. Der Professor aber, und hier fehlte auch er, ging auf einen solchen Versuch ein, um ihn dann nach kurzer Zeit, weil misslungen, abzubrechen. Nicht nur das, aus dem ganzen zog er den Schluss, dass der alte Vorlesungsstil dennoch der beste sei. Nun ist es mühsig, etwas Schlechtes damit gut zu machen, das man etwas noch Schlechteres vorzieht. Nur Unvermögen kann ein solches Vorgehen entschuldigen. Steckte Absicht dahinter, so käme man nicht umhin, von Böswilligkeit zu sprechen.

Solche Ereignisse wie das eben geschilderte könnten zwar Einzelfälle bleiben, und wenn sie nicht zu häufig auftreten, so schaden sie wenig. Dass nun aber in den soeben veröffentlichten Uebergangsbestimmungen der ETHZ und ETHL nicht einmal volle Mitsprachen der Studenten zugesichert wird, weckt wohl in jedem reformgläubigen Studenten Misstrauen. Die Studentenvertreter dürfen zwar, so entnehmen man dem Bericht des Tages-Anzeigers vom 6. Dezember, an den Sitzungen des Schulkollegiums anwesend sein, aber nicht an allen Diskussionen teilnehmen. Der Unterschied ist subtil und böswillig zugleich. Da von Mitbestimmung ja ohnehin nicht die Rede ist, wäre es wohl billig, wenigstens die Meinung der Studenten anzuhören. Den in den Sitzungen Anwesenden aber in gewissen Fällen sogar das Wort zu verbieten, das geht zu weit.

Man mag jetzt einwenden, dass in der Praxis, zumal wenn die Studenten sich das Vertrauen aberdient hätten, das alles ganz anders aussehe. Nur wäre es dann auch überflüssig, jenen subtilen Unterschied von Anwesenheit und Teilnahme überhaupt einzuführen.

Dieser Unterschied demütigt die Studenten so, wie man früher die Sklaven zu demütigen pflegte, indem man ihnen die Freiheit versprach, wenn sie sich ihrer würdig erwiesen hätten. Zumal jener, der diesen Unterschied eingeführt hat, nicht dumme, sondern nur böswillig sein kann!

Das Lager der Professoren gespalten

An der schon genannten Pressekonferenz der Hochschulkonferenz konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Interesse an dieser Einleitung des Jahres der Experimente von seiten der Hochschulen nicht besonders gross war: Viele wichtige Persönlichkeiten liessen sich stellvertreten und das Ganze machte eher eine improvisierten und somit leider einen ungläubwürdigen Eindruck. Wie man nun immer wieder in privaten Gesprächen mit Professoren feststellen kann, ist die Professorenenschaft in einem Punkt, allerdings in einem wesentlichen, gespalten: Sie haben alle begriffen, dass Mitbestimmung, aber auch bloße Mitsprache, gleichbedeutend ist mit Abgabe von Macht. Positiv ausgehende Experimente bedeuten also eine Eingewöhnung an diese Abgabe von Macht, eine Eingewöhnung, die nach ihrer Vollendung die Wiederabschaffung des studentischen Machtanteils erschweren, wenn nicht verunmöglichen würde. Jene Dozenten aber, die nicht wirklich bereit sind, den

Studenten einen Teil ihrer Macht zu übertragen, werden sich immer gegen eine vernünftige Form des Experimentierens wehren. Und die Dozenten spalten sich eben in diese beiden Lager: Solche, die sich von der Machtaufteilung eine Bereicherung versprechen, und solche, die diese Aufteilung à tout prix verhindern wollen.

Die Formen, in welchen dieses Jahr der Experimente begonnen hat, sind die Formen eines gefährlichen Kompromisses: Die eben beschriebene Spaltung der Dozentschaft wird verdeckt, man versucht es allen recht zu machen und erreicht damit, dass es niemandem recht ist. Das kommende Jahr wird zeigen, wie flexibel die verschiedenen Fakultäten sein werden, doch wenn, wie jetzt an der ETH der Rahmen der Experimente zu eng gesteckt wird, verliert jeder Reformversuch an Glaubwürdigkeit. Die Alternative für uns Studenten heisst dann unweigerlich: *Resignation oder Radikalismus*. Man kann das nur noch vermeiden, wenn der reformfreundliche Teil der Dozentschaft sich zusammenschliesst, um mit eben jedem Nachdruck, den wir bei der Hochschulkonferenz und noch viel mehr an der ETH vermissen, diese Experimente weiter vorwärts zu treiben, wenig verheissungsvollen Situation hinauszuführen. Was man jetzt braucht, sind nicht Standpunkte, sondern ein Gesichtskreis, der einen möglichst grossen Teil der Zukunft umfasst.

In kleinsten Schritten

Die »Kritischen Jus-Studenten« (KJS) und die Reform des Jus-Studiums

Der Jurist gilt als konservativer Mensch, die Rechtswissenschaft als konservative Wissenschaft. Auch die jüngsten Erfahrungen in den Bestrebungen für eine Universitätsreform zeigen, dass die Juristen eine eigene Stellung zu Autoritäten haben, dass sie mit besonderer Vorliebe an bestehenden Einrichtungen festhalten. Allzuoft bedient man sich der Juristen, die gegen unerwünschte Reformen nicht inhaltlich, sondern formaljuristisch argumentieren sollen. In Bern und Zürich lehnten die Jus-Studenten sogar eine Mitsprache auf Fakultätsebene ab.

Auf dieser bewahren Haltung des Juristen soll noch etwas näher eingegangen werden, da sie Ausgangspunkt für die Durchführung einer Reform des juristischen Studiums ist. Warum sieht der Jurist seine Rolle in der Gesellschaft hauptsächlich in der Stabilisierung und Perfektionierung des jeweils bestehenden Systems?

Jurist und Reform

Der Jurist tritt vom Standpunkt des Rechts an die Gesellschaft heran. Dieses Recht bietet sich ihm an als in sich geschlossenes, mit Macht versehenes System. In der Folge davon übernimmt er unbedenken die Wertvorstellungen, die ihm die Gesellschaft liefert. Die Reflexion über Wertvorstellungen wird aus der Rechtswissenschaft verbannt und dem Bereich der sogenannten Politik zugeordnet. Dass so betriebene Rechtswissenschaft letztlich zu grundgesetzlosen Gesetzesteknikern führt, springt ins Auge, sogar den Juristen. Dieser Konsequenz weichen die Juristen mit einem Trick aus. Sie geben dem Recht als Recht, losgelöst von seinen Zusammenhängen, Autorität. Das Recht wird zu einer über den menschlichen Auseinandersetzungen stehenden normativen Ordnung.

An zwei Beispielen lässt sich zeigen, dass dieser Trick ein Selbstbetrug ist. Im Naturrecht gibt die Natur immer nur das her, was sie vorher empfangen hat, d. h. der Jurist projiziert seine Wertvorstellungen in die Natur, um dann je nach Bedarf auf sie zurückzukommen und sie als Recht der Natur auszugeben. Der Zirkelschluss ist offensichtlich. Bei oberflächlicher Betrachtung wird aber das Recht so zu einer übermenschlichen, göttlichen Ordnung. Auch die grossen Gesamtkodifikationen des letzten Jahrhunderts zielen auf eine Autorität des Rechts als Recht ab. Die Universität und die generelle Systematik sollten beweisen, dass das Recht weit über den Interessenaussensetzungen der Menschen steht.

Diese Ver selbständigung des Rechts ist reiner Selbstbetrug. Man will nicht zugeben, dass sich das Recht immer auf die Wertvorstellungen der beste-

henden Gesellschaft stützt. In der Folge bedeutet natürlich jede Anfechtung der bestehenden Ordnung eine Anfechtung des Rechts. Für den Juristen bedeutet dies nun Anfechtung einer übermenschlichen Ordnung, einer in sich selbst ruhenden Gerechtigkeit, die es zu verteidigen gilt.

Da Reformen immer eine Anfechtung des Bestehenden sind, werden sich die Juristen so lange gegen Reformen wehren, als sie das Recht als übermenschliche Ordnung und nicht als Politikum auffassen.

Organisation der KJS als Experiment

Wie oben gezeigt wurde, gehen Reformen bei den Juristen immer schleppe voran. Wer Jus studiert, ist konservativ oder wird durch das Studium konservativ. Am Anfang waren wir uns dieser Tatsache zu wenig bewusst. Wir lehnten uns an Beispiele der Phil.-Fakultät an und glaubten, dass bei den Juristen ähnlich vorgegangen werden könne. Dass dies nicht der Fall ist, zeigte sich bei der Ablehnung der Mitsprache der Studenten auf Fakultätsebene und bei der Ablehnung des politischen Mandats der Fachgruppe durch die Vollversammlung der Jus-Studenten. Auch der Versuch einer Magistralvorlesung, in der jedermann den Text, den der Professor vornimmt, vor sich hat, eine sinnvollere Gestaltung zu geben, scheiterte am Widerstand und der Interesslosigkeit von Professor und Studenten. Es schien nun wenig sinnvoll, uns in unseren Reformbemühungen zu versteifen und zu isolieren. So entschlossen wir uns dieses Semester zu einer dem Jus-Studium entsprechenden Organisationsform, die wir als Experiment betrachten.

Gegenüber andern Hochschulguppen haben wir den Vorteil, dass wir alle einen gemeinsamen Ausgangspunkt, das Studium der Rechtswissenschaft, haben. Hier haben wir nun angesetzt und Gruppen gebildet, die nach Semestern aufgeteilt sind. Diejenigen, die die gleichen Vorlesungen besuchen, sind in einer Gruppe. Sie schliessen sich im Studium unterstüzten, indem sie beispielsweise sich in nur aufzuschreibenden Vorlesungen ablesen, Übungen gemeinsam vorbereiten, Fälle gemeinsam lösen, Literatur untereinander austauschen, Lücken einer Vorlesung zu füllen versuchen usw. In diesem am Arbeitsplatz gemachten Erfahrungen treten die Schwächen des Studiums am besten hervor. Hier kommt man zu Reformvorschlägen, die, nachdem sie in der Gruppe diskutiert wurden, nach aussen getragen werden können. Diese Gruppen sind also Arbeitsgruppen und Reformgruppen zugleich. Dieser Re-

formansatzpunkt vom Inhalt der Rechtswissenschaft her scheint sinnvoll, da, wie oben gezeigt, das juristische Denken als solches oft Reformen verhindert. Auch kann damit eine nur technokratische Studienreform (Strafung des Studiums, Zwischenprüfungen usw.), zu der die Juristen als Formalisten gern neigen, verhindert werden. Soll das Studium in seinem Inhalt reformiert werden, so stellen wir die Mängel am besten mit der Arbeit am Studium fest.

Die Resultate der einzelnen Studenten werden schliesslich in einer Studienreformgruppe zusammengefasst, die dann in der Lage sein sollte, ein Gesamtkonzept zu entwerfen.

Wird unser Experiment gelingen, so werden wir schliesslich innerhalb der Fakultät eine Gruppe sein, die in einer Art Selbsthilfe studiert, Lücken ausfüllt und in der Folge Reformvorschläge ausarbeitet, die dann der ganzen Fakultät vorgelegt werden sollen.

Kurt Meier (KJS)

Institutmodell Phil. II

Ein Vorschlag für eine Institutsordnung

Mindestens seit dem Zeitpunkt, zu dem die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich ihren Vorentwurf für ein Gesetz über die Universität Zürich zur Vernehmlassung vorgelegt hat, sind an unserer Universität Diskussionen über Hochschulreform an der Tagesordnung. Der »Vorentwurf« wirkte auf viele als Provokation; sollten doch damit die als unzulänglich erkannten Strukturen und Organisationsformen unserer Universität geradezu perpetuiert werden.

Viele Gruppen haben sich in Sachen Hochschulreform engagiert. Zahlreiche Vorschläge und Diskussionsbeiträge sind entstanden. Eine Einigung der Reformkräfte scheint in absehbarer Zeit aber nicht möglich zu sein. Damit rückt auch eine gesamtuniversitäre Reform in weite Ferne.

Das Bestreben, auf Fakultäts- und Institutsstufe Reformen durchzuführen, mag einerseits darin begründet sein, dass man sich in diesen kleineren Einheiten eher eine Einigung erhofft. Andererseits ist es aber auch durchaus wünschbar, dass die Reform von der Basis her betrieben wird. Dadurch zeigen sich am ehesten die Ansprüche, die an eine gesamtuniversitäre Struktur gestellt werden müssen.

Das Schicksal des Reformvorschlages der Phil.-Fakultät ist bekannt. Es ist gewiss nicht sehr ermutigend. Wir glauben jedoch, dass die Arbeit jener Reformkommission sehr nützlich war. Sie hat nicht nur zukünftige Strukturen aufgezeigt, sondern auch bestehende Herrschaftsstrukturen transparent gemacht.

Eine Arbeitsgruppe des Fakultätsausschusses der Phil.-Fakultät II hat nun ebenfalls ein Institutmodell ausgearbeitet. Vorgängig wurde eine Befragung unter Institutsleitern durchgeführt, die ergeben hat, dass so etwas wie eine verbrieft Instituttsordnung offenbar nicht existiert. Das heisst, die soziale Struktur des Instituts (Kompetenzverteilung, Arbeitsteilung, Kommunikationsstrukturen, Verlauf von Entscheidungsprozessen usw.) ist nicht geregelt.

Bei der Ausarbeitung unseres Modells sind wir von dem ausgegangen, was wünschbar ist, und nicht von dem, was innerhalb der gegenwärtigen Universitätsordnung realisierbar ist. Wir sind der Meinung, dass sich gerade hier, von der Basis her, die notwendigen Forderungen an eine gesamtuniversitäre Reform ergeben können.

Der Modellentwurf ist ein rohes Gerüst, das durch die Diskussion verfeinert werden soll. Wir erwarten diese Diskussion!

Das Modell

1. Institutsangehörige

Hier werden diejenigen Gruppen definiert, die an den Entscheidungsprozessen des Instituts teilnehmen sollen. Es sind dies:

- Dozenten
 - Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter
 - Personal
 - Studenten nach der ersten fachbezogenen Prüfung.
- Mit der ersten fachbezogenen Prüfung ist diejenige gemeint, die eindeutig erkennen lässt, ob der betreffende Student sein Studium am entsprechenden Institut absolvieren will.

2. Institutsversammlung

Sie setzt sich zusammen aus den Institutsangehörigen. Ihre Einberufung kann verlangt werden durch:

- den Institutsrat (siehe unten)
- 1/3 der Mitglieder der Institutsversammlung
- eine Arbeitsgruppe oder Forschungseinheit (s. unten)

Die Institutsversammlung muss mindestens einmal pro Semester durch den Institutsrat einberufen werden. Die Institutsversammlung

- ist oberstes Kontrollorgan
- wählt den Institutsrat
- bildet Kommissionen und bestätigt Arbeitsgruppen.

Jedes Mitglied der Institutsversammlung hat Antragsrecht.

3. Institutsrat

Er setzt sich aus 5 Mitgliedern zusammen:

- dem Institutspräsidenten, der aus den Reihen der Dozentschaft von der Institutsversammlung gewählt wird,
- je einem Mitglied der 4 Gruppen der Institutsangehörigen.

Der Institutsrat behandelt in eigener Kompetenz die während des Semesters auftretenden Aufgaben, ist aber verpflichtet, über die Arbeit des vergangenen Semesters und über voraussehbare Aufgaben des Instituts am Anfang jedes Semesters der Institutsversammlung Bericht zu erstatten. Er hat aber auch während des Semesters ausreichend über seine Arbeit zu informieren.

Zu den Hauptaufgaben des Institutsrates zählen:

- Vertretung des Instituts nach aussen
- Koordination zwischen den Arbeitsgruppen
- Einstellung oder Entlassung von Personal auf Vorschlag der Arbeitsgruppen.

4. Arbeitsgruppen

Sie sind je nach Bedarf genau zu definieren. Dazu gehören z. B.

- Techn. Personal
- Administrationspersonal
- Hauswart und Mitarbeiter.

5. Forschungseinheiten

Sie konstituieren sich selbst. Die Bildung einer solchen Forschungseinheit kann jedoch von z. B. zwei Dritteln der Institutsangehörigen abgelehnt werden. Die Einheit von Lehre und Forschung muss innerhalb der Forschungseinheit gewahrt sein. Das bedeutet, dass in einer solchen Gruppe Nurdozenten und Nurforscher vorhanden sein können. Im Hinblick auf einen starken Anstieg der Studenten kann es notwendig werden, dass einzelne Dozenten wenigstens zeitweise voll und ganz der Lehrtätigkeit widmen. Andererseits gibt es ausgezeichnete Forscher, die als Lehrer nur wenig Talent haben.

Die Forschungseinheiten sind gemeinsam für den Aufbau des Grundstudiums verantwortlich.

6. Institutsverwalter

Ein wesentliches Problem ist die zunehmende administrative Belastung der Dozenten. Es soll deshalb die Stelle eines Institutsverwalters geschaffen werden. Dieser ist primär Sekretär des Institutsrates und übernimmt von diesem alle administrativen Aufgaben. Er verteilt diese auf das administrative Personal und koordiniert dessen Arbeit. Er hat im Institutsrat kein Stimmrecht, kann aber, da er zum Personal gehört, von dieser Gruppe in den Institutsrat delegiert und damit Mitglied mit vollem Stimmrecht werden.

7. Kommissionen

Sie werden von der Institutsversammlung gebildet. Sie haben keine Entscheidungskompetenz und sind direkt oder indirekt (über Institutsrat) der Institutsversammlung verantwortlich. Etwa:

- Berufungskommission
- Budgetkommission
- Kommission für Fragen des Studienaufbaus

8. Schlussbemerkungen

Bei einer ersten Betrachtung des Modells scheinen die Kompetenzen der Dozenten ziemlich eingeschränkt zu sein. In unserem Modell nehmen jedoch die Kommissionen eine Schlüsselstellung ein. Sie ermöglichen es, dass für jeden Problembereich die jeweils kompetenten Institutsangehörigen herangezogen werden. So wird z. B. die *Budgetkommission* vorwiegend aus Vertretern der Forschungseinheiten zusammengesetzt sein. Studenten sind darin nur so weit vertreten, wie sie durch

(Fortsetzung auf Seite 11)



UNILEVER (SCHWEIZ) AG ZÜRICH

WIR SIND:

Eine Tochter-Gesellschaft des internationalen UNILEVER-Konzerns, der in über 70 Ländern der Erde mit rund 500 Gesellschaften tätig ist. Wir entwickeln, produzieren und verkaufen hauptsächlich Markenartikel für den täglichen Gebrauch in der modernen Gesellschaft.

WIR SUCHEN:

HOCHSCHULABSOLVENTEN mit Abschluss in Wirtschafts-Wissenschaften und jüngere KAUFLEUTE mit Mittelschulabschluss (Matura oder Handelsdiplom) und einigen Jahren praktischer Erfahrung für die

Marketing

-Abteilung der Firmen SAIS und SUNLIGHT in Zürich

Interne Revisions

-Abteilung in Zürich

(Idealalter ca. 23-26 Jahre, Schweizer Bürger)

WIR BIETEN:

sorgfältige Ausbildung in den entsprechenden Funktionsgebieten
Internationale Kontakte
grosszügige Sozialleistungen
Arbeitsplatz in modernem Bürohaus
5-Tage-Woche
gute Salarierung und Aufstiegsmöglichkeiten

Wenn Sie Freude haben, diese ungewöhnliche Chance zu ergreifen, dann setzen Sie sich mit uns telefonisch in Verbindung. Tel. (051) 44 50 80 - intern 487 oder senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an:

UNILEVER (SCHWEIZ) AG, Personalabteilung Förrlibuckstrasse 10, Postfach, 8031 Zürich.



Haben Sie Ihre Karriere für die Zeit nach Abschluss Ihres Studiums schon geplant? Bieten die von Ihnen erwogenen Möglichkeiten nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig hervorragende Aussichten?

Sperry Rand AG UNIVAC, eine der führenden Unternehmungen der Computer-Branche, hält für Hochschulabsolventen eine Ausbildungsmöglichkeit bereit, die das Studium in sinnvoller Weise ergänzt und echte Erfolgchancen bietet.

Der Lehrgang »Kader 70« vermittelt Hochschulabsolventen eine fundierte Ausbildung auf dem Gebiete der Datenverarbeitung.

Lehrplan: 1. Stufe Gründliche Einführung in die Hard- und Software der elektronischen Datenverarbeitung. Erlernen der einschlägigen Programmier-Sprachen. Darstellung von modernsten Organisations- und Management-Techniken.

2. Stufe Zehnwöchiges Praktikum unter Leitung erfahrener Spezialisten in Organisation, Wissenschaft und Technik.

Zeitplan: 4. Mai 1970 bis 30. September 1970 (+ 1 Woche Ferien); 5-Tage-Woche; Arbeitszeit: 08.00-12.00 und 13.00-17.30 Uhr.

Leitung: Sperry Rand AG UNIVAC, Abteilung Ausbildung+Information

Ausbildungsort: Schulungszentrum der Sperry Rand AG UNIVAC, Zürich
Kommerzielles UNIVAC-Rechenzentrum, Zürich
UNIVAC-Rechenzentrum Wissenschaft+Technik, Zürich

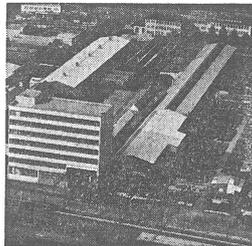
Kompensation: Kurs und Lehrmittel sind gratis. Zudem wird während der ganzen Ausbildung ein Praktikanten-Salär ausgerichtet.

Aufnahmebedingung: Hochschulstudium

Entwicklungsmöglichkeiten: Absolventen des Lehrganges »Kader 70« bieten wir die Möglichkeit (keine Verpflichtung), nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung eine vielseitige Aufgabe im Rahmen der Firma Sperry Rand AG UNIVAC zu übernehmen.

Anmeldung: schriftlich an
Sperry Rand AG UNIVAC
Personalabteilung
Bärengasse 29
8022 Zürich

Anmeldeschluss: 28. Februar 1970



Wir sind ein bedeutendes Unternehmen im Raume Basel mit jahrelanger Erfahrung im Grossanlagen-, Stahl-, Behälter- und Maschinenbau mit vielen Kunden in aller Welt. Unser Anlagenbau wird grösser, und wir suchen einen

Zeichner-Konstrukteur

für den Anlagen- und Apparatebau.

Wenn Sie Erfahrung im Apparate- und Rohrleitungsbau oder einige Jahre Praxis als Zeichner in der Projektierung von Anlagen und Anlagenelementen in der Maschinenindustrie haben, ist Ihnen bei uns die Möglichkeit gegeben, auf dem interessanten Bereich des Chemie-Anlagenbaues in einer ausbaufähigen Position mitzuarbeiten.

Unsere Saläre werden dem Können und der Verantwortung entsprechend ausgerichtet, und die Sozialleistungen sind gut ausgebaut.

Wollen Sie uns bitte Ihre handschriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Foto und Zeugniskopien unter Kennziffer 51d zustellen, oder telefonieren Sie einfach.

BUSS AG, 4133 Pratteln, Telephon 81 54 41



Rieter

Maschineningenieure, Betriebsingenieure

Wussten Sie, dass...

- gegenwärtig bei Rieter das Forschungszentrum erheblich ausgebaut wird.

- die Stützpunkte unseres Verkaufs in den nächsten Monaten und Jahren in verschiedenen Teilen der Welt verstärkt werden.

- infolge des grossen Arbeitskräftemangels dem Gebiet der Arbeitsvorbereitung in der Fabrikation grösste Bedeutung zugemessen wird. (Einführung neuester Werkzeugmaschinen, Studium moderner Fabrikationsverfahren, Aufbau kleiner Produktionsstrassen etc.).

- »Karriere bei Rieter« deshalb kein leeres Schlagwort zu sein braucht.

Sofern Sie einmal mit einem Chef dieser Bereiche sprechen möchten, rufen Sie bitte Herrn Hofmann in unserer Personalabteilung an.

MASCHINENFABRIK RIETER AG
8406 Winterthur, Tel. (052) 86 21 21, int. 230

PS. Vielleicht interessiert Sie die Betriebsplanung, die EDV, das Patentwesen oder ein anderes Spezialgebiet. Prüfen Sie mit uns, ob wir eine Entwicklungsmöglichkeit für Sie sehen!



FREIHOFFER

Buchhandlung
für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1

Tel. 47 92 22

Dolmetscherschule: Hochschule oder Fachschule?

Eine Antwort auf »Dolmetscherschule – Hochschule oder Töchterpensionat« (zs Nr. 5/47)

In der letzten Nummer des »zss« (Nummer 5, November 1969) erschien unter dem Titel »Dolmetscherschule: Hochschule oder Töchterpensionat?« ein Artikel von Steffen Lindig, der als Vertreter der Studentenschaft der Dolmetscherschule in der »zss«-Redaktion sitzt. Leider hat sich Steffen vor der Niederschrift seines Artikels etwas zu wenig informiert, so dass ihm eine Reihe fundamentaler Fehler unterlaufen sind. Die Ausbildung bis zum Übersetzer dauert nicht drei, sondern zwei Jahre, die Subventionen betragen nicht 180 000, sondern über 800 000 und sollen demnach massiv erhöht werden, das Gesamtbudget erreicht nicht 180 000 sondern über 800 000 Franken. Weitere Informationen des Artikels beruhen auf groben Verallgemeinerungen (etwa die Schilderung des Schicksals eines Werkstudenten, das gewiss hart, aber gerade für die Dolmetscherschule absolut untypisch ist).

Aber es ist müssig, auf Gedrucktes und Verbreitetes korrigierend einzuwirken zu wollen. Unser Artikel soll denn auch nicht Punkte wieder aufreissen, sondern möchte ernsthaft die Frage untersuchen, die Lindig im Titel seines Artikels zumindest andeutete, auch wenn er einer Begriffsverwirrung zum Opfer fiel: Ist die Dolmetscherschule eine Hochschule? Kann sie es, sollte sie es sein? Ausserdem wollen wir an Lindigs letzten Abschnitt anschliessen: »Die Lehrer wollen nicht länger Ungenügendes lehren, und die Studenten wollen auch nicht länger Ungenügendes lernen und von hier aus konstruktive Kritik üben.«

Theorie – ja oder nein?

Machen wir uns bei dieser Fragestellung nichts vor: Theorie findet unter den gegenwärtigen Übersetzern nur wenig Anhänger. Die meisten klammern sich an das Goethe-Wort »Grau, teurer Freund, ist alle Theorie...«, übersehen allerdings, dass es Mephisto war, der das Wort sprach, und noch dazu in einer keineswegs lauten Absicht.

Übersetzung ist zunächst einmal ganz lapidar die Übertragung von Gedanken aus einer Sprache in eine andere. Das kann sich (nach den Autoren Vinay und Darbelnet) in sieben verschiedenen Stufen vollziehen, von der direkten Übernahme eines Wortes aus der Ausgangs- in die Zielsprache über die Lehnübersetzung, die Wort-für-Wort-Übersetzung, die Transposition, Modulation, das Äquivalent bis zur Adaption, wo unübersetzbare Stellen annähernd wiedergegeben sind. Damit ist die krusse Stufe der Übersetzung erreicht.

Die Übersetzung in all diesen Arten (die natürlich ständig ineinandergreifen) lässt sich rein handwerklich betreiben, sofern genügend Intuition vorhanden ist – das kann man jedoch nicht immer voraussetzen. Vor allem wenn man sich klar macht, dass die Übersetzung eines Textes die Berücksichtigung historischer, literarischer, linguistischer, psychologischer, kultureller Gesichtspunkte verlangen mag (wenn auch nicht immer verlangt), so kommen einem Zweifel an der rein intuitiven Art des Vorgehens. Vielleicht hilft eine etwas systematischere Betrachtungsweise doch weiter.

Der russische Wissenschaftler Feodorov versuchte als einer der ersten, die Theorie der Übersetzung innerhalb der linguistischen Disziplinen unterzubringen.

(Fortsetzung von Seite 7)

dieses Budget auch berührt werden. In unserem Modell hätte dann allerdings die Institutversammlung die letzte Entscheidung über dieses Budget.

Als weiteres Beispiel sei die *Berungskommission* genannt. Es wird von studentischer Seite wohl kaum bestritten, dass die fachliche Qualifikation eines Kandidaten aus von Fachleuten beurteilt werden muss. Studenten oder Assistenten wären also in dieser Kommission nur so weit vertreten, als es um Fragen der Qualifikation als Lehrer geht. Auch ist die Schweigepflicht, die dieser Kommission auferlegt werden müsste, nicht bestritten. In unserem Modell hätte jedoch die Institutversammlung über die Wahl der Kommissionsmitglieder eine indirekte Kontrolle. Im weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass wir in unserem Modell auch die Struktur eines Departementssystems einbezogen haben.

Hermann Hardmeier

Die beiden Begriffe »Hochschule« und »Fachschule« haben eine recht verschwommene Bedeutung, und so müssen wir uns zuerst einmal über die Bedeutung klar werden, in der die Begriffe hier verwendet werden. Man könnte eine Hochschule als den Ort definieren, an dem Lernen und Lehren mit Forschung verbunden sind, wo der Studierende also lernt zu lernen. Die Fachschule dagegen wäre der Ort, an dem das Auszubildende eine ganz genau umrissene Berufsausbildung ist, wo der Studierende also die Technik seiner zukünftigen Arbeit lernt.

Anerkennt man unsere Definition von Hochschule und Fachschule, so ist die Übersetzer- und Dolmetscherschule eindeutig eine Fachschule. Es wird noch zu zeigen sein, ob sie sich auf Hochschulstufe befindet, wie sie das von sich selbst behauptet. Damit ist natürlich nicht eine Wertung vollzogen, sondern die Bezeichnung der Methode gegeben. Unterrichtsmethoden sowohl in der Übersetzer- als auch in der Dolmetscherschule (was nicht ganz das gleiche ist) sind nicht wissenschaftlicher, sondern technischer Art.

Haben wir nun festgestellt, dass es sich bei der Dolmetscherschule (wir verwenden fortan diese Kurzbezeichnung, obwohl sie nicht ganz zutreffend ist) gegenwärtig um eine Fachschule handelt, so stellt sich als nächstes die Frage, ob eine fachschulmässige Ausbildung, welche nur die Technik des Übersetzens lehrt, genügt oder ob für den Übersetzer nicht auch die Theorie des Übersetzens von Bedeutung wäre, das heisst, ob nicht Fächer wie Übersetzungstheorie in vermehrtem Masse gelehrt werden sollten.

Nach ihm hängt sie sowohl mit der Allgemeinen Sprachwissenschaft als auch mit der Lexikologie, der Grammatik, der Stilistik und der Geschichte der jeweiligen Sprache, aber auch mit ihrer Phonetik zusammen. Was die Theorie des Übersetzens von allen anderen Disziplinen der Sprachwissenschaft unterscheidet, das ist die Tatsache, dass man es immer mit den Gegebenheiten nicht einer, sondern zweier Sprachen und mit dem gesamten System von Zuordnungen zwischen ihnen zu tun hat. Mounin bemerkt zu diesen Überlegungen Feodorovs (die ebenfalls Mounins Buch entnommen sind): »Die Übersetzung ist niemals eine einzige und ausschliesslich linguistische Operation, aber sie ist zuallererst und immer eine linguistische Operation.« Als solche hat sie zweifellos Anspruch auf eine wissenschaftliche

... und Wege zu ihrer Abhilfe

Unserer Meinung nach wäre folgendes zu tun:

1. Zuerst müssten die beruflichen Möglichkeiten und Wirklichkeiten der bisherigen Absolventen durch eine systematische Umfrage geklärt werden. Nicht erhärtete Stichproben deuten darauf hin, dass weniger als 50 Prozent aller Diplomanden (Übersetzer) wirklich als Übersetzer arbeiten. Liegt das nun an der Struktur der Studentenschaft (»höhere Töchter«, die keine Berufsausbildung, sondern eine Übergangslösung zwischen Mittelschule und Ehe suchen; in dieser Beziehung hat Lindig nicht so ganz unrecht), am Arbeitsmarkt (Überangebot an Übersetzern) (zu niedrige Anforderungen) oder an der Richtung der Ausbildung (zu viel kaufmännisches Wissen, wo technisches oder anderes gefordert würde)? Eine Umfrage könnte weiterhelfen. (Die oben erwähnten Möglichkeiten sind natürlich willkürlich eingesetzt, sie sollen lediglich zeigen, wie Antworten ausfallen könnten.)

2. Gleichzeitig müssen jedoch die heutigen und zukünftigen Anforderungen der Übersetzerstätigkeit selbst genauer dargestellt werden. Welche Rolle wird die Übersetzungsmaschine in einigen Jahren spielen, welche die sprachlich immer besser ausgebildeten Kaufleute und Wissenschaftler? Welche Anforderungen werden diesen Gefahren entgegen? Welches sind die Anforderungen, die den meisten zukünftigen Übersetzern gemeinsam sind? Man könnte etwa zum Ergebnis kommen, dass Filmsynchronisation immer mehr Berufsleute verlangt, dass also jeder Übersetzer zumindest potentiell mit Synchronisationsaufträgen rechnen könnte und deshalb eine entsprechende Ausbildung braucht; oder man könnte – im Hinblick auf die halbautomatischen Übersetzungsmaschinen – feststellen,

Aber sie greift natürlich, wie schon angedeutet, weit über die Linguistik hinaus. Da stellen sich die Probleme der Kommunikation und der Verschiedenheit der Kulturen ebenso wie die sehr spezifischen Probleme der Lyrik, des Dramas, des Films – das geht so weit, dass manche Übersetzer (so der ehemalige Generalsekretär der Fédération Internationale des Traducteurs, Edmond Cary) die Auffassung vertreten, die Übersetzung eines Gedichts, eines Theaterstücks, die Synchronisation eines Films sei überhaupt keine linguistische Operation, sondern eine lyrische, dramaturgische oder die Aufgabe eines Drehbuchautors.

Wir wollen es dabei bewenden lassen. Wir hoffen, gezeigt zu haben, dass das Übersetzen mehr ist als eine blosse Technik. Das ist auch dann noch der Fall, wenn der grössere Teil der Übersetzungsarbeit aus technischen Texten besteht und nicht aus literarischen. Angesichts dieser Fülle von Problemen (wir haben längst nicht alle erwähnt) stellt sich die Frage, ob ein Übersetzer, der sich auf Grund seiner Kenntnisse nicht an etwas anderes als an einfachste Übersetzungen alltäglicher Texte herwagen kann, mit Recht als Übersetzer bezeichnen kann.

Hier nun muss die Kritik an der Schule ansetzen.

Einige Uebel ...

Es fehlt in der Übersetzerabteilung zum mindesten offensichtlich eine gewisse Koordination. So gibt es zwar ein Fach Übersetzungstheorie, doch haben die Autoren dieses Artikels nie erlebt, dass die dort erarbeiteten Erkenntnisse und Grundsätze in den Übersetzungs-(Übungs-)Stunden auch tatsächlich bewusst angewendet worden wären. Aber es gibt noch grundsätzlichere Uebel. Niemand scheint sich je ernsthaft überlegt zu haben, wofür die vermittelte Bildung und Ausbildung dient. Es sind keinerlei Angaben erhältlich über den Prozentsatz der Absolventen mit Übersetzerdiplom, die als Fremdsprachenkorrespondenten, als Reiseführer, als Übersetzer von technischen Texten, von Literatur, von Filmen arbeiten. Wie aber will man eine Ausbildung konzipieren, wenn man nicht weiss, wofür sie gut sein soll? Uns scheint lediglich zwei Antworten auf diese Frage denkbar: 1. Man strebt eine breite Allgemeinbildung an und überlässt jegliche Spezialisierung der Praxis. 2. Man kümmert sich nicht um die Ausbildungsziele. Heute ist die Allgemeinbildung zu wenig breit, als dass sie die Antwort 1 rechtfertigen könnte. Die 2. Möglichkeit aber wird durch Verantwortungslosigkeit gekennzeichnet.

dass zumindest Grundkenntnisse der Datenverarbeitung sehr bald auch für den Übersetzer unerlässlich sein könnten.

3. Aus all diesen Untersuchungen ergäbe sich ein Bild dessen, was eine Übersetzererschule wirklich sein müsste. Wenn man auf all diese Fragen antworten kann, dann erst lässt sich ein Lehrplan aufstellen.

Aus all dem Gesagten ergibt sich ferner, dass die Entwicklung ständig im Auge behalten werden muss, und zwar nicht nur jene des Arbeitsmarktes, sondern auch jene der elektronischen Übersetzung, der Kunstsprachen, der Fremdsprachenverbreitung in gewissen Sprachgebieten usw.

Die Erfüllung solcher Forderungen – die sicher nicht radikal, sondern für ein Institut wie die Übersetzer- und Dolmetscherschule selbstverständlich sind – setzt allerdings voraus, dass sich die Schulleitung wie die Lehrerschaft dieser Probleme bewusst wird. Die Zusammensetzung der Lehrerschaft leidet heute noch unter einer Erscheinung, die jeder neue Wissens- oder Wissenschaftszweig kennt: Wer immer sich damit beschäftigt, kommt entweder von der Praxis her und ist nicht wissenschaftlich vorgebildet, oder er kommt – als ausgebildeter Lehrer – von der Sprachwissenschaft her und kennt die Praxis nicht. Dazu kommt (was ebenfalls nicht ungewöhnlich ist), dass allzu viele Lehrer ihren Beruf als Job betrachten, als Erwerbsmöglichkeit, nicht als Entwicklungs- und Forschungsmöglichkeit. Doch darf man die Dinge nun auch wieder nicht zu schwarz malen. Es gibt eine ganze Reihe junger Lehrer, die sich gewiss mit den spezifischen Übersetzungsproblemen näher beschäftigen würden, wenn sie mehr Gelegenheit dazu hätten. Die Schulleitung könnte obligatorische Weiterbildungskurse für alle Lehrkräfte veranstalten,

und wir glauben nicht, dass es jemand als Schande empfinden würde, noch einmal etwas lernen zu müssen.

Mit gutem Willen aller Beteiligten sollte es möglich sein, die Ausbildung der Übersetzer umfassender anzupacken. (Auch könnte man sich überlegen, ob nicht für jene Studenten, die an der eigentlichen Dolmetscherabteilung weiterstudieren wollen, schon in der Übersetzerabteilung mehr direkte Vorbildung geboten werden sollte. In der Dolmetscherabteilung selbst sind dann die Probleme wieder ganz anders, dort wird die Technik des Dolmetschens gelehrt, die weder mit dem Sprachunterricht noch mit dem (schriftlichen) Übersetzen sehr viel gemeinsam hat.

Ausblick

Eine eigentliche Hochschule würde sich auch nach einer solchen Umgestaltung nicht ergeben. Was aber die

Erziehung

– Wozu?
– Wie?
– Wer?
– Wo?

Zum FESEL-Seminar vom 20. bis 23. November in Morschach

Wer immer sich mit den Problemen der heutigen Universität auseinandersetzt, stösst bald auf die Tatsache, dass die Institution Hochschule nicht unabhängig und losgelöst von den übrigen Institutionen unseres Bildungswesens betrachtet werden kann. Schon die Forderung nach »Demokratisierung« des Zugangs zur höheren Bildung verweist über die Universität hinaus in den Bereich der Mittel- und Volksschule.

Wie ist es um die Chancengleichheit bestellt? Welche Rolle spielt »Bildung« in unserer Gesellschaft? Was ist überhaupt »Bildung«? Wie sind Erziehungsziele formuliert? Welche Implikationen beinhalten diese Ziele?

Welche Rolle spielen Familie und Schule im Erziehungs- und Bildungsprozess?

Teilnehmer aus der ganzen Schweiz trafen sich vor kurzem in Morschach und versuchten, den ganzen Fragenkomplex »Bildung« einigermaßen in den Griff zu bekommen. Schon die Suche nach einer brauchbaren Definition des Begriffs stiess auf erhebliche Schwierigkeiten. Immerhin zeigte sich hinsichtlich der Eigenschaften, welche einem »gebildeten« Menschen zukommen, ein gewisser Konsens: Die Adjektive interessiert, beweglich, vernünftig, informiert, weltoffen, tolerant und wissend wurden (in dieser Reihenfolge) am meisten genannt (allerdings ohne inhaltliche Diskussion der Begriffe).

Man einigte sich schliesslich darauf, den historisch belasteten Begriff »Bildung« fallenzulassen und an seiner Stelle von »Sozialisation« zu sprechen. Im Prozess der Sozialisation muss das einzelne Individuum dazu gelangen, sich in einer zunehmend komplexen Gesellschaft zurechtzufinden. Dazu muss ihm ein bestimmtes Mass an »technical know-how« vermittelt werden, ebenso Handlungsanweisungen zur Lösung von allfälligen Konflikten usw. Ziel der Sozialisation ist die weitestgehende Entfaltung der Möglichkeiten des Individuums, eines Menschen, der sich einerseits vor den unvermeidlichen Forderungen seiner Umwelt zu schützen weiss, andererseits aber bereit ist, die ihm gemässen Rollen im sozialen Bereich zu übernehmen (Emanzipation).

Den spezifischen Interessen und Kenntnissen der Seminarteilnehmer entsprechend, wurden in Arbeitsgruppen verschiedene Zugänge zum Problembereich »Bildung-Sozialisation« gewählt. So verschaffte man sich Klarheit über die philosophisch-soziologischen Hintergründe der traditionell anerkannten Bildungsziele und prüfte an einer bestehender Lehrpläne und Schulordnungen die Gültigkeit solcher Formulierungen in der heutigen Zeit. Die Begriffe sind für uns zu Leerformeln erstarrt – sie taugen weitgehend als Bedeutungsträger zur Formulierung eines emanzipativen Sozialisierungsziels, es können aber auch – wie wir annehmen müssen – die Interessengruppen, welche gegenwärtig auf die Schu-

Übersetzer- und Dolmetscherschule sein könnte, das ist: eine Fachhochschule in der Art, wie ja auch die ETH eigentlich eine Fachhochschule ist.

Eine solche Fachhochschule brauchte sich nicht auf das Übersetzen und Dolmetschen zu beschränken; sie würde ein weites Gebiet finden, das in der Schweiz noch kaum beackert wird und zu dem – jedenfalls was die meisten theoretischen Fächer betrifft – auch Übersetzen gehört: das Gebiet der Information. Die Schule könnte also auch die Bereiche der Presse und der Dokumentation ins Programm aufnehmen. Dies müsste selbstverständlich in Zusammenarbeit mit der Universität geschehen, weil diese zwar auch noch nicht viel, aber doch schon etwas auf diesem Gebiet getan hat. Mit einer solchen inhaltlichen Erweiterung könnte die Schule gleichzeitig empfindliche Lücken im schweizerischen Berufsbildungswesen schliessen. Und schliesslich würde sie sich selbst bereichern, denn eine Schule auf dieser umfassenden Grundlage hätte grössere Möglichkeiten, sich ernsthaft mit Informations-theorie zu beschäftigen, mehr als jedes andere bestehende Institut in der Schweiz.

Marianne Pletscher
und Kurt Schwob

len einwirken, ihre Ansprüche in eben diesem Vokabular unterbringen.

Wir versuchten – modellhaft – Eigenschaften und Fähigkeiten eines »sozialisierten« Menschen darzustellen und von dieser Zielvorstellung aus praktischen den Sozialisierungsprozess für die Jahre vor dem Schuleintritt zu skizzieren. Entwicklungspsychologische, soziologische und pädagogische Erkenntnisse wurden untereinander vermittelt, um taugliche Massnahmen herauszuarbeiten, welche »Chancengleichheit« (die Möglichkeit für alle Kinder, ihre speziellen Interessen und Bedürfnisse gleichwertig zu artikulieren) im Schulbetrieb einigermaßen realisieren helfen. In Anbetracht der Korrelation von sprachlicher Ausdrucksfähigkeit und Denkstrukturen liegt das Hauptgewicht gezielter Sozialisationsprozesse im Vorschulalter bei der Förderung des sprachlichen Erfassens möglichst vielfältiger Bereiche menschlicher Umwelt. Eine andere Gruppe hat – vom Praxisfeld des Lehrers ausgehend – den Katalog von Forderungen an eine künftige Schulorganisation zusammengestellt, der den emanzipatorischen Sozialisierungszielen entspricht.

In diesen vier Seminartagen ist uns erst ganz bewusst geworden, welche weiteren Studien und Untersuchungen noch anzustellen sind, bis das – zugegeben prätentöse – Ziel erreicht ist: die Entwicklung einer Modellschule. Doch die Impulse, welche aus dieser Arbeit resultierten, scheinen das weitere Engagement am FESEL-Projekt zu sichern. An verschiedenen Universitäten der Schweiz wird in diesem Winter weitere »Bildungsforschung« betrieben. Im Frühjahr 1970 (11.–14. März) werden wir uns erneut in Morschach treffen, um die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase zu diskutieren, praktisch umzusetzen und die weitere Strategie zu bestimmen.

In Zürich konstituieren sich in den nächsten Tagen verschiedene Arbeitskreise zu den Themen

– Realitäten der heutigen Lehrerbildung (Primar- und Mittelschule): Was wird vermittelt? Mit welchen Methoden? Genügt das Angebot wissenschaftlichen Kriterien? Welches Lehrerbild steckt dahinter? usw.

– Sammlung von Lehrern (in Praxis oder Ausbildung, also zum Beispiel am Oberseminar) in einem Arbeitskreis, wo neue Unterrichtsformen wie Methoden besprochen und angeregt werden. Durch solche praktische Experimente im Schulbetrieb können theoretische Konzepte auf ihre Relevanz hin überprüft und korrigiert werden.

– Wissenschaftliche Erarbeitung und Vermittlung soziologischer Interaktionstheorien mit den linguistischen Problemen der Sprachsozialisation – dies im Hinblick auf kompensatorische Erziehung im Vorschulalter.

Wer macht mit? Der Einstieg ins Projekt fällt bestimmt jetzt wesentlich leichter als in ein paar Monaten ...

Elisabeth Alder, Martin Michel



Wir setzen neue Zeichen mit unsern beiden Volksinitiativen

Eine Volkspension die diesen Namen verdient

Am Basler Parteitag 1968 hat die Sozialdemokratische Partei beschlossen, eine Initiative für eine Volkspension zu starten. Alters- und Invalidenversicherung werden so ausgebaut, dass sie allen Schweizern einen sorgenfreien Lebensabend, den Invaliden die Existenz sichern. Die Initiative, anfangs November 69 lanciert, sieht vor:

- Gesamrenten von wenigstens 60% des Lohnes
- Existenzsichernde Mindestrenten
- Erhaltung der Rentenkauflkraft
- Soziale Beiträge (1/2 Arbeitgeber - 1/2 Arbeitnehmer)
- Volle Freizügigkeit unter den anerkannten Pensionskassen

Mindestens 60% Rente

Die SPS-Volkspensions-Initiative ist ein mutiger Schritt in die 70er-Jahre. Sie bringt wesentliche Vorteile gegenüber andern AHV-Initiativen.

Eine soziale Krankenversicherung für alle

Die sprunghafte Zunahme der Kosten und die damit verbundenen Prämien erhöhungen der Krankenkassen haben das Ungeügen der heutigen Regelungen jedem Versicherten klar gemacht. Zwei Drittel aller Armenfälle sind auf Krankheit des Ernährers der Familie zurückzuführen.

Unsere Initiative verlangt:

- Volle Kostendeckung bei Spitalaufenthalt, bei schwerer und kostspieliger Krankheit sowie bei Mutterschaft
- Das Krankengeld beträgt in diesen Fällen mindestens 80% des Einkommens
- Zahnbehandlung mitversichert
- Der Arbeitgeber bezahlt mindestens die Hälfte der Prämien
- Die Krankenkassen werden als Träger der Versicherung anerkannt
- Jeder Arbeitnehmer ist obligatorisch gegen Unfall versichert

Voller Schutz bei schweren Krankheiten

Tun Sie mit uns den Schritt in die Soziale Schweiz! Geben Sie als stimmberechtigter Schweizerbürger Ihre Unterschrift! Sammeln Sie selbst Unterschriften! Unterschriftenbogen senden wir Ihnen gerne zu.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Eigerplatz 5, 3000 Bern Tel. 031 45 40 31



Tradition und Fortschritt

heisst bei uns, auf der soliden Grundlage von Erfahrungen, gewonnen aus Jahrzehnten zielgerichteter Tätigkeit, ständig weiterforschen, weiterentwickeln, Neues und noch Besseres schaffen. Von den rund 3200 Mitarbeitern der Zellweger-Gruppe, die im In- und Ausland am Erfolg unserer Produkte beteiligt sind, arbeiten 2400 in Uster.

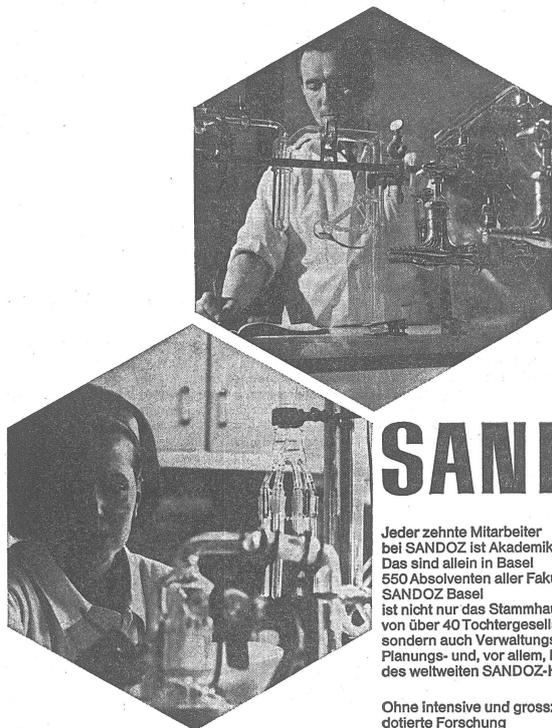
Zellweger

GRUPPE

Nachrichtentechnik / Textiltechnik / Mess- und Regeltechnik

Zellweger AG

Apparate- und Maschinenfabriken Uster, 8610 Uster



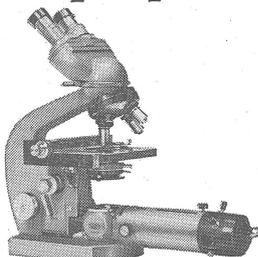
SANDOZ

Jeder zehnte Mitarbeiter bei SANDOZ ist Akademiker. Das sind allein in Basel 550 Absolventen aller Fakultäten. SANDOZ Basel ist nicht nur das Stammhaus von über 40 Tochtergesellschaften, sondern auch Verwaltungs-, Planungs- und, vor allem, Forschungszentrum des weltweiten SANDOZ-Konzerns.

Ohne intensive und grosszügig dotierte Forschung ist kein Fortschritt möglich. Und Forschung braucht Nachwuchs. Industrielle Chemie ist angewandte Wissenschaft. SANDOZ AG Basel



Olympus -Mikroskope seit 1919!



Olympus -MIKROSKOP, Mod. EC-BI
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensator N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenmuscheln und **Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W**, inklusive 3 Birnen, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1687.-

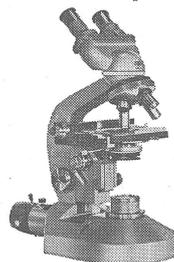
5 Jahre Fabrikgarantie

Erhältlich bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: Weidmann+ Sohn, Abt. Präzisions-Instrumente, Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon, Telefon 051 654800

Sofort ab Lager lieferbar

Spezialofferte an Studenten



Olympus -Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI, binokular, Stativ EH mit 5er Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensator zentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebaute **Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30 W**, inklusive 3 Spezialbirnen, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1905.-

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Zur Nachahmung empfohlen

Ein Studienbegleiter für Mathematiker und Physiker

Unter dem Titel »Orientierung – Mathematik und Physik: ein Studienbegleiter« hat die Fachstudienkommission des VMP (Verband der Mathematiker und Physiker an der ETH) auf Semesterbeginn eine 220seitige Wegleitung zuhanden der Studenten der Abteilung IX herausgegeben. Der Initiative und dem Einsatz einiger Studenten der Abteilung IX ist es zu verdanken, dass nun die Mathematik- und Physikstudenten sich umfassend über ihr Studium informieren können und so in der Lage sind, einen besseren Ueberblick über ihr Studiengbiet zu erhalten. Es ist zu hoffen, dass auch andere Abteilungen und Fakultäten in nächster Zukunft ähnliche, den spezifischen Bedürfnissen angepasste Studienführer herausgeben.

Diese Orientierungsschrift bezweckt zweierlei. Einerseits soll den Maturanden in der immer schwieriger werdenden Studienwahl geholfen werden, andererseits wird den Studenten der Abteilung IX der ETH ein für das ganze Studium nützliches Nachschlagewerk in die Hände gegeben.

Im Oktober 1968 wurde mit den ersten Vorarbeiten begonnen. Es bildete sich eine kleine Gruppe, die weitere Studenten mit sich zog. Es galt, die auftretenden Schwierigkeiten beim Studium zu erarbeiten. (Die Abt. IX hat sehr viele Abschlussmöglichkeiten, was den Ueberblick sehr erschwert.) Vor Weihnachten 1968 waren schon 15 Mitarbeiter, die ihre Arbeitsgruppenweise bis Ende Juli 1969 ausführen. Seit April war eine vollkommene Arbeitskraft erforderlich, was das Aussetzen eines Studenten während 8 Monaten zur Folge hatte.

Die verschiedenen Gruppen bearbeiteten die folgenden Probleme:

- a) Zusammenfassung der Vorlesungen, Ausarbeiten der obligatorischen Vorlesungen und Prüfungsregulative in tabellarischer Form (45% der Seiten).
- b) Beschreibung der Forschungsgebiete der Institute an der Abt. IX sowie wissenschaftlich verwandter Institute anderer Abteilungen, um die Wahl des »Diplomvaters« zu erleichtern, (14% der Seiten).
- c) Statistische Untersuchung der Prüfungsergebnisse für beide Vordiplome und Abschlussdiplom bei ca. 800 Studenten sowie über den zeitlichen Ablauf des Studiums von sämtlichen Neueintretenden eines Jahrgangs (Zeitpunkt der Ablegung der VD und des Diploms, Beurteilungen, Ausarbeiten von Hinweisen zur rationellen Benutzung der Bibliothek unter Auswertung der Erfahrungen aus einem speziell für Mathematiker und Physiker organisierten Kurs. Humoristische Beschreibungen von begangenen Fehlern in Prüfungsvorbereitungen und Übungen (14% der Seiten).
- d) Umfrage bei hundert Unternehmungen, bei denen man annehmen konnte, dass sie Mathematiker und Physiker beschäftigen. Dabei wurde sowohl nach fachlichen als auch nach allgemein bildenden und menschlichen Kenntnissen gefragt. Diese Umfrage erlaubte, die heutige Tätigkeit der Mathematiker und Physiker zu skizzieren, was sehr wichtig ist für die Berufsbildbeschreibung (23% der Seiten).
- e) Alle Firmen mit mehr als 5 Mathe-

matikern und Physikern wurden um finanzielle Hilfe gebeten.
f) Definition der Stellung der Abt. IX innerhalb der ETH.

Die ganze Sammlungsarbeit wurde bis Ende August 1969 fertig. Zusammenstellung, Schreibebeit und Druck erforderten insgesamt 50 Tage Arbeit. Leider war das Interesse anderer studierender Vereinigungen nicht gross.

Diese Leistung ist auch einer guten Atmosphäre zwischen Studenten, Assistenten und Professoren innerhalb der Abt. IX zu verdanken. Die Professoren haben ihre Unterstützung in Form von wertvollen Beiträgen und Gutachten geleistet. Ehemalige Polyaner und Industrieltätige haben uns auf Anfrage hin mitgeholfen.

Dank der vor allem freiwilligen Arbeit vieler Studenten und der fast symbolischen Löhne der Mitarbeiter ist es gelungen, die erste Auflage ohne grosses Defizit herauszugeben.

Kosten:
Druckkosten und Graphik 10 600 Fr.
Sekretariat 2 900 Fr.
Personal (stud. Mitarbeiter) 7 500 Fr.
Gesamtkosten für die erste Auflage (1000 Expl.) 21 000 Fr.
Stundenlohn der Mitarbeiter: 3 Fr.

Einnahmen:

Schulrat	4 100 Fr.
VMP	3 000 Fr.
Industrie (Beträge zwischen 250 und 3000 Fr., bis jetzt noch nicht alle eingetroffen)	13 000 Fr.
Weitere Einnahmen	900 Fr.
Total	21 000 Fr.

Es sei bemerkt, dass die Geldbeschaffung sehr mühsam vor sich geht.

Abgabe:

Studenten der Abt. IX	gratis
ETH, Berufsberatung,	
Mittelschulen	5 Fr.
Maturanden	3 Fr.
andere	20 Fr.

Eine zweite Auflage mit 1000 Exemplaren würde 7500 Fr. kosten.

Mit der Verfassung des Studienbegleiters haben die Studenten der Abt. IX einen Mangel an Uebersicht und klarer Information behoben.

Ein Professor und wichtiger Forschungsdirektor meinte: »Ich begrüße die Initiative des VMP zur Schaffung eines Studienbegleiters. Ein solches Buch ist für die neueintretenden Studenten unerlässlich; mit dem Vorlesungsverzeichnis allein können sie sich nicht zurechtfinden. Ich empfinde es als Mangel, dass diese Arbeit den Studenten überlassen werden muss und dass sie sich auch durch eine Sammlung um die Deckung der Druckkosten bemühen müssen. Nach meiner Ansicht wäre es Sache der Hochschule, Studienbegleiter zu verfassen und für deren Kosten aufzukommen.«

Wir danken allen, die durch ihre Mitarbeit unser Werk ermöglichen haben.

Fachstudienkommission VMP
E. Serrallach, cand. phys.

Mens(a) sana in corpore sano

Ergebnissen einer Umfrage in der neuen Mensa

An der Umfrage, die am 18. Juni 1969 in der neuen Mensa der Universität durchgeführt wurde, nahmen 267 in der Mensa essende Personen teil. Die Anzahl der Versuchspersonen kann als repräsentativ betrachtet werden; sie entspricht ca. 10% der im Sommersemester täglich verkauften Menus (2300 bis 2500 nach Angabe der Leiterin des Mensabetriebs). Von den befragten Studenten besuchen die Mensa durchschnittlich 2- bis 5mal pro Woche 44,9%, 5- bis 7mal 25,4%, 1- bis 2mal 18,1% und mehr als 7mal 11,6%. Es wurden folgende Fragen gestellt:

3. Wie findest du die Zubereitung des Essens im Geschmack?

Warmes Essen	Kaltes Essen
gut 60,6%	gut 61,9%
schlecht 35,2%	schlecht 32,9%
keine Antwort 4,2%	keine Antwort 5,5%
Total 100,0%	Total 100,0%

im Aussehen

Warmes Essen	Kaltes Essen
gut 67,3%	gut 84,7%
schlecht 24,3%	schlecht 11,2%
keine Antwort 8,4%	keine Antwort 4,1%
Total 100,0%	Total 100,0%

in der Nährhaftigkeit

Warmes Essen	Kaltes Essen
gut 59,7%	gut 44,3%
schlecht 31,6%	schlecht 42,3%
keine Antwort 8,7%	keine Antwort 11,2%
Total 100,0%	Total 100,0%

Dass das warme Mensa-Essen in seiner Qualität unterschiedlich ist, zeigen Antworten wie »manchmal gut« oder »manchmal schlecht«.

4. Wie findest du den Preis für das gebotene Essen?

Warmes Essen	Kaltes Essen
angemessen 53,3%	angemessen 28,3%
teuer 42,7%	teuer 60,5%
keine Antwort 4,0%	keine Antwort 11,2%
Total 100,0%	Total 100,0%

Zum Thema Preis traten häufig Vergleiche mit anderen Verpflegungsbetrieben auf wie denjenigen der ETH (Volksdienst), der Migros, der Ciba und von Mönepick. (Gleichwertiges Fischmenü mit Suppe: in der ETH-Mensa = 1,80 Fr., in der Uni-Mensa = 2,30 Fr.; gleichwertige kalte Platte: in der ETH-Mensa = 2 Fr., in der Uni-Mensa = 2,30 Fr.)

In zwei weiteren Fragen wurde die Möglichkeit einer grösseren Menuauswahl mit 63,4% bejahenden Antworten begrüsst und Menus in verschiedenen Preislagen von 70,3% der Befragten vorgezogen.

In der letzten und offenen Frage konnten sich die Studenten über beobachtete Missstände äussern. Kritisiert wurde die architektonische Konzeption der neuen Mensa (die Ventilation, der Mangel an Platz für die Warteschlange, die mit herbeiströmenden Studenten kollidiert, die kleine Nische für die Geschirrrückgabe), die Organisation des Mensa-Betriebs (nur eine Kasse, langsame Bedienung an Kasse und Ausgabestellen, schlechte Reihenfolge am Buffet, Kaffee und kleines Essen nicht separat erhältlich, Salz und Pfeffer nicht auf jedem Tisch, Gläser mit Wasser nicht griffbereit) und die Mensakost (Kaffee ist schlecht, der Salat ist schlecht gewaschen etc.).

Die Resultate der Erhebung haben gezeigt, dass der Verköstigungsbetrieb in der neuen Universitätsmensa für einen grossen Teil der Studenten unbefriedigend ist. Alle Studenten seien daher aufgefordert, die Entwicklung des Mensa-Betriebs weiterhin zu beobachten und kritisch zu betrachten. Ein solches Verhalten wird sich zu jenem Zeitpunkt bezahlt machen, wenn die Leitung des Mensa-Betriebs, welche vorläufig nur provisorisch dem Zürcher Frauenverein obliegt, definitiv an eine Gesellschaft übergeben wird.

P. S. und U. S.

durch können sie oft erst später in das Erwerbsleben eintreten. Die Praxis zeigt, dass für die Abfassung einer guten Dissertation mindestens zwei Jahre erforderlich sind. An vielen Hochschulen, das gilt auch für unsere Universität, besteht der Druckzwang für Dissertation und Habilitationsschrift. Wie sieht das finanziell aus? Nachdem der Student seine kostspielige Ausbildung abgeschlossen hat, und bevor er verdienen kann, muss er noch für Druckkosten aufkommen, die zwischen 5000 und 10 000 Franken liegen. In vielen Fällen muss er dafür ein Darlehen aufnehmen, das er später zurückzahlen muss. Nach unserem geltenden Steuergesetz (StG 26) können Berufszulage gemacht werden für berufliche Weiterbildung, nicht aber für die Ausbildung.

Die Steuerämter akzeptieren somit Abzüge im Zusammenhang mit Dissertationskosten nicht, indem sie diese als Ausbildungskosten bezeichnen. Man könnte sogar, ohne das Steuergesetz abzuändern, derartige Abzüge tolerieren, indem nach heutiger Praxis das Studium mit dem Diplom abschliesst und die Abfassung einer Dissertation bereits als Weiterbildung betrachtet werden kann.

In noch viel höherem Masse müssen die Kosten der Habilitation und des Druckes der Habilitationsschrift als Weiterbildungskosten betrachtet werden und sollten deshalb, soweit sie vom Habilitanden selbst aufgebracht werden, steuerlich abzugfähig sein.

Bravo: Steuererleichterung für Studenten

Prof. H. P. Künzis Motion im Kantonsrat

Am 16. Juni hat Prof. H. P. Künzi eine Motion eingereicht und den Regierungsrat ersucht, in vermehrtem Masse Steuererleichterungen für Studenten einzuführen; insbesondere wurden drei Punkte erwähnt, nämlich:

1. Der Verdienst eines Werkstudenten soll, soweit er der Finanzierung eines Studiums dient, weitgehend von der Steuerpflicht befreit werden.
2. Der Familienvorstand, der die Kosten für Studium und Ausbildung seiner Kinder auf sich nimmt, soll in vermehrtem Masse Abzüge tätigen können (inklusive Ausbildungskosten bei Lehrlingen, Technikumsschülern u. a. m.).
3. Druckkosten für Dissertations- und Habilitationsschriften sollen bei den Steuern in Abzug gebracht werden können.

In der Begründung äusserte sich der

Motionär wie folgt (von der Redaktion gekürzt):

1. Steuererleichterung für Werkstudenten

Geht man von der Finanzierung des Studiums aus, so kann man die Studenten in zwei Gruppen aufteilen.

In die erste Gruppe wollen wir diejenigen Studenten einreihen, die während ihres Studiums nicht auf fremde Hilfe oder auf einen Verdienst angewiesen sind. Sie erhalten die notwendigen Mittel für Studium und Unterhalt von den Eltern oder sie verfügen bereits über eigenes Kapital. Die zweite Gruppe besteht aus den übrigen Studenten, denen ich mich, was die erste Anzuehung in meiner Motion anbetrifft, zuwenden möchte. Diese zweite Gruppe lässt sich jetzt, was die Erfahrung zeigt, in zwei Untergruppen aufteilen.

In der ersten Untergruppe befinden sich die Stipendiaten, die sich, um ihr Studium finanzieren zu können, an den Staat wenden. Früher hat man noch von Almosen gesprochen, und es gab Kreise, die eher verächtlich auf diese Almosenempfänger blickten. Heute hat sich glücklicherweise und auch verständlicherweise diese Situation grundlegend verändert. Eine neue Verordnung steht in Vorbereitung; darin wird eine bessere Unterstützung auch von verheirateten Studenten mit Kindern angestrebt. Diese soll vor allem die Studenten des zweiten Bildungsgangs, deren Zahl sich erfreulicherweise stets vergrössert, mehr berücksichtigen. Seit jeher sind diese Stipendiaten nicht der Steuerpflicht unterstellt, was sicher als absolut richtig bezeichnet werden muss.

Die zweite Untergruppe besteht nun aus Studenten, die aus irgendwelchen Gründen darauf verzichten, öffentliche Gelder für ihr Studium entgegenzunehmen, es sind dies die Werkstudenten, die ihr Studium vollständig oder teilweise selber finanzieren wollen. Ich weiss sehr genau, dass gerade diese Studenten oft sehr grosse Opfer auf sich nehmen, wenn sie tagsüber im Hörsaal sitzen und nachts einer Arbeit nachgehen. Oft opfern sie auch ihre Ferien dazu.

Aus mir, ich muss es sagen, recht unverständlichen Gründen, werden nun diese Werkstudenten, die vom Staat keine Stipendien verlangen, dadurch quasi bestraft, dass sie ihre Einkünfte als Werkstudenten versteuern müssen, ohne Abzüge für Studienauslagen tätigen zu können. Viele greifen dann, wie ich sagen möchte, zur Selbsthilfe, in-

dem sie ihre Einkommen nicht deklarieren, d. h. sie betreiben Steuerhinterziehung. Dies könnte man vermeiden, wenn man meinem ersten Anliegen entsprechen würde, wonach die Werkstudenten in vermehrtem Masse von den Steuern zu befreien wären.

2. Vermehrte Abzüge des Familienvorstandes

Hier möchte ich eine Lanze brechen für die früher erwähnte erste Gruppe, die keine staatlichen Mittel beansprucht, sondern wo der Familienvorstand aus eigenen Kräften ein Studium finanziert. Da ein solcher Familienvorstand nur ganz bescheidene Abzüge für einen sich in der Ausbildung befindlichen Sohn oder eine Tochter tätigen kann (nämlich 1000 Fr. bis zum 25. Altersjahr) ergeben sich besonders störende Ungleichheiten, auf die früher bereits Prof. Akeret in einer Motion hinwies, die leider nicht überwiesen wurde. Ich erlaube mir, das krasse Beispiel, auf das der frühere Motionär hinwies, an dieser Stelle nochmals zu erwähnen: Das jährliche Einkommen der Eltern eines Studenten betrage 17 000 Fr. Für den Sohn legt die Familie 5000 Fr. pro Jahr aus, ohne Stipendien zu verlangen. Der Sozialabzug beträgt 4500 Fr. (persönlicher Abzug 2000 Fr., Haushaltsabzug 1500 Fr., Ausbildung 1000 Fr.). Das steuerbare Einkommen beträgt 12 500 Fr. und die Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich 1170 Fr.

Demgegenüber bezahlen die Eltern eines solchen Studenten mit einem Einkommen von 12 000 Fr. nur 551 Fr. Steuern und beziehen überdies ein steuerfreies Stipendium von 5000 Fr. Durch dieses Stipendium von 5000 Fr. haben sie einkommensmässig die erste Familie eingeholt, werden aber überdies durch einen um über 600 Fr. kleineren Steuerbetrag honoriert.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass durch eine derartige Praxis die private Initiative, ein Studium wenn möglich selber zu finanzieren, gelähmt wird. Es wäre meines Erachtens richtig, dass der Familienvorstand, der die gesamten Kosten eines Studiums auf sich nimmt – es handelt sich heute um Beträge, die ohne weiteres 20 000–30 000 Franken ausmachen (wenn Auslandsemester dazu kommen wird dieser Betrag noch überschritten) – im Sinne meiner zweiten Anregung steuermäßig in vermehrtem Masse begünstigt würde.

3. Druckkostenabzüge für Dissertationen

Zahlreiche Absolventen der Hochschule schreiben nach Abschluss ihrer Studien noch eine Dissertation. Da-

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

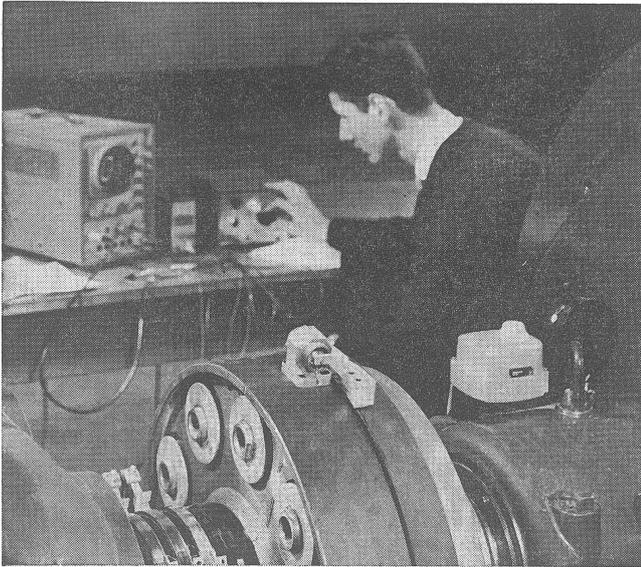
Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarbband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichnerarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Tel. 27 77 27 (gegründet 1945)

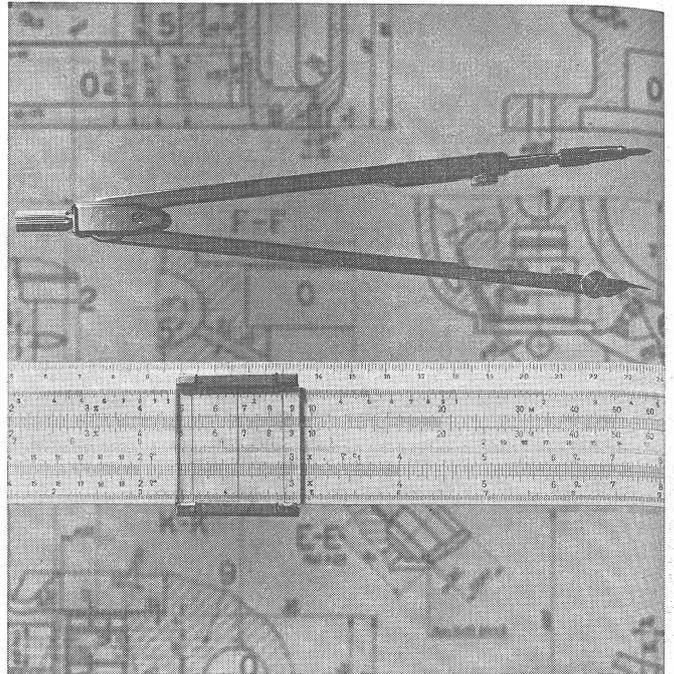


Erfahrene Ingenieure
forschen und entwickeln
konstruieren und planen
beraten und verhandeln
sie schaffen die Grundlagen
für unsere Spitzenprodukte
sie sichern unsere Stellung
auf dem Weltmarkt

Junge Ingenieure
helfen Escher Wyss
fortschrittlich zu bleiben
sie wahren und mehren
den guten Ruf von Escher Wyss
heute und morgen

Escher Wyss, Personalabteilung, Postfach, 8023 Zürich

ESCHER WYSS Zürich



Entwicklung wird in der Industrie gross geschrieben. Auch bei uns in der Oerlikon-Bührle-Gruppe. Zum Beispiel im Maschinen- und Waffenbau. Auf den Gebieten der Elektronik und des Hochvakuum. In der Schweissttechnik und in der Präzisionsmechanik. Im Flugzeugbau und in der Textilindustrie. Unsere Produkte müssen up to date sein. Denn wir arbeiten für den Export. Und das heisst: Spitzenprodukte entwickeln und produzieren.

Oerlikon-Bührle Zürich

B-182

entspannen...
geniessen...
PARISIENNES SUPER

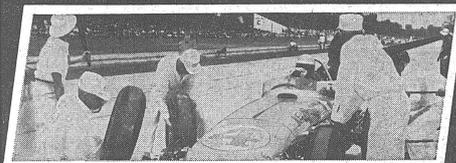
PARISIENNES
SUPER

...und jetzt entspannen! Eine gute, echte Zigarette lang entspannen: PARISIENNES SUPER! Feuer. Der erste Zug. Super, dieses Aroma! Reich und unverfälscht. Und der PS-Filter garantiert milden Rauchgenuss.
«Die ist genau richtig. Nimm Dir eine PARISIENNES SUPER...»

Gerade Sie interessieren uns,

weil Ihnen die Gegenwart mit all ihren Problemen nicht gleichgültig ist und uns auch nicht. Mit der «Schweizer Illustrierten» möchten wir Sie jede Woche über das Neueste in

Kultur und Wissenschaft, über Politik, Sport und das gesamte Weltgeschehen auf dem laufenden halten. Haben Sie sich «Ihre» neueste Ausgabe der Illustrierten schon besorgt?



**SCHWEIZER
ILLUSTRIERTE**

Echo: In Sachen KStR

Trotzdem – eine Lanze für Beat Richner

Betrifft: Kontroverse um den KStR-Präsidenten Beat Richner.

Sehr geschätzte Kommissionen, nachdem im letzten »zsk Nr. 5 ausführliche Anschuldigungen gegen Beat Richner aufgenommen worden sind, die meiner Meinung nach nicht unwidersprochen bleiben dürfen, bitte ich Euch, beigelegte Ausführungen aus Gründen der Unparteilichkeit im vollen Wortlaut (inkl. »P. S.«) im nächsten »zsk« zu publizieren. Es ist der Artikel, den ich in der letzten GStR-Sitzung angekindigt habe. Im Fall einer Nichtaufnahme müsste ich daher im GStR entsprechende Schritte zu seiner Veröffentlichung unternehmen.

A. Studer

Ich kenne Beat Richner nicht persönlich, ich gehe auch nicht mit all seinen Handlungen und Ansichten einig – dennoch berührt mich der inzwischen angefangene Presserummel und das studentpolitische Kesselreiben äusserst peinlich. Ich habe absolut nichts gegen faire Auseinandersetzungen, solange sachlich argumentiert wird; das setzt allerdings einiges voraus. Mir scheint indes, dass es hüben wie drüben am wesentlichsten Bestandteil nicht nur einer sachlichen Diskussion, sondern sogar der »Demokratisierung« fehlt: an der Gesprächsbereitschaft! »Gespräche« setzt nämlich paradoxerweise voraus, dass man »zuhören« kann; die ganze jetzt entfachte Kontroverse leidet indes gerade am Mangel, dass man dies nicht kann.

Einige Beispiele: Beat Richner versteht die Ansichten der Linkskreise nur als »Ideologiek«, verallgemeinert in einzelnen Schriften Aufgelesenes (vgl. Exkurs über »Kunst«) und hört nicht auf Warnungen vor Kompetenzüberschreitungen. Dass er ironisch Gemeintes für voll nimmt, ist eine weitere Folge des Nicht-zuhörens-Könnens – für einen Kabarettisten eigentlich erstaunlich.

Anderserts dürfen auch die »Linken« nach Goethes weisem Ratschlag zu nächst »vor ihrer eigenen Tür« kehren: Sie sehen nicht ein, wie ihr geradezu kindisches Verhalten erst zu der heutigen Situation führt. So stempeln sie Beat Richner von allem Anfang an unbesehen zum »Mann der Rechten«, womit sie ihrerseits bewiesen, dass sie seine Grundsatzklärungen zwar akustisch wahrnahmen, aber überhaupt nicht den Versuch gemacht hatten, sie zu verstehen. Zugegeben, seine Terminologie entsprach nicht der in ihren Kreisen üblichen; doch sollte man endlich so weit sein, den Inhalt von der Formulierung trennen zu können; wozu sonst studieren die Phil-ler denn »Textinterpretation«? Ins gleiche Kapitel gehört auch der Rücktritt der »linken« KStR-Gewählten. Sie verschanden sich zwar hinter Grundsätzen, scheinen aber trotz allem »Theorie-Praxis«-Bezug noch nicht gelernt zu haben, ihre Ideen in die Diskussion um eine Sache entsprechend einfließen zu lassen und zu modifizieren; oder ist ihre Weigerung zum Gespräch eher als Unsicherheit zu verstehen gegenüber der Überzeugungskraft ihrer Argumente bzw. gegenüber deren effektiven Realisationsmöglichkeiten? Jede Realisierung einer Idee bringt notwendigerweise eine Beschränkung und Vereinseitigung mit sich; diese auf sich zu nehmen und sich dennoch voll einzusetzen (unter ständiger Orientierung am Ideal), unterscheidet den reifen Menschen vom unreifen Fanatiker.

Halten wir also zunächst fest: Die kindische Weigerung der »Linken« zur Mitarbeit im neuen KStR war damit der Anstoss zur heutigen unliebsamen Situation. Beat Richner musste sie als persönliche Desavouierung empfinden, gegen die er sich zu wenden hatte. Inwiefern er das geschickt bzw. taktvoll getan hat, bleibe dahingestellt. Immerhin – ein Zusammenhang zwischen den CSSR-Ereignissen und denjenigen an der Uni Zürich wird zwar im Grossteil der Pressemitteilungen bestritten – möchte ich Beat Richner auch hierin in Schutz

nehmen: Für ihn waren die Ereignisse symptomatisch, weil er hier wie dort »dieselbe ideelle wie praktizierte Intoleranz« wirken sah, die es ablehnt, mit Vertretern anderer Gesichtspunkte zusammenzuarbeiten. Es zeigt sich hier eine eigentliche »Schizophrenie« der Linkskreise, die zwar gegen das Establishment wettren, ihrerseits jedoch genau so unbeweglich und vorgeeignet sind wie jenes. So sehen sie nicht ein, dass eine Realisierung des Strickhofprojekts tatsächlich im Interesse der Studentenschaft liegt und möglichst rasches Vorgehen verlangt, noch sind sie bereit, die Leistungen Beat Richners bezüglich der Schaffung einer »force humanitaire« anzuerkennen als praktische Entwicklungshilfe.

Und so erleben wir denn heute das traurige Beispiel einer Studentenschaft, die sich selbst zerfleischt und ihre Kraft und karge Zeit verpufft in Untersuchungen über Vorgefallenes, statt dass sie sich zu gemeinsamer Aktion für die Zukunft aufrafft. Das gleiche leidige Schauspiel des »no-teamwork« zeigt sich z.B. auf dem Gebiet der Universitätsgesetzgebung: Die Linken beharren auf ihrem Grundsatzprogramm (KStR-Dokumente I-III), lehnen aber eine Ausformulierung im heutigen Zeitpunkt ab. Andere Kreise möchten eine paragrafierte Gesetzes-

alternative ausarbeiten, weil sie fürchten, dass die (heute leider noch) massgeblichen Kreise mit obigen Dokumenten nichts anzufangen wüssten, so dass die Gefahr einer Uebergebung der studentischen Anliegen besteht.

Dass diese zwei Standpunkte jedoch nicht unvereinbar sind, habe ich selbst mit meinem »Gegenwurf zum Vorentwurf« (autonome universität – soziale gewaltentrennung) aufgezeigt, der neben einem grundsätzlichen Teil einen ausparagrafierten enthält (siehe Lesesaal der Studentenschaft oder Sozialarchiv). Man muss dabei allerdings vom Denken in »Entweder-Oder«-Kategorien zu einem solchen in »Sowohl-Als-Auch«-Kategorien kommen.

Ich bin nun gespannt, ob man mich auf Grund meiner Ausführungen in Zukunft als »der Rechten zugehörig« klassieren wird; ich müsste demgegenüber betonen, dass meine Sympathie viel eher linksgerichtet ist, sogar so stark, dass ich es nicht mitansehen möchte, wie sich die Linken durch ihr Verhalten selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Man sollte aber doch allmählich über das allzu einfache »Sündenbock«-Denken hinwegkommen und sich zum Ausdruck jenes Weisen durchringen, der einmal sagte: »Die Menschen möchten im Grunde stets das Gute tun;

wenn es doch oft anders herauskommt, so liegt das vor allem darin, dass sie zu ungeschickt sind dazu.« Wir alle waren ungeschickt, und nur deshalb ist es zum heutigen leidigen Zustand gekommen. Die »Linksprogressiven« mögen es mir daher verzeihen, wenn ich – trotz allem Vorgefallenen – eine Lanze für Beat Richner gebrochen habe.

Andres Studer,
GStR-Mitglied und
»progressivster Pädagoge des zürcherischen Schulwesens«
(kann von Erziehungsdirektor König bestätigt werden!)

P. S. Dass der Mensch letzten Endes wirklich mit den »Händen« denkt und der Kopf dabei nur eine sekundäre Rolle spielt (vgl. Verhältnis »Künstler/Sammlung«), wurde vor allem in der Heilpädagogik immer mehr ersichtlich. Zudem sind ja viele unserer abstrakten Begriffe zurückzuführen auf »händliche« konkrete: begreifen = be-greifen; behandeln = be-handeln; überlegen = über-legen; verstehen = ver-stehen. Analog dazu: Gedanken-schritte; Gedanken-sprünge; Gedanken-gänge. Sprachwissenschaftler hätte das bekannt sein müssen. Die Glosse bezüglich Beat Richners Ausspruch »Penser avec les mains« im »zsk Nr. 5 vom Nov. 1969 ist daher nicht nur infam, sondern sogar wissenschaftlich falsch!

übergehen, deren Bewusstsein ihm in jedem Fall Zuversicht auf sich selbst, Freiheit, Mut und Geschicklichkeit sichern.« (Heinrich Pestalozzi)

Von Vergewaltigung kann aber erst die Rede sein, wenn die Anlagen in ihrer Eigenart und in ihrer Vielfalt ange-tastet werden.

Selbstdisziplin ist tatsächlich meiner Meinung nach Voraussetzung jeder Freiheit! Vielleicht kann folgende Ausführung meine Ueberzeugung bekräftigen:

Strawinski, einer der grössten Künstler – einer der grössten Arbeiter überhaupt –, sagte einmal: »Was mich betrifft, so überläuft mich eine Art von Schrecken, wenn ich im Augenblick, wo ich mich an die Arbeit begeben, die unendliche Zahl der mir sich bietenden Möglichkeiten erkenne und fühle, dass mir alles erlaubt ist. Wenn mir alles erlaubt ist, das Beste wie das Schlimmste, wenn mir nichts Widerstand bietet, dann ist jede Anstrengung undenkbar, ich kann auf nichts bauen, und jede Bemühung ist demzufolge vergebens.« Deshalb zwang sich Strawinski zu Ordnungsprinzipien und Gesetzen, die äusserst streng sind und ihm Widerstand und Hindernisse entgegensetzten. Dieser Zwang zur Selbstdisziplin ermöglichte die Entfaltung einer grossen schöpferischen Freiheit. Die Eigenart Strawinskis ist jedoch – selbst bei der Anwendung strengster Gesetze des Barocks – nicht vergewaltigt worden, die Eigenart ist nicht durch Anlehnung verlorengegangen, niemand wird Strawinskis Psalmensinfonie mit einer Bach-Kantate verwechseln...

Und nochmals ein Beispiel aus der Musik: Enrico Malinardi, mein verehrter ehemaliger Maestro, beschäftigt sich immer wieder mit der Frage, warum das italienische Volk – wohl musikalisch das begabteste Europas – heute verhältnismässig wenige junge Spitzenkünstler hat. Diese Frage konnte er nur dahin beantworten, dass sich heute kaum jemand einer künstlerischen Schwerarbeit, die Selbstdisziplin und Verzicht fordert, unterziehen will.

Ist es nun nicht so, dass ein Staat nur frei sein kann, wenn alle Bürger ihre eigene Freiheit durch Selbstdisziplin erlangt haben? Muss doch die staatliche Freiheit vom Bürger stets neu erarbeitet werden, was nur möglich ist, wenn er seine eigene Freiheit schon erarbeitet hat.

Meine Aeusserung betreffend Fremdarbeiter ist lediglich aus Verantwortlichkeit gefallen. Unsere eigene mangelnde persönliche Selbstdisziplin, die nur durch Arbeit an sich selbst erworben wird, bringt auch die Freiheit unseres Landes in Gefahr!

Arbeit und Selbstdisziplin sind Begriffe, die offenbar der Vergangenheit angehören. Kann der Fortschritt nicht auch einmal in der Besinnung auf die Vergangenheit liegen? Dazu das von Strawinski viel zitierte Wort Verdis: »Torniamo all'antico e sarà un progresso.«

Beat Richner,
Präsident der Studentenschaft

Ein »Fremdarbeiter« antwortet

Ist Selbstdisziplin schon Freiheit?

Die Rede des Präsidenten des KStR vom 20. August, die in der vorangegangenen Ausgabe des »Zürcher Student« gedruckt wurde, würde mir keinen Anlass geben, darauf zu reagieren, behrte sie nicht die Problematik der Fremdarbeiter bzw. die Vorstellung, was die Studenten für deren Kinder machen sollten, um eine moralische (vielleicht auch materielle) Schuld zu bezahlen. Die Tatsache aber, dass ich selber 3 1/2 Jahre »Fremdarbeiter« war und auch heute durch zeitweilige Arbeit mein Studium selbst finanzieren, legitimiert mich, so glaube ich wenigstens, die diesbezüglichen Aeusserungen Beat Richners unter die Lupe zu nehmen.

Bevor ich mit der Auseinandersetzung beginne, zitiere ich noch einmal die entscheidende Stelle aus der Rede, damit sie vergegenwärtigt wird: »Wir sind unseren Gästen aus dem Süden etwas schuldig. Wir werden ihre Kinder, die bei uns aufwachsen, zu ausgezeichneten Fachleuten und Wissenschaftlern ausbilden; wir werden sie zur Selbstdisziplin erziehen, damit sie als selbständige, freie Menschen in ihr Land zurückkehren und es mit unserer Unterstützung, nicht so sehr finanzieller als vielmehr fachlicher und moralischer Art, aufbauen können. Wir bilden sie zu ausgezeichneten Akademikern aus, damit sie (...) der verheerenden Korruption der Begüterten Einhalt gebieten können.«

Ich zweifle nicht an der Aufrichtigkeit dieser Zukunftsabsichten, obwohl sie ein rechtlich kompetentes Subjekt voraussetzen. Diese Stelle enthält aber Begriffe wie Selbstdisziplin, Erziehung, freier Mensch, Moral, die einen – obwohl er die »Begriffe nicht klar studiert« hat – »kritischen Zeitgenossen« bedenklich stimmen.

Was heisst, »zur Selbstdisziplin erziehen«? Selbstdisziplin heisst, sich Verhaltensnormen aneignen, die eigens aufgestellten Regeln unterworfen sind. Es wird hier schon der Widerspruch sichtbar zwischen dem, was die Selbstständigkeit der Aufstellung dieser Regeln betrifft, und der Erziehung. Sie setzt begriffsnötig voraus, dass der zu erziehende Mensch die Verhaltensnormen des Erziehers zum grössten Teil übernimmt, damit von einer Erziehung überhaupt gesprochen werden kann. Der ideelle Erfolg einer solchen

Erziehung setzt seinerseits voraus, dass die Verhaltensnormen des Erziehers, unbestritten sind, damit der Erzogene im Rahmen dieser Wertvorstellungen sich eigene Regeln für seine Verhaltensnormen aufstellen kann. Sind aber die Wertvorstellungen der betreffenden Gesellschaft, der auch der Erzieher angehört, Gegenstand der Kritik mehrerer Kreise, so ist der ideelle Erfolg der Erziehung in Frage gestellt. Ich erinnere an einige Schlagworte, um das Vorhandensein einer Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung (damit auch den Wertvorstellungen) in den industrialisierten Ländern zu zeigen, obwohl ich die Schlagworte an sich hasse: Konsumgesellschaft, Transparenz der Entscheide, Ausbeutung, Pseudodemokratie, Manipulation der Konsumenten, Entfremdung... usw. Interessanterweise stellt Richner einen weiteren Beweis selber: »Das südliche Temperament kann uns in unserer engstirnigen Verstocktheit nur dienlich sein.« Wenn man davon ausgeht, dass Verstocktheit und Temperament Erscheinungen der den unterschiedlichen Wertvorstellungen entspringenden Verhaltensnormen sind, so wird es klar, dass diese mit gutem Glauben gewollte Erziehung nur eine Vergewaltigung der »südlichen« Werte sein kann.

Ein weiterer Unsinn springt ins Auge: »Wir werden sie zur Selbstdisziplin erziehen, damit sie als (...) freie Menschen in ihr Land zurückkehren.« Die Erziehung zur Selbstdisziplin wird hier zur Voraussetzung des freien Menschen gemacht, und zwar eine zur Freiheit ausreichende Voraussetzung. Ob die betreffende Gesellschaft eine freie ist oder nicht, spielt hier keine Rolle. Dass der Mensch nur innerhalb einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung frei sein kann – wie man auch den Begriff der Freiheit definieren mag –, wird einfach ignoriert. Eines kann aber nicht angehen: dass die Selbstdisziplin zur wichtigsten Voraussetzung des Freiheitsbegriffs erkoren wird. Wie einfach wäre es, unbekümmert um die die Freiheit gewährleisten den rechtlichen Institutionen, nur mit Selbstdisziplin frei zu sein.

Die Tatsache, dass die Industrieländer den »südlichen« Ländern wirtschaftlich und wissenschaftlich überlegen sind, sollte nicht dazu verleiten, darin

eine Ueberlegenheit der Verhaltensnormen (im ganzen) zu erblicken. Ich sehe mich nicht legitimiert, über die Ursachen dieser immer grösser werdenden Ueberlegenheit (wirtschaftlich wie wissenschaftlich) hier im »Zürcher Student« zu diskutieren. Wir wissen, dass die Begüterten in diesen Ländern korrupt sind und die soziale Ungerechtigkeit viel grössere Dimensionen angenommen hat als anderswo. Das alles gesagt aber nichts darüber, dass die Verhaltensnormen und Wertvorstellungen dieser »südlichen« Menschen total umzuerziehungsbedürftig sind. Der gute Wille zur Tat genügt allein nicht, es bedarf vielmehr der Uebersicht über die ganze Problematik.

Die Begriffe sind gefährliche Spielzeuge der Wissenschaft, sie zu »studieren« genügt allein nicht. Man muss mit ihnen vorsichtig umgehen können.

Atlay Ileri, stud. ius.

Durch Selbstdisziplin zur Freiheit

Beat Richner versucht zu antworten

Was heisst: zur Selbstdisziplin erziehen?

»Den Menschen in physischer, intellektueller und sittlicher Hinsicht dahinbringen, dass seine Anlagen in Kräfte

Medizinische Fachliteratur

BUCHHANDLUNG HANS RAUNHARDT



Inhaber
Gerhard Heinmann & Co.

8001 Zürich, Kirchgasse 17
beim Grossmünster
Telephon (051) 32 13 68

Mysteriöses vom Polyball

Mit Tombolapreisen das Defizit aufbessern?

Die POLYBALLKOMMISSION verkauft folgende Preise der Polyballtombola:

1. OPEL GT 1900, rot, fabrikanneu. 2. Skiausrüstung, evtl. inkl. Skiferien in Zermatt. 3. 1 VESPA 180 SS. 4. 1 Vespa 125 super. 5. 1. Tonbandgerät REVOX. 6. 1 Gutschein der Boutique Dschingis im Betrage von Fr. 1000.-. 7. 1 SIBIR Tischkühlschrank, 150 Liter (WOKA 005, VSETH). Der 8. Preis scheint bereits einen Käufer gefunden zu haben.

Von den 28 Hauptpreisen wurden 8 nicht eingelöst, worunter allein unter den ersten 10 ihrer!

Ist der Wohlstand bereits so angestiegen, dass man solche Preise nicht mehr nötig hat? Ist man zu blasierter oder zu faul, um die Gewinne noch abzuholen?

Kaum. Denn: Am Donnerstag, den 20. November, um 14 Uhr meldete sich der Gewinner des OPEL GT. Die Polyballkommission bedauerte, diesen Preis nicht mehr ausgeben zu können, da sie von Gesetzes wegen verpflichtet sei, die Ausrichtung der Gewinne noch am Unterhaltungsabend selber zu verrichten. Das schien eindeutig klar, und der Gewinner musste sich damit abfinden. Wie gewöhnlich, so zerronnen.

Eine Rückfrage bei der Polizeidirektion ergab dann aber, dass wohl der Verkauf der Lose, die Losziehung und die Ausrichtung der Gewinne am Unterhaltungsabend selber zu erfolgen hätte, die Frist aber, innert welcher die Lose jeweils verfallen, der Grosszügig-

keit der Tombolaorganisation überlassen sei. (Uniball: ca. 1 Woche, Polyball neu: 2 Stunden).

Die Losziehung begann um 2 Uhr und dauerte bis ca. 3 Uhr. Sie war schlecht organisiert: Einige Fehlaussagen, schlecht verständlich, und als ca. 10 Preise ausgelost waren, stellte man fest, dass mehr Losnummern in der Trommel waren, als Lose angeboten worden wurden. So mussten einige Preise nochmals verlost oder Nummern neu gezogen werden.

Viele Gäste verliessen den Ball aus dem Teil dringenden Gründen vor 3 Uhr oder beachteten die Losziehung nicht, weil sie der Meinung waren, dass nach dem Ball eine Zeichnungsliste veröffentlicht würde, mit der man in aller Ruhe die Lose hätte vergleichen können.

Ich bin der Meinung, dass die Frist, innert welcher Lose verfallen, den Umständen und dem Wert der Gewinne angemessen sein muss. Mindestens aber sollte noch eine Gelegenheit gegeben sein, nachträglich die Gewinne zu realisieren. Durch das Fehlen einer öffentlichen Zeichnungsliste konnte auch der Gewinn des ersten Preises erst am Donnerstag, durch Zufall, festgestellt werden.

Nun fragt man sich, ob auf eine so wichtige Bestimmung nicht entsprechend aufmerksam gemacht worden sei. Bemüht man sich, diese Reglemente zu suchen, so findet man in dem mehrere Seiten umfassenden Programm

unter »Als Fortuna GT fuhr« nach einem längeren Abschnitt die Bestimmung: »Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie die Gewinnansprüche noch während der Ballnacht geltend machen müssen. Von Gesetzes wegen sind wir verpflichtet, den Losverkauf und die Preisverteilung noch während der Ballnacht durchzuführen.«

Diese Bestimmungen wurden durch nichts aus dem übrigen Text hervorgehoben. Ich bin der Auffassung, ein so wichtiges Reglement (es waren immerhin 15 000.- Franken zu gewinnen) müsste entsprechend hervorgehoben werden, und das Wichtigste gehört aufs Los.

Man kann sich zudem fragen, ob das mit der Balkarte abgegebene Pro-

SHG-Veranstaltung

Montag, 15. Dezember, 20 Uhr, im neuen Physikhörsaal der ETH, Gloriastrasse 35

Film:

»Der lachende Mann. Bekenntnisse eines Mörders.« (Kongo-Müller-Film)

Eine Erklärung und Dokumentation zum Film wird abgegeben

gramm für Tombolabedingungen verbindlich sei.

Das Resultat: Am Sonntagmorgen stand fest, dass Preise im Werte von insgesamt ca. 25 000 Franken nicht abgeholt wurden. Nun hätte die Polyballkommission spätestens feststellen müssen, dass doch nicht alles in Ordnung war. Man hätte noch die Gelegenheit wahrnehmen können, die Preisgewinne in der Zeitung auszuschreiben. Auch das ist üblich, wenn zu viele wertvolle Preise nicht abgeholt werden.

Zu diesem Zeitpunkt stand aber bereits auch das Defizit fest. So ist natürlich ein Preiserlös von ca. 25 000 Franken sehr willkommen.

Nun muss man aber klar zwischen Tombolapreisen und Defizit unterscheiden. Es wäre sehr unsympathisch, das Defizit mit Tombolapreisen aufpolieren zu wollen. Jeder Tombolapreis hatte einen Besitzer, zumindest zwischen 3 und 5 Uhr. Dass er den Gewinn nicht realisieren konnte, liegt nicht zuletzt bei der Tombolaorganisation selbst.

Fortuna ist GT gefahren, ob er in Zukunft der Polyballorganisation zufällt oder vom Gewinner des 1. Preises gefahren wird, darüber wird der VSETH demnächst entscheiden.

Fritz Näf

happenings
happenings
happenings

Im Zusammenhang mit dem LSZ-Seminar »Planung der Freiheit, welches vorläufig aus einer Arbeitsgruppe »Planung und Politik« und aus einer Arbeitsgruppe »Planung der Wirtschaft« besteht, findet am Donnerstag, 11. Dezember, in der ETH ein Vortrag von *Bernard Willms*, Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum für politische Wissenschaften, voraussichtlich über das Thema »Flucht in die Zukunft als Flucht vor der Politik« statt.

Willms, 1931 geboren, studierte Soziologie, Philosophie, Deutsch und Oeffentliches Recht. Seine jüngste Schrift »Planungsideo-logie und revolutionäre Utopie einer bemerkenswerten Reihe von Publikationen (»Die totale Freiheit, Fichtes politische Philosophie«, 1965; »Revolution und Protest, oder Glanz

und Elend des bürgerlichen Subjekts, 1969 etc.) versucht eine Fülle von Problemerkissen anzugehen. So wird ein Beitrag zur brennenden Frage der Verwissenschaftlichung der Politik resp. der Politisierung der Wissenschaft oder zum Problem einer Flucht in die Zukunft als einer Flucht vor der Politik geleistet. In einer Betrachtung über die Spannungen, denen sich heute das Individuum einer »Gesellschaft der wissenschaftlichen Zivilisation«, bei Willms im unpolenischen Sinne »das bürgerliche Subjekt« genannt, ausgesetzt sieht, steht der nachdenkenswerteste Satz: »Entfremdung ist zweifellos eine der interessantesten Kategorien bürgerlichen Denkens, die immer mehr über diejenigen aussagte, die sie benutzten, als über die Wirklichkeit.«

LSZ

Das Studententheater meldet:

ETG Cambridge kommt wieder

Zwei Neuigkeiten sind für die Fans der Studentengruppe aus Cambridge, die alljährlich vor Weihnachten bei uns gastiert, zu vermerken: Erstens finden die beiden Aufführungen am 12. und 13. Dezember zum ersten Mal in der Aula der Kantonsschule Freudenberg (Nähe Bahnhof Enge) statt; der etwas längere Anmarschweg wird sich aber sicher lohnen, denn obwohl »ETG« (und das ist die zweite Neuigkeit) seit diesem Jahr nicht mehr »Experimental Theatre Group«, sondern »European Theatre Group« (!) heisst, ist die diesjährige Aufführung in einer offensichtlichen Anwendung von echt britischer Ironie durchaus »experimentell«. Dafür bürgt u. a. der Regisseur, Keith Hack, der bereits ein Jahr als Regieassistent beim Berliner Ensemble verbracht hat

und am letzten Festival von Edinburgh mit Brechts »Mahagonny« Aufsehen erregte. Dieses Jahr spielt die ETG Shakespeares »Measure for Measure«, und die Gelegenheit, dieses selten gespielte Stück zu sehen, sollte man sich wirklich nicht entgehen lassen.

Jene, die gerne mit der Gruppe näher in Kontakt kommen möchten, seien darauf hingewiesen, dass wie immer alle Teilnehmer privat untergebracht werden und dass allfällig interessierte Gastgeber (für die Zeit vom 12. bis 14. Dezember) sich mit V. Lieber, Gemeindefr. 39, 8032 Zürich (47 21 85) in Verbindung setzen können (getreu dem üblichen Motto: wer sich zuerst meldet, bekommt den längsten Bart bzw. den kürzesten Minirock).



Vom Leben zum Tod

Notiz zum Gastspiel des »Open Theatre New York« im Theater 11 am 15./16. Dezember

»Terminal«, eine kollektive Improvisation des »Open Theatre New York«, ist eine Darstellung des Todes. Jeder Schauspieler der Truppe hat in sich selbst – auch mit dem Intellekt, aber vor allem durch intuitive Introspektion – gesucht, was er vom Tod und auch vom Übergang vom Leben zum Tod denkt.

Als Rahmen für die Handlung wurde eine psychiatrische Klinik gewählt. Die Kranken versuchen, in einer gemeinsamen traumatischen Erfahrung die unbekannte Zukunft zu erfassen, die sie nach dem Tod erwartet. Dann drücken sie einer nach dem andern aus, was sie empfinden.

Nach Ansicht eines Grossteils der Zuschauer, die der Uraufführung in Bordeaux beiwohnten, ist dieses Moment, der wichtigste des Schauspiels, wo jeder sich hingibt und sich so befreit, einer der ausserordentlichsten, die man sich vorstellen kann. »Das sind erstaunliche Schauspieler«, äusserte einer der Verantwortlichen des Festivals in Bordeaux.

Es scheint tatsächlich, dass Joe Chaikin – ein ehemaliger Mitarbeiter von Julien Beck, der das »Living Theatre« verliess, als es von Amerika

nach Europa übersiedelte – sich bedeutend mehr als sein berühmter Freund um die Arbeit an und mit den Schauspielern bemüht. Für ihn ist die Technik essentiell und überdies, in seinen eigenen Worten: »Wenn ich Theater mache, dann deshalb, weil mich dies in ästhetischer Hinsicht reizt, und nicht, weil ich an eine politische Mission des Theaters glaube. In New York gehöre ich einer politischen Aktion an, aber nicht in meiner Eigenschaft als Theaterleiter. Im Theater geht es darum, ein Stück zu machen. Wenn dieses noch Ideen ausdrückt und diese Ideen verbreitet werden können, um so besser. Aber es heisse das Theater überschätzen, wenn man glauben wollte, es könne tatsächlich die Menschen verändern nach dem Traum des »Living Theatre.« Wichtiger für Chaikin ist es, Beziehungen zwischen den Schauspielern, die improvisieren, zu schaffen: »Wenn einer in der Truppe sich plötzlich entschliesst, ein Opfer zu spielen, so haben jene, die ihm gegenüberstehen, keine andere Wahl, als Polizisten oder Mörder zu werden.« Diese täglich wiederholten Übungen haben die Truppe zu einer extremen Strenge in der Darstellung gebracht.

Gerade deshalb haben die Zuschauer am Festival das »Open Theatre« mit »Terminal« ganz anders empfunden und aufgenommen als vor einigen Jahren die »Mysteriest« des »Living Theatre«, obwohl natürlich auch Gemeinsamkeiten bestehen.

Einige Zuschauer stellten fest, dass »Terminal« zu keinem Ergebnis führe. In Wirklichkeit kann dieses Stück gar nicht zu einem in sich geschlossenen Ergebnis führen. Es ist – und das ist sicher nicht sein geringstes Interesse – dauernde Suche, von einer Vorstellung zur andern werden Veränderungen wahrgenommen, Fortschritte oder Rückschläge. Alles ist stets im Fluss.

Es bleibt zu erwähnen, dass »Terminal« ausschliesslich ein Werk der Schauspieler ist. Es gibt keine Dekorationen und keine Musik. Die Schauspieler sind in identische, ziemlich garte Kostüme gekleidet – hier ein weiterer Unterschied zum »Living Theatre«.

Nach der Uraufführung in Bordeaux wurde »Terminal« in Paris im »Théâtre de la Cité Universitaire« gespielt. Es war das Ereignis der reichhaltigen Saison amerikanischen Theaters, die in der französischen Hauptstadt ihren Anfang genommen hat.

Rendez-vous der Herzen

In dieser Rubrik veröffentlicht der »z« zum erstmaligen Herzenswünsche. Kleine Anzeigen kosten Fr. 7.-, grosse Anzeigen Fr. 14.-. Diskretion ist selbstverständlich. Antworten bitte mit dem jeweiligen Kennwort versehen.

Meitli – überleg's der guet!

Haariger, studentender Endzwanziger ohne gesicherte Laufbahn (weil eine Menge anderes im Kopfe habend), ohne Einfamilienhaus mit Garten, ohne Auto (auch keine Lust, so etwas in absehbarer Zeit zu erwerben) –

dafür schon ein wenig in der Welt herumgekommen, durch positive Lebensumstände etwas Vermögen im Innern angehäuft, und vor allem gewillt, dieses Vermögen so anzulegen, dass die Zinsen für ein Leben zu zweit ausreichen: das bin ich.

Wenn du die Schwerpunkte ähnlich setzt und zwischen zwanzig und dreissig Jahre alt bist, dann schreibe mir, damit wir uns mal zu einem Plausch treffen. Wer weiss, vielleicht ist's der Anfang einer zärtlichen Freundschaft...

Kennwort: Meitli – überleg's der guet!

Allein

Vielleicht findest du diese Art der Kontaktnahme auch ungewohnt wie ich – ob aber der Zweck dieses Mittel nicht rechtfertigt? Ich möchte eine sensible, intelligente und aufgeschlossene Kommitlon kennenlernen, die gewillt ist, eine ernsthafte Partnerschaft einzugehen.

Kennwort: Allein

SOS

Von Verbürgerlichung und Konformismus bedrohter junger Akademiker sucht Partnerin, die ihm hilft, sein (und ihr) Privatleben origineller zu gestalten. Hilfeangebote an den zsn.

Kennwort: SOS

Freundin

Polyaner, solide Standardausführung, hat es satt, seine Freizeit allein zu verbringen. Wer schreibt ihm?

Kennwort: Freundin



Gespräche mit dem »Schauspielhaus« (Klaus Völker)

Tröstlich: Nicht nur der »zürcher student« wirbelt Staub auf, seit kurzem tut es auch das Schauspielhaus. Neubeginn – nicht Kontinuität, wie das Motto der Aera Hirschfeld gelaute hatte – forderte der neue Direktor des Schauspielhauses Zürich zu wiederholten Malen. Das kann nicht mit einigen abschätzigen Bemerkungen in verschiedenen Zeitungen abgetan werden, auch Round-table-Gespräche gaben bisher nur in beschränktem Masse Auskunft.

Es war unsere Absicht gewesen, Dr. Peter Löffler einige grundsätzliche Fragen zu stellen, über das Theater vorerst, das in den Diskussionen bisher immer etwas zu kurz kam. Dr. Löffler hat uns auf unsere Anfrage

hin an seinen Dramaturgen Klaus Völker verwiesen, der sich freundlicherweise für ein Gespräch zur Verfügung gestellt hat. Dem Gespräch, das von einem Mitarbeiter des »zs« geführt wurde, folgen das nächste Mal Überlegungen zum politischen Gehalt, zur politischen Stellung, die untrennbar mit der Theaterarbeit, den Aufführungen verknüpft zu sein scheinen.

Zur Zeit sind sechs eigene Premieren unter der neuen Direktion über die Bretter der Pfauenbühne gegangen; hinzu kommt das Bremer Tasso-Gastspiel. Damit wird man die folgenden Äusserungen Klaus Völkers an der Praxis, an den Aufführungen bis zu einem gewissen Grade messen können.

Die Redaktion

zs: In der Schweizer Theaterzeitung haben Sie, Herr Völker, unter anderem gesagt: »Wir müssen versuchen, eine Methode zu entwickeln, die das Ensemble und das Publikum unterhält und im Denken verändert.« Damit scheint mir das Wesentliche zum Neubeginn am Schauspielhaus Zürich gesagt. »Das Denken verändert« ist wohl im Zusammenhang mit der von Ihnen auch schon erwähnten »Bewusstseinsklärung« zu sehen. Was verstehen Sie darunter genau? Wen betrifft und worauf hin richtet sich die Veränderung des Denkens?

Völker: Die Frage müsste wohl so gestellt werden: Welche Funktion hat das Theater eigentlich zu erfüllen, beziehungsweise welche Rolle spielt ein Theater überhaupt heute? Theater hat – das belegen die überall zurückgehenden Besucherzahlen und das mangelnde Interesse vieler Kreise, vor allem Jugendlicher – Theater hat eigentlich nichts Attraktives mehr. Eine Menge von Leuten überlegt sich nun, wie man wieder zu einem lebendigen Theater kommen könnte, einem Theater, das sich Rechenschaft darüber ablegt, was es ist, wozu es etwas macht, welche Stücke es spielt, wie und für wen es sie spielt. Bezüglich des Publikums nun stellt sich die Frage: Was will man den Zuschauern gegenüber erreichen? Mit »Denken verändern« ist gemeint, das Publikum mit Realitäten zu konfrontieren, die ihm vielleicht in der Weise, in der sie aufgezeigt werden, nicht so vertraut sind, die neu sind. Auf diese Weise können neue Denkprozesse, neue Überlegungen in Gang gebracht werden.

Ich bin sehr skeptisch, was die Wirkung von Theater anbelangt, die sich direkt auszahlt. Theater kann nicht leisten, was Politik leisten soll. Politische Aenderungen erreicht man nicht, wenn man ein Stück spielt, welches über bestimmte politische Fakten informiert und orientiert. Das können andere Medien wesentlich besser; oder sie sollten es wenigstens tun. Die peinliche Situation heute ist, dass gerade durch Massenmedien wie Fernsehen, Rundfunk und Presse Meinungen und vor allem Informationen oft einseitig ausgewählt vorgetragen werden, dass das Publikum nicht genügend informiert ist und plötzlich dem Theater die Rolle eines Informationsträgers zufällt,

die es gar nicht leisten kann. Das Theater ist viel günstiger dran, wenn es mit einem schon informierten Publikum rechnen kann. Wichtig ist dann, auf Gesichtspunkte einzugehen, die einer genaueren Untersuchung wert sind, und da hat vielleicht das Theater die Chance, Denkweise und Haltung eines Publikums zu irritieren, zu verunsichern und in eine andere Richtung lenken...

zs: ... indem das Publikum zu einer kritischen Haltung geführt oder indem ihm, als Alternative, eine Lehre verkündet wird?

Völker: Theater kann natürlich auch eine Lehre verkünden, aber darauf kommt es zunächst gar nicht an; sondern entscheidend ist, wirklich kritisch vorzugehen, indem schon die Art, wie man Theater macht, kritisch ist; indem man die Stücke, welche man spielt, in ihrer Aussage, in ihrer Machart in Frage stellt und sie neu sichtet nach ihren eigentlichen historischen Voraussetzungen, aus denen sie entstanden sind. Nur so können die Stücke glaubhaft an ein Publikum herangetragen werden und eben im Hinblick auf ein Publikum, das kritisch mit dem Stück konfrontiert werden soll. Dabei geht es dem Theater nicht darum, irgendwelche Bekenntnisse abzuliefern, sondern methodisches Denken zu popularisieren.

zs: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Thema dieser Spielzeit, welches Sie mit »gesellschaftliche Realität und Utopie« umschrieben haben?

Völker: »Gesellschaftliche Realität« heisst zunächst: aufzeigen, in welcher gesellschaftlichen Umgebung man sich befindet, wie diese funktioniert, aus welchen Bestandteilen sie sich zusammensetzt. Die Gesellschaft, in der wir uns befinden, ist eine bürgerliche, und so steht man notgedrungen vor der Aufgabe, diese Gesellschaft zu untersuchen, zu analysieren, zu ihr eine Stellung zu beziehen.

zs: Aufgrund ihrer Auswüchse, wie sie etwa in »Early Morning« oder in »Hochzeit« dargestellt sind?

Völker: Darüber wäre zu sprechen, ob da Auswüchse dargestellt werden oder ob Analysen der Gesellschaft vor-

liegen. Der Ansatz des Stücks »Early Morning« ist der, dass es sich nicht um Auswüchse handelt; Bond behauptet doch, ein gültiges Bild der Gesellschaft aufzuzeigen. Canetti dagegen trifft eine Auswahl; die Zusammensetzung der Gesellschaft ist genau fixiert. Auch diese Welt ist aber nicht als Auswuchs beschrieben, sondern von ihm als gültige poetische Darstellung der bürgerlichen Welt gemeint; zunächst derjenigen von 1932, wobei sich gleich die Frage stellt, ob das Stück unverändert so weit aktualisierbar ist, dass es als gültige Aussage über den Zustand einer bestimmten bürgerlichen Welt genommen werden kann.

Auswüchse entstehen ja auch nicht zufällig, wie Sie das vielleicht meinen; sie sind bedingt durch das jeweilige gesellschaftliche System. Man kann sich nun nach dem Stellenwert dieser Auswüchse fragen: definiert sich ein gesellschaftliches System durch die Auswüchse...

zs: ... sagen die Auswüchse über den Wert des Systems an sich irgend etwas aus?

Völker: Das wäre zu prüfen. Und in den Stücken jedenfalls wird nie von den Auswüchsen ausgegangen; sondern es wird der Versuch gemacht, einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand in einem dichterischen Bild zu fixieren. Wenn wir nun von »gesellschaftlicher Realität und Utopie« sprechen, so soll damit angedeutet werden, dass wir nicht die Absicht haben, nur »Weltuntergänge« zu beschreiben; auch mögliche Alternativen sollen aufgezeigt werden. Nicht im Sinne von Programmen oder Patentlösungen; es soll aber die Möglichkeit angedeutet werden, dass Zustände änderbar sind, mögliche Gegenwelten vorhanden sind, Utopien verschiedenlich durchscheinen können, welche einen realistischen Grundcharakter haben. »Kikeriki« betont beispielsweise diesen Aspekt; ein Hahn deutet auf die Möglichkeit einer glücklicheren Welt hin; er ist ein Symbol für Friede, Schönheit und sexuelle Befreiung.

Theaterarbeit und Theaterstil

zs: Sie haben verschiedentlich darauf hingedeutet, dass es auch gilt, für die



Klaus Völker

Theaterarbeit neue Methoden zu finden.

Völker: Eine Reihe von Schauspielern klagt darüber, dass sie von Produktion zu Produktion gehetzt werden und sich gar nicht mehr klar darüber werden, in was für Art von Arbeit sie sich überhaupt befinden. Sie sind nicht mehr zufrieden, einfach nur Rollen abzuliefern, sondern sind daran interessiert, wieder zu einer sinnvollen Arbeit zu kommen, eine Arbeit zu haben, in der sie einermassen die Probleme der Entfremdung, die jeder Beruf heute mit sich bringt, lösen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen können sie das vielleicht leichter als Arbeiter; denn es muss erst eine Reihe von andern Vorbedingungen erfüllt werden, bevor die eigentliche Entfremdung abgebaut werden kann. Es ist unsere Absicht, ein Maximum an guten Arbeitsbedingungen für Schauspieler zu schaffen, die Voraussetzung sind für eine kontinuierliche, in der Qualität belangvolle Theaterarbeit. Nur mit Schauspielern, die sich klar sind über den Inhalt ihrer Arbeit, ist heute wirklich Qualität zu erreichen. In »Early Morning« etwa hat das Ergebnis diese Arbeitsweise sicher gerechtfertigt. Eine weitere Voraussetzung dafür ist freilich, dass die grosse Zahl von Produktionen im Laufe der Zeit auf etwa sechs bis acht gesenkt werden kann, wobei in jedem Fall ein Monat Vorbereitungszeit und zwei Monate Proben anzustreben sind. Wichtig ist es, von Anfang an alle Beteiligten zur Probenarbeit hinzuzuziehen. Dann erst kann man von kollektiver Arbeitsweise sprechen.

zs: Welche Rolle spielt dabei der Regisseur?

Völker: Jedenfalls nicht den autoritären Diktator. Der Regisseur ist eigentlich der Kontrolleur der Arbeit. Seine Rolle blüht zunächst an Prestige ein zugunsten einer Arbeitsweise, die von allen Beteiligten gestaltet wird. Andererseits erhält aber seine Stellung grössere Bedeutung, indem sie zurückgenommen und in den Gesamtarbeitsbereich einbezogen wird. Regie besteht auch darin, die Mitarbeiter über die Regierezepte zu informieren.

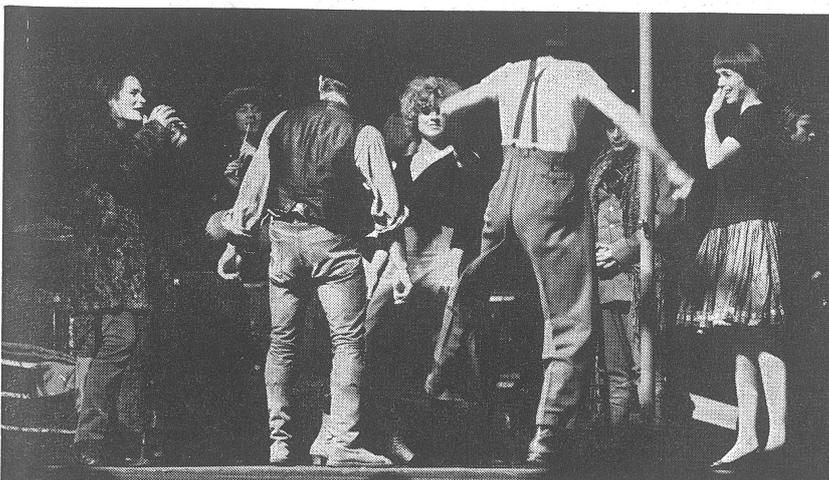
zs: Und die Konzeption?

Völker: Auf die einigt man sich vor Probenbeginn, wobei das Ziel ist, dass jeder den entscheidenden Impuls beitragen kann. Die verschiedenen Konzeptionen, die entwickelt werden, sollen kritisch behandelt und am objektiven Tatbestand am Text, kontrolliert werden. Diese Kontrolle kann von mehreren Beteiligten besser ausgeübt werden.

zs: Mit einer Bemerkung über den Pluralismus möchte ich nun zur Frage nach einem bestimmten Theaterstil überleiten. In der Diskussion um das Schauspielhaus sind bezüglich des Pluralismus immer wieder Missverständnisse entstanden. Grundsätzlich ist doch zu unterscheiden zwischen Pluralismus des Spielplans und, damit zusammenhängend, der inneren Thematik, Pluralismus des Stils und schliesslich des Publikums. Sie haben sich gegen den Vorwurf, einseitig zu sein, gewehrt mit dem Hinweis auf den vielseitigen Spielplan und auf die verschiedenen Regisseurpersönlichkeiten wie etwa Stein und Lindtberg. Innerhalb des an sich vielseitigen Spielplans hat sich nun die eine gesellschaftskritische Ausrichtung ergeben, die Sie einleuchtend damit begründet haben, dass das Ensemble sinnvollerweise an einen bestimmten Arbeitsprozess gewöhnt werden müsse. Wäre dann in diesem Zusammenhang, vom Theater aus, nicht stilistische Einheitlichkeit die grössere Forderung?

Völker: Stilistische Einheitlichkeit ist nicht angestrebt; die Frage der einheitlichen Arbeitsmethode ist nicht eine Frage des Stils. Stil hängt eng zusammen mit Mode (in einem positiven Sinn); lebendiges Theater kommt nicht ohne Mode aus. Die Form, in der ein Stück entwickelt wird, bestimmt sich durch die Materialien, die man zur Verfügung hat. Gerade die Möglichkeit, zu einer etwas kollektiveren Arbeitsweise zu kommen, führt ja weg vom Stil, weg von der sogenannten Handschrift des Regisseurs. Eine Arbeitsweise ist zu entwickeln, die einem Regisseur nicht mehr erlaubt, nur noch seine Einfälle, seine Gags zu produzieren und auf die Stücke aufzupropfen. Dass ein Rest von Eigenheiten übrigbleibt, ist ganz klar; es ist aber etwas Uberschaubares, Kontrollierbares und etwas Lebendiges, das auf der Bühne ständig als veränderbar erscheinen muss und

(Fortsetzung auf Seite 21)



»Kikeriki«-Probe unter der Regie von Peter B. Stein (links).

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

Ohne »Talent« bist du verloren!

Rennwagen, Kioske mit Sex-Heftli, LSD und Super-Minis sind nicht die einzigen »Verführer«, die unsere heutige Jugend umgarnen. Viel gefährlicher und nachteiliger verführt sich's »geistig«. Mit »Manifesten« zum Beispiel wie demjenigen eines katholischen Zürcher Schriftstellers, dem wir — nichts gegen konfessionelle Toleranz! — in einer mehr als wohlwollenden Würdigung im evangelischen Kirchenboten begegneten ...

Was wollen, wie »verführen« solche Manifeste? In seinem eifrig diskutierten Manifest erhebt der Verfasser — wie so viele andere neben ihm — die Forderung, es seien »in den nächsten Jahren neue menschliche Verhältnisse zu schaffen, und zwar von Grund auf.« »Der neue Mensch« — so lautet der faszinierende Titel — »steht weder links noch rechts — er geht.« Und weiter: der neue Mensch »ist unterwegs. Wer rechts steht und wer links steht, steht so oder so

absichts.« Der neue Mensch »beansprucht die ganze Strassenbreite«. Und weil er geht und nicht stehen bleibt, »nimmt er keinen fixen Standpunkt ein«. Der »neue Mensch« kann demnach so oder auch anders. Im übrigen — wer kennt nicht diese »fixe« Parole! — muss die »überkommene Ordnung der Positionen und Autoritäten gestürzt werden«. Die Frage ist jeweils nur, wodurch die eifrigen Programmierer das von ihnen Gestürzte ersetzen wollen. Da hapert's gewöhnlich mit klaren und klärenden Vorstellungen. Natürlich, denn der neue Mensch »nimmt keinen fixen Standpunkt ein« ...

Allerdings, das erwähnte Manifest scheint eine löbliche Ausnahme zu sein. Es proklamiert: Die neue Ordnung wird eine Ordnung der Talente sein. Denn: »Talente verändern die Welt, nicht die Doktrinen.« Da allerdings wird die Sache nun brenzlich. Die neue Ordnung ist also eine Herrschaft der Talente. Beherrscher dieser Ordnung sind

die Talentierten. Was geschieht mit denjenigen, die in Gottes Namen keine Talente besitzen? Wer nicht über Talente verfügt, der hat in der »neuen« Welt nichts, aber auch gar nichts zu bestellen.

Vor allem auch die Jugend sollte sich klar sein, dass der »neue Mensch« das Ziel auch der Kommunisten ist, mit denen die meisten Neuerer den Glauben teilen, alle Verhältnisse neu schaffen zu können. Hier sitzt die Wurzel des totalitären Geistes, der, ob man es gern hat oder nicht, auf dem Boden solcher »Manifeste« wachsen wird. Man ruft nach Bewegung, als ob nicht schon allzu vieles in Bewegung wäre. Und als ob wir nicht gerade der »fixen Standpunkte« bedürften, um die Gemeinschaft, das Leben zu schützen — das Leben gerade derjenigen, die keine sichtbaren Talente besitzen. »Bewegung« — das war der Kampftruf auch während des Frontenrührlings; auch damals standen »Supermenschen« und »Talente« hoch im Kurs. Die neue Gesellschaft müsste unweigerlich in einem Staate totalitären »roten« oder »braunen« Zuschnitts, »links« oder »rechts« der demokratischen Mitte, enden.

Das genannte Manifest versteht unter Talent »Erbe und menschliches Vermögen; das, was im Menschen ist und wirkend ans Licht will. Es gibt keinen, der in diesem Sinne ohne Talent wäre.« Da sitzt der Wurm im Apfel! Auf solche frommen Sprüche, die letzten Endes hohle Phrasen sind, fallen viele Gutgläubige herein. »Es gibt keinen...« Natürlich gibt es sie! Aber die Schwachen, die Gedrückten, die Talentlosen haben in unserer Demokratie sogar Stimmrecht. Unter der Herrschaft derjenigen, die sich selber alle Talente zuschreiben und ganz ungeniert »die ganze Strassenbreite beanspruchen«, werden sie nicht einmal mehr das Maul aufmachen dürfen ...



Aktion für freie Meinungsbildung

8032 Zürich

NEU:

T-Shirt mit Uni-Siegel

Fr. 19.80



WILLY KORN

MODE FÜR STUDIKER

Sonneggstr. 21, b. Sunnehus

STUDENTEN 5% Rabatt

**Der Tages-Anzeiger ist ein
ausgesprochen
reaktionär-linksintellektuelles
bourgeois-revisionistisches
konterrevolutionäres
nonkonformistisches Massenblatt.**

Oder etwa nicht?

(Denn eben da wo die Begriffe fehlen, stellt sich zur rechten Zeit ein Schlagwort ein.) Nicht dass der Tages-Anzeiger wagen würde, die kunstvoll zusammengestellte Rhetorik einiger Festtags-Protest-Redner zu kritisieren — wozu auch — er will damit nur sagen, dass man mit dem »Faust« immer noch weiter kommt als mit den Fäusten. Damit wir uns ganz klar sind: Der Tages-Anzeiger hält Leute, die mit langen Haaren und Moos rotem Büchlein unter dem Arm in der Gegend herumlaufen, noch lange nicht für (Volksschädlinge, subversive Elemente, Kommunisten, Vaterlandsverräter, Nestbeschmutzer, Aufweichter, Linksintellektuelle und Un-terwandler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung) — und was dergleichen mehr geschrieben wird. Der Tages-Anzeiger hasst Schlagworte von rechts! genauso wie die von links!

zumal sie sich ohnehin immer ähnlicher werden.

Und sowenig der Tages-Anzeiger alles, was in Bern dahergeredet wird, für der Weisheit letzten Schluss hält, sowenig lässt er sich von denjenigen aus der Fassung bringen, die glauben, mit einigen Zitaten unsere Gesellschaftsordnung zum Besseren wenden zu können.

Dass unsere Gesellschaft sich nicht nur wandeln muss, sondern es auch tut — und dass die Studenten als die (hoffentlich) geistige Elite unserer Jugend dabei die führende Rolle spielen, die ihnen zukommt —, hat der Tages-Anzeiger immer für ein erfreuliches Zeichen gehalten. Aber er hat die Entwicklung immer mit dem gesunden Misstrauen und der Wachsamkeit dessen gesehen und gefördert, der alle sachlichen Argumente gelten

lässt, aber in jeden emotionell geladenen Luftballon unerbittlich hineinsticht.

Man sagt (dem Volk) oft nach, es sei Emotionen eher zugänglich als rationalen Argumenten. Zumindest für die Schweizer stimmt diese Behauptung nicht. Das beweist nicht nur das Abstimmungsresultat über die ETH, das beweist auch die Tatsache, dass rund 500 000 Schweizer täglich den Tages-Anzeiger lesen.

Bestellen Sie doch zuerst einmal den Tages-Anzeiger drei Wochen gratis. Sie werden es schwer haben, ihn zu klassifizieren. Aber leicht, ihn zu qualifizieren.

- Ich bestelle den Tages-Anzeiger für drei Wochen gratis.
- Ich bestelle ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und erhalte als Student 30% Studenten-Rabatt.
- Das kostet mich
- 3.25 statt 4.60 für 1 Monat
- 9.35 statt 13.25 für 3 Monate
- 18.50 statt 26.40 für 6 Monate
- 36.55 statt 52.20 für 12 Monate

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Fakultät: _____ Semester: _____

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich.

Tages-Anzeiger

Warum essen so viele Studenten bei uns?

1. Studentenkarte (auf 12 Menus 1 Menu gratis, ohne jede Vorauszahlung)
2. Tellerservice ab Fr. 2.70 (Freitag ab Fr. 1.70)
3. All-in-Menus (Getränk Fr. -.55 und Kaffee Fr. -.55)
4. Stadtbekannt, gute Küche mit viel Abwechslung
5. Freundliche und schnelle Bedienung
6. Ruhige, gediegene Atmosphäre (300 Sitzplätze)
7. Auch am Abend und am Sonntag geöffnet (Studentenkarte immer gültig)

aschinger

Biber + Wellenberg

die von Studenten bevorzugten alkoholfreien Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz, unterhalb der Uni, 100 Schritte vom Limmatquai.

aschinger-Biber:

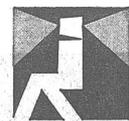
Jeden Dienstag: »Pizza di Roma« (mit Spiegelei)
Chinesische und indische Speisen. Käse-Fondues.

aschinger-Wellenberg:

Japanische und indonesische Speisen. Fleischfondues.

In beiden Betrieben:

Jeden Freitag: Treffpunkt der Wähenliebhaber.
Eigene Konditorei.



DIAVOX

INSTITUT MODERNE DE LANGUES
1000 LAUSANNE
avenue de Beaulieu 19, Tél. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle –
Laboratoire de langues
Français - Anglais - Allemand

Notre particularité:
Pour chaque heure de classe 1 heure de
laboratoire de langues.

Stages complets et intensifs de 8 et
11 semaines (240 et 330 heures)

Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

Das Ende des Liberalismus?

Die Unfreiheit der uneingeschränkten Freiheit

Das neoliberale Modell

Der Begriff Liberalismus ist heute sehr schillernd und vieldeutig. Er reicht von der »Liberalen Partei« in gewissen schweizerischen Kantonen über die amerikanischen »liberals« bis zu den »liberalen« Reformpolitikern in der CSSR. Für die folgende Untersuchung soll derjenige Liberalismus herangezogen werden, der in den westeuropäischen Ländern weitaus vorherrschend ist und der die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vieler dieser Länder, so auch der Schweiz, massgebend bestimmt: Der Neoliberalismus, wie er seit den späten dreissiger Jahren von Eucken, Röpke, Rüstow und andern entwickelt worden ist. Er bildet zugleich auch das geistige Fundament der sich zum Liberalismus bekennenden Parteien in der Schweiz. Wenn im folgenden also von »Liberalismus« die Rede ist, ist damit immer der soeben erwähnte Neoliberalismus gemeint.

Dieses neoliberale Gesellschaftsmodell lässt sich nun bei gewissen Vereinfachungen auf folgende Grundaussagen reduzieren:

- Im Zentrum steht der einzelne Mensch, der als frei geborene Persönlichkeit gedacht ist. Die Gesellschaft soll so beschaffen sein, dass der Einzelne eine möglichst grosse Freiheitsphäre hat, in der er sich entfalten und über sein Eigentum frei verfügen kann. Die

se Freiheitsphäre ist beschränkt durch die gleichberechtigte Freiheit der andern.

- Bei einer ungestörten, freien Entwicklung aller Individuen stellt sich von selbst auch eine Harmonie in der Gesellschaft ein, sofern der Staat einige Rahmenbedingungen (vor allem wirtschaftlicher Natur) setzt. Die Gesellschaft wird wesentlich als etwas Organisches, Natürliches und nicht als etwas Gemachtes verstanden.

- In der Wirtschaft führt diese freie Entwicklung zum grösstmöglichen Gesamtwohl. Im freien Wettbewerb deckt sich die Summe der egoistisch verfolgten Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse. Der Staat muss den Rahmen des Wettbewerbs setzen und dafür sorgen, dass der Markt durch keine Wettbewerbsverfälschungen gestört wird.

- In der Sozialpolitik wird vor allem auf die Selbstsorge und die Selbsthilfe des Individuums abgestellt. Der Staat soll immer nur subsidiär Hilfe leisten, und seine Eingriffe sollen wenn immer möglich marktkonform sein.

- Grundsätzlich soll der Staat nur diejenigen Aufgaben übernehmen, die nicht von den Einzelnen selbst oder von Gruppen gelöst werden können. Er soll so wenig wie möglich in die freie Entwicklung der Gesellschaft eingreifen und die Freiheitsphäre und das Eigentum des Individuums streng respektieren.

Freiheit in der modernen Industriegesellschaft

Der höchste Wert im neoliberalen System ist die *Freiheit des einzelnen Individuums*. Ziel der Gesellschaft soll es sein, die freie Entfaltung jeder einzelnen Persönlichkeit optimal zu ermöglichen. Da der Liberalismus von einer ursprünglichen, schon vor Gesellschaft und Staat bestehenden Freiheit des einzelnen Menschen ausgeht, sucht er das Ziel der individuellen Entfaltung dadurch zu erreichen, dass er den Staat in seinen Funktionen streng einschränkt und eine individuelle Freiheitsphäre gewährt, deren Ausdruck die liberalen Freiheitsrechte sind. Es ist nun zu untersuchen, ob in den modernen Industriegesellschaften des Westens die Voraussetzungen für eine tatsächliche Ausübung der Freiheit bestehen, d. h. ob die liberale Prämisse der ursprünglichen Freiheit des Individuums heute noch haltbar ist.

Damit das Individuum sich in unserer Gesellschaft frei entfalten kann, genügt der blosse Schutz vor Staatsingriffen in die persönliche Freiheitsphäre nicht mehr. Die liberalen Freiheitsrechte bleiben formal, wenn nicht zumindest folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Eine gewisse *wirtschaftliche Sicherheit* des Einzelnen, d. h. ein Einkommen, das eine von materiellen Sorgen freie Existenz erlaubt, und eine genügende Sicherheit im Alter und in Notfällen.

- *Faktische Chancengleichheit* (da sonst die liberale Idee vom freien Wettbewerb zur Farce wird). Wichtig sind hier gleiche Bildungschancen, ein einigermaßen gleichmässig verteiltes Volkseinkommen und Schutz vor Diskriminationen irgendwelcher Art.

- Schutz vor *Eingriffen* in die persönliche Freiheit von *privater Seite*. Wichtigster Anwendungsfall: Wirtschaftlicher Druck.

- Menschenwürdige Bedingungen am Arbeitsplatz, genügend Freizeit und Ferien.

- Eine *Umwelt*, die ein physisches und psychisches Wohlbefinden des Einzelnen erlaubt. Das bedeutet: Sauberes Wasser und saubere Luft, keine übermässigen Lärmstörungen, genügend Erholgebiete, gesunde und menschenwürdige Städte, genügend grosses Angebot an passenden Wohnungen usw.

- Möglichst *grosse Mitbestimmung* des Einzelnen in allen Bereichen, die ihn betreffen.

Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist eine wirkliche Entfaltung des Individuums möglich und werden die formalen liberalen Freiheitsrechte mit Inhalt gefüllt. Denn die Meinungsfreiheit hilft z. B. einem Menschen nichts, der nicht die nötige Ausbildung erhalten hat, um sich ein selbständiges Urteil zu bilden, und der zudem von seinen materiellen Sorgen voll in Anspruch genommen wird. Oder die Niederlassungsfreiheit nützt herzlich wenig, wenn man keine passende Wohnung findet.

Es ist offensichtlich, dass die erwähnten Voraussetzungen für eine tatsächliche freie Entfaltung des Indi-

viduums sind. Wird er nicht mehr und mehr ein *Objekt anonymer Kräfte*, von denen er sich trennen und beeinflussen lässt, auch wenn seine Freiheit ihm juristisch garantiert und ihre sozialen Voraussetzungen gegeben sind? Dieses Thema ist in letzter Zeit unter den Stichworten »Eindimensionalität«, »Entfremdung« und »Manipulation« in verschiedenen Versionen behandelt worden. Es ist hier nicht der Ort, die Berechtigung aller erhobenen Vorwürfe an unsere Gesellschaft zu untersuchen. Aus der bisherigen Diskussion lassen sich aber doch wohl einige Kernpunkte herausgreifen, über die weitgehend Einigkeit besteht. Demnach lassen sich in der modernen westlichen Industriegesellschaft folgende starke Tendenzen erkennen:

- Einseitige wirtschaftliche Zielausrichtung der Gesellschaft; wichtig sind vor allem das wirtschaftliche Wachstum und der technologische Fortschritt, andere Werte wie geistige und soziale Entwicklung werden vernachlässigt. Der einzelne Mensch wird dadurch in ganz bestimmter Weise geformt; er unterliegt einem starken gesellschaftlichen Zwang zu immer grösserem Konsum und immer grösserem Verdienst. Das wirtschaftliche Denken dominiert ihn fast vollständig, andere Seiten des Menschseins können sich nur schwer entwickeln.

- An seinem Arbeitsplatz fühlt sich der Einzelne als Rädchen in einer riesigen Maschine. Er verrichtet eine mehr oder weniger mechanistische Arbeit, deren Stellung im Gesamtzusammenhang er nicht erkennen kann und auf deren weitere Verwendung er keinen Einfluss hat.

Der Mensch wird so zu einem Objekt anonymer Kräfte, denen er mehr oder weniger hilflos ausgeliefert ist. Es kann heute kaum mehr ernsthaft behauptet werden, der moderne Mensch sei ein frei entscheidendes und handelndes Subjekt, das am sozialen Leben mitbestimmend teilnehme.

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob und inwieweit diese Entwicklung dem liberalen Wirtschaftssystem zu zuschreiben ist. Viel wichtiger scheint mir zu sein, Mittel und Wege zu finden, um - ausgehend von den heutigen Verhältnissen - die wirtschaftlichen und technischen Kräfte, die heute den Menschen bestimmen, wieder in die Kontrolle zu bekommen, sie dem Menschen dienstbar zu machen und ihm eine wirkliche Möglichkeit zur Selbstentfaltung

und zur sozialen Mitbestimmung zu geben.

Auf welche Weise das am besten geschehen soll, lässt sich hier nicht endgültig beurteilen. Die vorgeschlagenen Möglichkeiten reichen von der Mitbestimmung in den Betrieben über das tschechische Selbstverwaltungsmodell bis zur Abschaffung der Arbeitsteilung und des Privateigentums. Mit Bestimmtheit lässt sich heute nur sagen, dass eine solche Befreiung des Menschen nur das Ergebnis einer *bewussten und gewollten Politik* sein kann und niemals das Resultat einer freien, ungeplanten Entwicklung. Damit sind wir bei dem gleichen Ergebnis gekommen wie bei der Untersuchung der sozialen Voraussetzungen der Freiheit.

Der liberale Staat

Wir haben gesehen, dass im modernen Industriestaat die Freiheit des einzelnen Individuums nicht einfach vorausgesetzt werden kann, wie das der Liberalismus tut. Die sozialen und psychologischen Voraussetzungen müssen zuerst geschaffen und die ganze Umwelt und die Gesellschaft bewusst so gestaltet werden, dass für den Einzelnen ein möglichst grosser Freiheitsraum entsteht. Diese Aufgabe kann in der heutigen Zeit nur der Staat übernehmen, der als einzige Institution dazu in der Lage ist. Und hier kommen wir zur entscheidenden Frage: Ist von der liberalen Idee aus eine solche bewusst Umwelt und Gesellschaft gestaltende Politik des Staates, die die Befreiung des Menschen zum Ziele hat, überhaupt möglich? Die Antwort lautet offensichtlich nein, da ja der Liberalis-

Das Ende des Neoliberalismus

Wir kommen zum Ergebnis, dass das neoliberale Modell den Verhältnissen der modernen Industriegesellschaft nicht zur grösstmöglichen Freiheit des Individuums führt. Die Idee des frei geborenen Individuums, das sich innerhalb seiner Privatsphäre frei entfalten kann, und einer Gesellschaft, die sich in einer freien Entwicklung zur allgemeinen Harmonie hin bewegt und dem Staat nur gewisse streng beschränkte Ordnungsfunktionen überlässt - diese Idee stimmt einfach nicht mehr überein. In einer engverflochtenen Gesellschaft, die die ihr gegebenen Naturgrundlagen Luft, Wasser und Boden optimal verwenden muss, um allen ein menschenwürdiges Dasein zu erlauben, und die von einer sich immer rascher entwickelnden und immer unkontrollierbarer werdenden Technologie mehr und mehr geformt wird - in einer solchen Gesellschaft ist die Freiheit des Individuums so von allen Seiten bedroht, dass es ganz einfach keine andere Möglichkeit mehr gibt, als zu versuchen, die Entwicklung in die Hand zu bekommen und bewusst Umwelt und Gesellschaft so zu gestalten, dass dem Einzelnen ein Optimum an persönlicher Freiheit möglich wird. Ein solches Optimum von einer ungesteuerten, »freien« Entwicklung zu erwarten und den Staat ängstlich in bestimmte Sphären begrenzen zu wollen, heisst die Augen vor der Wirklichkeit zu verschliessen. Die Freiheit des Individuums ist heute nicht mehr durch den intervenierenden Staat (der meist nur die Verfügungsgewalt einiger Privilegierter antastet), sondern durch den passiven, zögernden und ziellos operierenden Staat gefährdet.

Wenn man heute also das liberale Ideal einer Gesellschaft mit möglichst grosser Freiheit für die Individuen verfolgen will, ist das nur noch mit Hilfe eines Umwelt und Gesellschaft bewusst gestaltenden Staates möglich. Damit soll nun nicht gesagt sein, dass der Staat alles und jedes bis ins Detail regeln solle. Er soll im Gegenteil so viele Aufgaben wie möglich an kleine, dezentralisierte Einheiten delegieren und privaten Gruppen und Personen einen möglichst grossen Spielraum überlassen. Dadurch wird einerseits einer zu starken Machtkonzentration entgegengewirkt und werden andererseits die Aufgaben von den direkt Betroffenen und Interessierten gelöst. Hingegen ist heute allein der Staat fähig, gesamtgesellschaftliche Ziele festzusetzen und die globale Entwicklung in die entsprechende Richtung zu lenken und unter Kontrolle zu behalten. Anders gesagt: Der wirtschaftliche, soziale und natürliche Rahmen, innerhalb dessen eine optimale Entfaltung der Individuen und Gruppen möglich ist, kann nur vom Staat gesetzt werden. Eine »freie« Entwicklung vermag diesen Rahmen niemals zu schaffen, wie die bisherigen

Entwicklungen mit aller Deutlichkeit zeigen.

Es grundsätzlichen von der schon bestehenden, ursprünglichen Freiheit des Individuums ausgeht. Zudem hat der liberale Glaube an die freie Entwicklung, die von selbst zur Harmonie führt, eine tiefe Abneigung gegen alles bewusst Geplante und Gestaltete zur Folge, das immer als »Eingriff« eines an sich unberechtigten Subjekts - des Staates - in eine freie, von natürlichen Gesetzen gesteuerte Gesellschaft verstanden wird. Es wird dann sofort von einer »Störung« des natürlichen Gleichgewichts der Kräfte gesprochen, die sich ohne diese Störung von selbst zum Besten entwickeln würden.

Der liberale Staat - auch der moderne - ist deshalb immer ein zögernder Staat. »So wenig Staat wie möglich« lautet die liberale Devise, und die unbedingt notwendigen Eingriffe müssen stets »marktkonform« sein, d. h. sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichten. Der Staat wird deshalb bestimmte Probleme erst dann an die Hand nehmen, wenn er durch Missstände dazu gezwungen ist und nachdem sich ganz klar gezeigt hat, dass nicht doch private Gruppen etwas unternehmen wollen. Zahlreiche Beispiele aus dem Kampf gegen die Luft- und Gewässerverschmutzung, aus Städte- und Landesplanung und Verkehrswesen könnten hier aufgeführt werden.

Der liberale Staat wird sich also stets darauf beschränken, abwartend und zögernd punktuell dort einzugreifen, wo so grosse Missstände vorliegen, dass die Gesellschaft sich direkt bedroht fühlt. Er wird aber niemals dazu bereit sein, die sozialen und psychologischen Voraussetzungen der Befreiung des Menschen zu schaffen.

Erfahrungen mit aller Deutlichkeit zeigen.

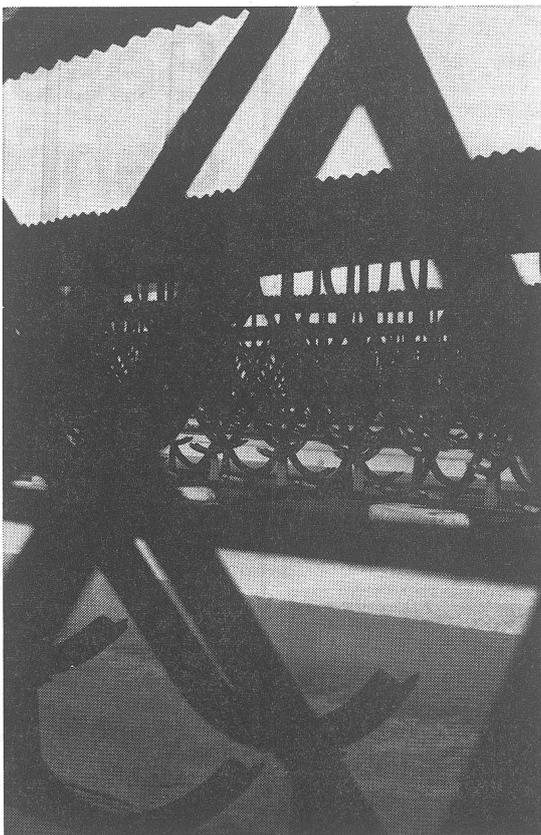
Eine solche Politik des Staates muss natürlich auf einige bewährte liberale Prinzipien verzichten, wie z. B. der Staat solle so wenig wie möglich in die freie Entwicklung eingreifen, das Privateigentum als Voraussetzung der freien Persönlichkeit müsse so rein wie möglich erhalten bleiben oder die Marktwirtschaft sei die Grundlage einer freien Gesellschaft und dürfe deshalb nicht mit kollektivistischen Elementen geschwächt werden. Gerade das Privateigentum und die Marktwirtschaft können unter gewissen Umständen durchaus auch in Zukunft eine Rolle spielen, sie dürfen aber nicht mehr als unantastbarer Selbstzweck, sondern nur noch in ihrer Funktion für eine wirkliche Entfaltung aller Menschen betrachtet werden.

Ueber die Frage, wie und in welcher Richtung der Staat Umwelt und Gesellschaft gestalten soll, wird es in einer pluralistischen Industriegesellschaft stets Meinungsverschiedenheiten geben, die von den verschiedenen Interessen, Bedürfnissen und Wertvorstellungen herrühren. Die vom Staat zu verfolgende Politik darf deshalb niemals von einer kleinen Gruppe bestimmt werden, die z. B. grössere gesellschaftliche Macht hat als die andern oder sich im Besitz der alleinigen Wahrheit glaubt und sich deshalb für berechtigt hält, ihre politische Konzeption allen andern aufzuzwingen. Die einzuschlagende Politik kann nur das Ergebnis einer echten demokratischen Diskussion aller Beteiligten sein. Wichtigste Voraussetzungen dieser demokratischen Willensbildung, die heute eher formal als materiell besteht, sind ein Erziehungssystem, das kritisch und selbständig denkende Menschen heranbildet, und eine soziale Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Freiheit in der Bürokratie

Die vorgeschlagene Gesellschaftspolitik führt notwendigerweise zur Schaffung von neuen staatlichen Organisationen und Aemtern. Es besteht nun durchaus die Gefahr, dass diese von der Freiheit der Individuen willen geschaffenen Organisationen das Leben des Einzelnen so sehr normieren und reglementieren, dass seine Freiheit entscheidend eingeschränkt wird. Die Organisation befreit dann zwar den Einzelnen von den alten Abhängigkeiten, versetzt ihn aber zugleich in neue. Das darf nun keinesfalls dazu führen, dass auf eine weitere Befreiung des Menschen überhaupt verzichtet wird. Es soll nur bedeuten, dass man sich der Gefahren der bürokratischen Organisationen bewusst ist und bei ihrer Schaffung sich die grösstmögliche Freiheit des Individuums zum Ziel setzt.

(Fortsetzung auf Seite 22)



Die Freiheit des Liberalismus.

(Photo: E. Roth)

INSTITUT MINERVA

Vorbereitungskurse für Hochschulprüfungen

in:

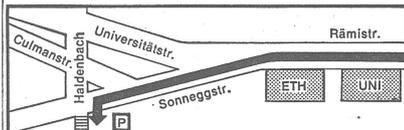
- Physikalischer Chemie
- Anorganischer Chemie
- Organischer Chemie
- Mathematik
- Baustatik
- Physik
- Mechanik

Beginn: Wintersemester: Mitte November und Anfang Dezember

Genauere Auskünfte erhalten Sie in unserem Sekretariat, Scheuchzerstr. 2-4, Tel. 26 17 27

Buch-Geschenke zu Weihnachten? Die kaufen Sie bei uns, wenn Sie gerade Ihre Fachbücher kaufen. Das geht in einem. Ohne Gedränge.

Hier:



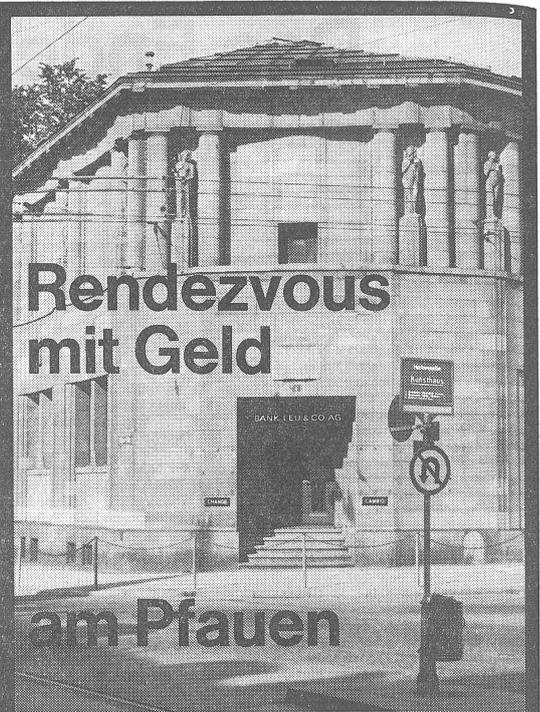
Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30—12.15 und 13.00—18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich



Rendezvous mit Geld

am Pfauen

Am Pfauen treffen sich Gelder aus der ganzen Welt — zum Beispiel Gelder für Studenten. Machen auch Sie es sich bequem und profitieren Sie von unserer Nähe.



Depositenkasse
Heimplatz
beim Kunsthaus
Tel. 051/23 18 55

BANK LEU
Bank Leu & Co AG



Fluntern

Die Bank für Professoren, Assistenten, Studenten berät Sie in Ihren finanziellen Problemen, wie

Kredit

für Praxiseröffnung, Zahlungsverkehr mit In- und Ausland, Kapitalanlage.



Lassen Sie sich von uns beraten. Unser Verwalter H. P. Keller steht zu Ihrer Verfügung.

Telefon 47 57 47, bei der alten Kirche Fluntern, Tram 6 und 5, zu Fuss 5 Minuten ob Kantonsspital.



Für die Bewältigung des Zusatzverkehrs in den Monaten Dezember und Januar suchen wir

Aushilfen für die Beladung der Flugzeuge und die Bereitstellung von Fracht

Schweizer Bürger und aus der Kontrollpflicht entlassene Ausländer können

wochenweise
(mindestens zwei Wochen)

oder während längerer Zeit jeweils am

Samstag und Sonntag

für die Swissair auf dem Flughafen tätig sein.

Verlangen Sie ein Anmeldeformular bei der Swissair, Personaldienst/PBB, 8058 Zürich
Tel. (051) 83 56 11, intern 4071



Vor und nach dem Kolleg eine Erfrischung im

Café Studio
Zürich, beim Pfauen

Und für verwöhnte Ansprüche

Hotel Florida
Bar, Restaurant
Sitzungszimmer
Seefeldstrasse 63

Jetzt profitieren!

Holzski mit P-tex Belag und Oberkanten ab Fr. 69.—,
Plastikski ab Fr. 118.—,
Metallski ab Fr. 149.—

STADI-SPORT
ZOLLSTR. 42 8005 ZÜRICH TEL. 051/44 95 14



Apotheke Oberstraß Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstraße 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker

Besser geht's mit Coca-Cola



COCA-COLA und COKE sind eingetragene Marken

REFRESCA AG, ZÜRICH, konzessionierter Fabrikant für die Rayons Zürich und St. Gallen

Schizophrenie der schweizerischen Entwicklungspolitik

Der Bundesrat hat in einer Botschaft vom 21. 5. 69 über den neuen Kredit die Konzeption seiner »technischen Zusammenarbeit« mit den Entwicklungsländern dargelegt. Dieser Bericht entstammt dem Departement von Ludwig von Moos, dem gleichen also, das den Bestseller »Zivilverteidigungsbuch« verbreitet. Wie sich diese beiden Werke geistig vertragen, ist nicht der einzige Anlass, der zum Nachdenken anregt. Auch innerhalb der Botschaft stehen merkwürdige Dinge auf z. T. gleichen Seiten.

In der eben abgelaufenen Dezembersession wird der Nationalrat über einen Kredit in der Höhe von 180 Mio. Fr. zu befinden haben. Es geht um die Weiterführung der technischen Zusammenar-

beit des Bundes mit den Entwicklungsländern (EL). Die 180 Mio. sind ein Rahmenkredit für drei Jahre. Der Ständerat hat bereits oppositionslos sein Placet dazu gegeben.

Zwei Thesen – unterzeichnet von Ludwig von Moos

Zitat 1: Botschaft, S. 2: »Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der im Laufe der Zeit zurückgebliebenen Länder zu fördern, ist heute ein gemeinsames Anliegen der entwickelten und der Entwicklungsländer... Die daraus entstehende Zusammenarbeit zwischen entwickelten und EL liefert die Bausteine für den Aufbau der Völkergemeinschaft von morgen.«

und ihre Selbstbehaltung... Wie gut wir uns im allgemeinen zu entwickeln wissen und dass wir sogar erobern können, das zeigen unsere Aussenhandelsziffern...

Zitat 2: Zivilverteidigungsbuch S. 13: »So wie jeder um seine Existenz kämpfen muss – friedliche Arbeit ist seine beste Rüstung –, so ringen die Völker, auch wenn sie sich in manchem aufeinander angewiesen sehen, um ihr Wesen

Viel Kommentar erübrigt sich wohl. Man kann sich nur noch fragen, ob Herr von Moos tatsächlich keine Ahnung hat von dem, was alles mit seinem Namen versehen herausgegeben wird. Eine andere und wohl plausiblere Erklärung wäre die, dass das Entwicklungstrinkgeld, gross aufgezogen, unsere wirtschaftlichen Eroberungen benämeln soll. Dann wäre Ludwig von Moos geraduz raffinierter.

Die Richtlinien der OECD

Zitat S. 4: »In internationalen Gremien... wurde der Umfang der Entwicklungshilfe... auf 1% des BSP festgesetzt... Für die Schweiz bedeutet dies für 1968 eine Entwicklungshilfe von 700 Mio. Fr... Wenn unser Land dieser Empfehlung in früheren Jahren beinahe vollständig nachkam und 1968 sogar darüber hinaus ging, so in erster Linie dank der Tätigkeit der schweizerischen Privatwirtschaft.

Verhalten, ja nicht nur das: Es scheint sich um eine richtige (gezielte?) Fehlinformation zu handeln, die den Eindruck erweckt, mit unseren Leistungen sei alles zum besten bestellt. Davon sind wir doch weit entfernt! Eine kleine

Da fragt sich doch der Parlamentarier: Ist denn dieser Kredit, der nun gefordert wird, nicht zu hoch? Wir leisten ja schon genug, fast zu viel! Und wir fragen uns: Will man mit dieser Botschaft die Dringlichkeit des Kredites darlegen oder das Gegenteil? Abgesehen davon: Wie steht es denn mit diesen internationalen Richtlinien? 1967 (Botschaft vom 7. Juli 1967) wusste man noch etwas genauer Bescheid darüber. Damals schrieb man auf S. 21: »Wir erinnern daran, dass nach Ansicht dieses Komitees (der OECD, Verf.) 80% der finanziellen Leistungen an die Entwicklungsländer in Form von Geschenken oder in Form von Darlehen mit einem Zinssatz von höchstens 3% und einer Mindestdauer von 25 Jahren gewährt werden sollten.«

Zwei Jahre ist das her und sollte schon vergessen sein? Dass die oben angeführten privaten Leistungen (90% der Gesamthilfe) in keiner Weise diesen Forderungen entsprechen, braucht wohl nicht betont zu werden. In der vorliegenden Botschaft (1969) wird auch der Nachteil dieser Art von »Hilfe« dargelegt (S. 4): »Es ist nur natürlich, dass sich die Privatwirtschaft in erster Linie nach Ländern orientiert, wo sich die besten Geschäftsmöglichkeiten bieten. Das sind in der Regel Länder mit relativ hohem wirtschaftlichem Standard. Gerade in den rückständigsten Ländern ist aber Entwicklungshilfe besonders nötig.« Zu dieser Erkenntnis kann man nur gratulieren.

Zurück aber zum ersten Zitat. Wir konstatieren einen Widerspruch zwischen Grundsatz und tatsächlichem

Milchbüchleinrechnung: Internationale Richtlinie: 700 Mio. sollen wir aufbringen, davon 80% weiche Kredite usw. Unsere Leistungen: 100 Mio. weiche Kredite u. a., 90% (950 Mio.) harte, das heisst marktmässige, gewinnbringende Kredite. Richtlinie erfüllt? Einem aufmerksamen Parlamentarier könnte dieser Widerspruch zwar auch beim Studium der jüngsten Botschaft auffallen. Weiter hinten werden nämlich internationale Vergleiche angestellt. Einige Beispiele: Auf S. 28 geht es um den Vergleich der staatlichen Leistungen hervor: »... dass die Schweiz... mit Abstand den letzten Platz einnimmt.« Nämlich mit 0,02% des BSP bei einem Durchschnitt der OECD-Länder von 0,46%.

Dagegen steht unser Ländchen natürlich mit ebenso grossem Abstand an

Die kleine Schweiz und die grosse Entwicklungshilfe

Auf Seite 16 der Botschaft steht der Satz: »Wenn das Parlament bereit ist, die Entwicklungshilfe, die mit Recht als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit bezeichnet wird, zu verstärken, so ist es angezeigt, dies gerade auch auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit zu tun.« Halten wir fest: Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit! Dieser Satz steht wohl nicht zufällig auf der ersten Seite. Der Leser könnte versucht sein, das Folgende, das Aussagen über das von der Schweiz geleistete und in Zukunft zu leistende macht, an einem solchen Satz zu messen. Das sei hier kurz versucht:

Zunächst haben wir versucht, die Begründung für die auf Seite 16 versteckte Aussage zusammenzusuchen. »Die Konfrontation der westlichen Welt mit den Entwicklungsländern (EL) hat (aber) ungelöste Probleme gestellt. Das Postulat der sozialen Gerechtigkeit besteht auch unter den Völkern.« (S. 2) Wo aber soziale Gerechtigkeit postuliert werden muss, herrscht vorläufig noch Ungerechtigkeit, d. h. gibt es Privilegierte und Uebervorteilte, könnte man meinen. Der Bundesrat sieht es jedoch anders: »Sowohl die Untereentwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika als auch der hohe Stand der Entwicklung in Europa und Nordamerika lassen sich zwar vor allem aus den unterschiedlichen Voraussetzungen verschiedenartiger Kulturbereiche verstehen.

Die daraus (aus der gemeinsamen Aufgabe der Entwicklung, Verf.) entstehende Zusammenarbeit zwischen entwickelten und EL liefert die Bausteine für den Aufbau der Völkergemeinschaft von morgen.« (S. 2) Erwärmt wird auch die Erhaltung des Friedens. (S. 3) Dafür liefert die Schweiz jedoch auf ganz anderen Gebieten als der technischen Zusammenarbeit viel eindrücklichere Leistungen. So liefert die Schweiz z. B. allein an EL jährlich für 20 Mio. Fr. Waffen (gegenüber 40 Mio. Fr. staatlicher Entwicklungshilfe pro Jahr).

Vergleichen wir nun die staatlichen Aufwendungen für »eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit« mit staat-

der Spitze, wenn es um die privaten Finanzmittel geht. Das kommt auch in unserem Verhältnis der staatlichen Hilfe zur Gesamthilfe von 2,7% (1967) zum Ausdruck. (Durchschnitt der OECD-Länder: 61,6%)

Aber auch der aufmerksamste Parlamentarier wird in der Botschaft nirgends einen Hinweis finden, wie sich die OECD und die meisten Entwicklungsfachleute zu den privaten Finanzhilfen stellen: Das ist keine Hilfe! Daher ihre Forderung, die in der Botschaft »vergessen« wurde: 80% der Hilfe muss staatliche Hilfe sein. Also: Wie kann man behaupten, unser Land komme den internationalen Empfehlungen beinahe vollständig nach und sei 1968 sogar darüber hinaus gegangen? »Schizophrenie« genügt hier nicht.

lichen Aufwendungen für andere »wichtigste Aufgaben«.

Einige Zahlen:

Staat. Aufwendungen (Aufwendungen im Rahmen des Dienstes für techn. Zusammenarbeit):	
Juli 66 – Dez. 69	40 Mio. Fr./Jahr
Finanzhilfe 1968	9 Mio. Fr.
(s. S. 5)	
Zum Vergleich:	
Militärausgaben der Schweiz 1968:	5 Mio. Fr./Tag (!)
	= 1800 Mio. Fr./Jahr

Es mutet schon als Verfröstung an, wenn es heisst: »Ferner sollen die Handelschranken für Produkte aus EL möglichst abgebaut werden; in diesem Zusammenhang sind die Arbeiten zur Einführung eines Systems von allgemeiner Zollpräferenzen zu erwähen.« (S. 6) Anderswo wurde von offizieller Stelle ausdrücklich erklärt, dass die Schweiz von einem System allgemeiner Zollpräferenzen nichts halte.

Weiter entnimmt man der Botschaft, dass die Regierung für »eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit« ganze 69 Personen im Dienst für technische Zusammenarbeit beschäftigt. Weiter sollen die Aktionen der Freiwilligen so ausgebaut werden, dass bis 1972 etwa 120 Freiwillige des Bundes ständig im Einsatz sind.« (S. 18, 4.) Demgegenüber sitzen jedes Jahr an die 80 Militärdienstverweigerer, viele unter ihnen potentielle Entwicklungshelfer, insgesamt über 20 Jahre Gefängnis ab. »Die Begrenztheit des Potentials an Fachpersonal ist oft eine Grenze der Hilfsmöglichkeiten, weshalb der Heranbildung schweizerischer Fachleute, welche an der Entwicklungshilfe interessiert sind, grosse Bedeutung zukommt.« (S. 12)

Hilfe zur Selbsthilfe – Hilfe mit Auflagen

»Es geht nicht um Fürsorge und erst recht nicht um Wohltätigkeit, sondern um Hilfe zur Selbsthilfe, also darum, die EL instand zu setzen, in Zukunft ihre Entwicklung besser aus eigenen Kräften zu bewältigen.« (S. 2)

»Wir helfen grundsätzlich jenen Ländern am meisten, die es am nötigsten haben. Sehr wichtig ist aber auch das Verhalten des EL. Ein EL, das eine vernünftige Entwicklungspolitik betreibt, genügend eigene Anstrengungen unternimmt und Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz legt, erhält den Vorzug, denn bei diesen Voraussetzungen sind die Aussichten auf Erfolg am grössten. Schliesslich helfen wir jenen Ländern, mit denen wir allgemein die Beziehungen zu verstärken trachten, schafft sich die Entwicklungshilfe in der Regel eine günstige Grundlage, auf der sich andere Probleme leichter lösen lassen.« (S. 12)

Im ersten Zitat wird als Grundsatz der schweizer. Entwicklungspolitik das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe hingestellt. Dieses Prinzip hat zur Folge, dass die EL ihre Entwicklung selbst in die Hand nehmen (vergl. S. 7). Wenn ein EL seine Entwicklung selbst in die Hand nimmt, so muss das heissen, dass es sein politisches und wirtschaftliches Programm selbst bestimmt. Dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe liegt notwendigerweise das Selbstbestimmungsrecht des EL zugrunde.

Dieser Konsequenz weicht aber die Botschaft im zweiten Zitat aus. Die Schweiz hilft grundsätzlich den Ländern, die es am nötigsten haben. Da es aber praktisch alle »am nötigsten« haben, sind wohl die weiteren Kriterien schweizerischer Hilfe massgebend. Danach muss ein Land, um schweizerische Hilfe zu erhalten, (1) eine vernünftige Entwicklungspolitik betreiben, (2) Wert auf gute Beziehungen mit der Schweiz legen, und (3) muss die Schweiz ein Interesse an verstärkten Beziehungen mit diesem Land haben. Bereits mit diesen drei Kriterien wird aber das Selbstbestimmungsrecht des EL in be-

Was aber tut die Regierung in dieser Richtung? Weshalb zieht sie es z. B. vor, jedes Jahr Dutzende Militärdienstverweigerer ins Gefängnis zu schicken, anstatt deren Dienstwilligkeit sinnvoll zu benutzen, indem sie die geeigneten unter ihnen ausbildet und sie einsetzt? Auch in dieser Hinsicht halten die Leistungen der Schweiz keinem Vergleich mit andern Ländern stand. So stellt z. B. »Frankreich 45 000 techn. Mitarbeiter, davon 29 000 Lehrkräfte (dank der Möglichkeit, im Ausland einen zivilen Ersatzdienst für den Militärdienst leisten zu können, und »dank« dem ehemaligen Kolonialverhältnis). Proportional zu ihrer Bevölkerungszahl müsste die Schweiz, um mit Frankreich gleichziehen zu können, stellen: 4500 technische Mitarbeiter, davon: 2900 Lehrkräfte. In Wirklichkeit stellt die Schweiz zur Zeit total 600 Mitarbeiter (bilateral, multilateral und privat). (Zitiert aus »Die Erklärung von Bern«, 1968; »Die Schweiz und die Entwicklungsländer.«)

Wieder optimistisch wird man, wenn man folgenden Satz liest: »Die Ausführungen (in Kapitel 2) haben gezeigt, dass die schweizerischen Anstrengungen im staatlichen Sektor zugunsten der EL erhöht werden müssen... Es entspricht aber auch unserer ausserpolitischen Maxime der Solidarität, wir schulden es dem Ansehen unseres Landes.« (S. 15) Dass letzteres ordentlich strapazierfähig ist, lässt sich allerdings immer wieder feststellen. Bei der Bereitstellung des letzten Rahmenkredites war eine Erhöhung der Leistungen mit folgender Begründung verschoben worden: »... Der gegenwärtige Engpass des Bundeshaushaltes zwingt uns, vorläufig Zurückhaltung zu üben und die ausserpolitischen Gesichtspunkte hinter den finanzpolitischen zurücktreten zu lassen.« (S. 16) Nun, da eine Erhöhung nicht mehr zu umgehen ist, will man sich aber wenigstens nicht dem Vorwurf der Kleinlichkeit aussetzen: »Mit einem Rahmenkredit von 100 Mio. Fr. für drei Jahre würde die Schweiz das unter den heutigen Umständen (welche? Verf.) Mögliche tun, das sich sowohl innenpolitisch (als Maximum, Verf.) als auch gegenüber dem Ausland (als Minimum gerade noch, Verf.) vertreten lässt.« (S. 16)

Kurz: Unter den »heutigen Umständen« hat das Minimum Maximum zu sein! 180 Mio. Fr. für drei Jahre bedeuten eine Erhöhung im Vergleich zum laufenden Kredit von ganzen 20 Mio. Fr. (Zum Vergleich: Das Zivilverteidigungsbuch kostete 4,5 Mio. Fr., offenbar auch eine recht grosse Aufgabe unserer Zeit!) Nicht wahr, eine eindrückliche Finanzplanung für »eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit«. Da bleibt nur noch die Frage: Ist das Schizophrenie oder Zynismus?

zug auf die schweizer. Entwicklungspolitik gelehnt. Denn (1) bestimmen wir, was vernünftig ist, und dass unsere politische und wirtschaftliche Zielvorstellung die vernünftige ist, liegt auf der Hand. Das EL muss (2) Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz legen. Nicht umgekehrt. Das heisst nichts anderes, als dass sich das EL unseren Wertvorstellungen anzupassen hat. Und (3) bestimmen wir, ob Beziehungen mit dem EL lohnend sind. Unter Beziehungen sind wirtschaftliche zu verstehen. Auf diese Weise wird in der Botschaft die auf Seite 2 festgehaltene Selbstbestimmung der EL elf Seiten später zu einer fremdbestimmten Selbstorganisation der Entwicklung degradiert, und damit schlicht in ihr Gegenteil gekehrt.

Arbeitsgruppe »Schweize«

* Botschafter Jolles in »Handelspolitische Forderungen der EL an die Industrieländer«, Schweiz. Institut für Aussenwirtschaft, Marktforschung, Handelshochschule St. Gallen.

Wollen Sie gut, billig und schnell bedient sein, dann ins

CAFE

Trojika

am Werdmühleplatz 3
Tellerservice ab Fr. 2.80. Sonntags geschl.

Für unsere Jugendzeitschrift JUNIOR suchen wir eine(n) Lektor(in)

Wir setzen gute Kenntnisse der englischen, französischen und italienischen Sprache voraus. Regelmässig anfallende Arbeit, ca. 10 Std. pro Woche. Guter Stundenlohn. Richten Sie bitte Ihre Offerte an: Hug-Verlag AG, Hohenrainweg 1, 8802 Kilchberg, Tel. 91 49 28.



Was hat nun so was mit Entwicklungshilfe zu tun?

Die ideale Ergänzung zum Hochschulstudium,
als Vorbereitung für ihre Karriere, könnte das

INSEAD

(Europäisches Institut für Unternehmensführung)

in Fontainebleau, 65 km von Paris, sein. Am **18. November 1969, um 18.15 Uhr, im Aud. V des Maschinenlabors der ETH**, stellen Ihnen drei Absolventen des INSEAD die Schule vor und beantworten Ihre Fragen.

Eintritt frei.

Ihr Besuch freut uns

Unibar

Universitätsgebäude

neue Mensa der Universität

Erfrischungsraum Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum Tierspital
Karl der Grosse Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Olivengarten Stadelhoferstrasse 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 650.— kostet!

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit
Auskunft und Beratung:

aku Foto-Druck
Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher
c/o Techn. Chem. Institut ETH
Universitätsstrasse 6, Zürich

Ihr Brillenspezialist
mit grösster
Auswahl



Welcho-Optik

Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

20% Rabatt
auf Brillen und

Sonnenbrillen

10% Rabatt

auf Feldstecher,
Fernrohre, Höhenmesser
Lupen und Kompass
Mikroskope nach
Vereinbarung

Die mit der Zeit gehen, tragen Mirexal

Zwei Beispiele aus der reichhaltigen Kollektion



757.361

Robuste, moderne Uhr für Sport und
Alltag, geschaffen für den jungen,
zeitbewussten Mann. Eine Anker-Uhr,
auf die man stolz ist.
Taucheruhr, 17-Rubine,
druckfest bis 5 atü, wasserdicht,
Zentralsekunde, Kalender,
Incabloc, verchromt,
Stahlboden

50.-

757.053

Junge Damen lieben moderne,
fein ausgewogene Linien.
Goldplaque 10 Mikron, 17 Rubine, wasserdicht,
Incabloc, Stahlboden

48.-

M-Garantie und Serviceleistungen

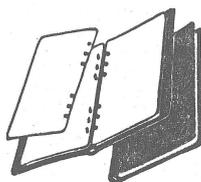
* Strenge Qualitätskontrollen und elektronische Ganggenauigkeitsmessungen beim Hersteller. Regelmässige Funktionskontrollen durch unsere Uhrenspezialisten.
* Bei Unzulänglichkeiten Sofortumtausch im ersten Monat an allen M-Uhrenverkaufsstellen (sofern sich die Uhr in neuwertigem Zustand befindet).
Ab zweitem Monat bis Ende der 12monatigen Garantie Express-Werkaustausch direkt durch den Hersteller.

* Aussergewöhnlich niedrige Festpreise für Reparaturen ausserhalb der Garantie. Keine Wartezeit: Reparatur postwendend in 7 Tagen durch den Hersteller selbst ausgeführt.

MIREXAL
exklusiv in der
MIGROS

BIELLA

Ringbücher und
Kollegbücher



Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben,
mit 2, 3, 4 und 6 Ringen,
elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

**BERATUNG
INDIVIDUELL EINGEHEND**

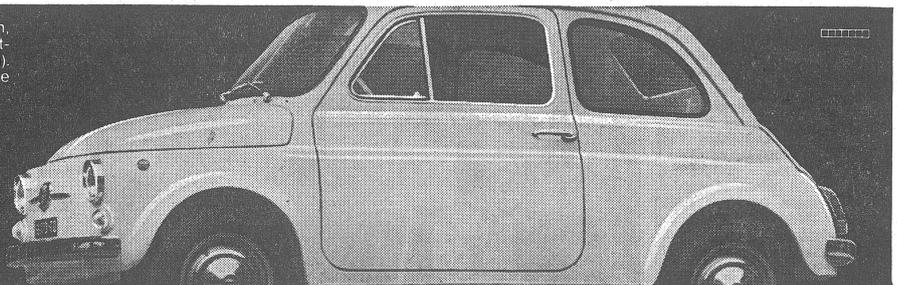
- Studium
- Beruf
- Persönliche Fragen

Gegenseitig unverbindliche
Vorbesprechung

**R. Hochstrasser
Psychologische Praxis**
Universitätstrasse 86
Postfach 300
8033 Zürich
Tel. (051) 28 37 83

Das wendigste und nützlichste Auto unserer Zeit, 100 km/h,
5 lt/100 km, 4 Plätze, Sonnendach, Luxus-Ausführung, Luftkühlung, Heizung, Defroster, 1 Jahr Garantie (oder 15000 km).
Fr. 4150.— Fiat ein guter Name

**FIAT
500**



Der günstigste Antiverkehrschaos-Wagen auf spezieller Leasing-Basis für die Studenten. Auskunft beim Sekretariat der Studentenschaften der Universität und beim VSETH oder direkt bei der Fiat-Filiale in Zürich: Fiat Automobil-Handels AG, Freihofstrasse 25, 8048 Zürich, Telefon (051) 52 77 52

(Fortsetzung von Seite 15)

Gespräch mit dem »Schauspielhaus«

nichts als fixierte Marke, als »Marke Palitsch« oder »Marke Zadexk.

zs: Immerhin lässt der stilistische Unterschied zweier Inszenierungen wie »Early Morning« und »Hochzeit« – die eine Neues ausprobierend, die andere in völlig traditioneller Art (was über die Qualität in diesem Zusammenhang nichts aussagen müsste) –, auf grundverschiedene Arbeitsweisen schliessen, welche die Denkveränderungen im Publikum mit sehr ungleichen Mitteln anstreben.

Völker: Das hängt damit zusammen, dass natürlich jetzt erst der Versuch gemacht wird, eine Arbeitsweise für das Haus zu entwickeln. Es arbeiten da ganz verschiedene Leute, und man muss sich erst einüben in den Möglichkeiten.

zs: Wie sehen Sie grundsätzlich das Theater im Spannungsfeld zwischen »Illusionstheater« und »epischem Theater«?

(Fortsetzung von Seite 17)

Das Ende des Liberalismus

duams und nicht die grösstmögliche Effektivität zum Ziel setzt. Die Aufgabe, die bürokratischen Organisationen so zu gestalten, dass sie dem Menschen und seiner Befreiung dienen, ist ausserordentlich schwierig, und noch keineswegs gelöst. Als eine mögliche Richtlinie könnte man immerhin festhalten: Die durch die Organisation dem Einzelnen gegebenen Möglichkeiten sollen so flexibel und vielfältig wie möglich beschaffen sein, um die individuelle Entscheidungsfreiheit so weit wie möglich zu erlauben. Also z. B.: Grosszügige Alters- und Krankenfürsorge für jedermann, aber in einem flexiblen System, in dem der Einzelne die ihm zuzugende Variante auswählen kann. Staatliche Planung der Wohnsiedlungen, aber grösstmöglicher Spielraum für individuelle Wünsche (vgl. hierzu Dahrendorf in: »Was heisst liberal?«, Basel 1969).

Erziehung zur Selbstbestimmung

Die Rolle des Bildungswesens für eine Befreiung des Menschen ist bis jetzt bewusst ausgespart worden. Es würde auch den Rahmen des vorliegenden Artikels sprengen, wollte man dieses wichtige Thema in seiner ganzen Tragweite behandeln. Ich beschränke mich deshalb hier auf den Hinweis, dass die vorgeschlagene Gesellschaftspolitik parallel gehen muss mit einer radikalen Erneuerung des Bildungswesens. Es ist in letzter Zeit von studentischer Seite mit Nachdruck darauf geachtet worden, wie man sich eine solche Erziehung zu kritischem, unabhängigen Denken und damit zur Selbstbestimmung vorstellt.

Schlussfolgerungen

Neoliberale Politik führt in der modernen Industriegesellschaft nicht zu einer optimalen Selbstentfaltung jedes Individuums.

Ein moderner Liberalismus, der unter den heutigen Bedingungen die grösstmögliche Selbstentfaltung jedes Menschen erreichen will, muss sich von neoliberalen Menschen- und Gesellschaftsbild und sich dafür einsetzen, – dass die Demokratisierung der staatlichen Willensbildung mit allen Mitteln gefördert wird; – dass der Staat eine Politik betreibt, die bewusst Umwelt und Gesellschaft so umgestaltet, dass die wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Voraussetzungen für eine Selbstentfaltung jedes Menschen geschaffen werden;

– dass die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen bürokratischen Organisationen so flexibel und differenziert ausgestaltet werden, dass sie der Befreiung des Menschen dienen und ihn nicht in neue Abhängigkeiten versetzen.

Hans Werder
Liberaler Studentenschaft Zürich

Völker: Illusionstheater würde unseren Absichten widersprechen; was aber heisst das überhaupt »Illusionstheater«? Ich würde so lange diesen Begriff nicht hinnehmen, als er nur dazu dient, Wahrheit und Realität zu verschleiern. Dann gibt es noch eine andere Auffassung von Illusion: Ich würde viel eher Phantasie dafür setzen. Phantasie ist ungeheuer wichtig beim Theater; sie setzt Denkbewegungen in Gang, regt an. »Episches Theater« ist ein schlechter Arbeitsbegriff, da er völlig an Brecht fixiert ist (der ja später vorgeschlagen hat, ihn durch »dialektisches Theater« zu ersetzen). Die Regeln und Anweisungen des Kleinen Organon sollen nicht benutzt werden zur Herstellung eines Stils, sondern zur Entwicklung einer Arbeitsmethode. Für Brecht, glaube ich, ist es auch immer das Wichtigste gewesen, den Marxismus nicht als verkündbare Lehre zu benutzen, sondern als Arbeitsinstrument, als das, was ihn zur Entwicklung seiner Methode gebracht hat. Insofern ist dies ungeheuer wichtig: man kann daran nicht vorbeigehen in der Theaterarbeit, nicht an Brecht, nicht am Marxismus beispielsweise.

zs: Noch ein Wort zum Stellenwert einer Aufführung. Palitsch hat einmal erklärt: »Wir müssen dahin kommen, nicht nur eine Fertigproduktion, sondern ein ganzes Labor, eine Versuchsabteilung vorzuführen.«

Völker: Ich glaube, dieser Satz bezieht sich auf die Bedeutung, die man Premieren zumisst: Aufführungen werden vorbereitet, diese Vorbereitungen aber mit der Premiere abgeschlossen. Was man produziert, soll auch veränderbar sein. Damit wird die Probenarbeit veröffentlicht.

zs: Man müsste sich also, um mit Ivan Nagel im Tasso-Programmheit zu sprechen, »entschliessen, die Entwicklung einer Inszenierung im Laufe ihrer Aufführungen als die dialektische, innere Problematik offenbarende Entfaltung oder Verkümmern der Sache selbst anzusehen?«

Völker: Es gibt zum Beispiel eine Menge interessanter Arbeitsprozesse und Probleme, die sich innerhalb der Arbeit zeigen, die mit Theater zu tun haben, und das könnte man veröffentlichen. Allerdings setzt das ein sehr interessiertes Publikum voraus, mit dem man im Augenblick noch nicht rechnen kann. Es ist natürlich etwas sehr Fragwürdiges, wenn man sagt, Proben sind jetzt offen, und da kommt zufällig mal ein paar Leute rein. Derjenige, der in eine Probe kommt, müsste ja genau informiert sein über die Arbeit, die in dem Moment gerade gemacht wird. Ideal wäre es, wenn er in diesem Augenblick zum Korrespondenten würde, mitteilt, was er für einen Eindruck hat von der Probe, und dann müsste man sich fragen, wie das in der Arbeit mitverwertet werden könnte. Probenzuschauer sind prinzipiell nur als Mitarbeiter erwünscht, nicht als Voyeure.

Dann also das Theaterpublikum

zs: Aus all dem Gesagten haben sich einige Fragen in bezug auf das Publikum ergeben. Wenn etwa eine einzige Aufführung nur einen momentanen Stellenwert hat, wenn der Zuschauer – »konsequent zu sein – fundierte Kritik an einer intellektuell ausgefeilten, ihrerseits selbstkritischen Inszenierung üben soll, und nur so kann ich mir wahre Bewusstseinsklärung im Theater vorstellen, dann kann sich das Theater, extrem gesagt, nur an einen beschränkten Kreis von Professionals richten, die genau auf dem laufenden sind, es sich leisten können, von der ersten Probe bis zur letzten Aufführung mit dabei zu sein.

Völker: Das wäre extrem gesagt. Nun kann natürlich eine Aufführung in sich so viele Reize, so viele sinnliche und unterhaltensame Momente aufweisen, die eben genügen, ein Publikum, wel-

ches einmalig zur Vorstellung kommt, zufriedenzustellen. Die Aufführung muss die Klarheit haben, dass das, was man sich als inhaltliches Ziel setzt, von ihr transportiert wird.

zs: Exemplarische Aufführungen wie etwa »Kasimir und Karoline« in Basel oder Peter Steins Inszenierungen hier in Zürich haben meines Erachtens gezeigt, dass sich das Theater vornehmlich an den Intellekt wendet, und Peter Löffler hat die Katharsis heute gar als »Bereitschaft zum Nachdenken« bezeichnet! Läuft das Theater so nicht Gefahr, zu einem intellektuellen Vergnügen einer Minderheit zu werden?

Völker: Warum soll intellektuelles Vergnügen nur einer Minderheit vorbehalten sein? Wir haben die Absicht, dieses Vergnügen möglichst vielen Leuten zukommen zu lassen. Aufgabe des Theaters ist es, in seinen Mitteln, die es anbietet, so verständlich zu sein und so viel an Unterhaltungsmomenten anzubieten, dass eben doch nicht nur ein Spezialistenkreis angesprochen wird. Zumindest muss es danach trachten, den Kreis von Spezialisten sehr zu erweitern, jeden Zuschauer zum Spezialisten zu machen. Die Frage ist, ob man sich der zu leistenden Anstrengung ungenügend unterzieht oder ob diese Anstrengung genügend Reize hat, die sich lohnen und zu einem Vergnügen werden lassen. Das Theater spekuliert aber nicht auf philologische Interessen der Zuschauer. Es kann beruhigt, wie Brecht einmal formuliert, über die Leichen der Philologen hinweggehen.

zs: Sie haben im »Tages-Anzeiger« als Durchschnittsalter eines lebendigen Theaterpublikums 30 bis 35 Jahre angegeben und mit einem kleinen Seiten-

hieb gegen das sogenannte Stammpublikum von Umschichtung gesprochen. Glauben Sie, Bewusstseinsklärung sei ein Generationenproblem?

Völker: Ich möchte kein Generationsproblem an die Wand malen; aber sicher ist es für jüngere Leute leichter, Bewusstseinsklärung zu realisieren. Andererseits ist es überall so, dass an den Theatern, wo die Zuschauerzahlen sehr stark zurückgehen, die Ueberalterung zunimmt. Das besagt, dass die jungen Leute nicht am Theater interessiert sind. Für das Theater ist es einfach wichtig, die Jugend als Zuschauer zu gewinnen. Das heisst doch nicht, dass ältere Besucher nicht erwünscht sind.

zs: Dem Pluralismus des Publikums kann von einem einzigen Theater nicht Rechnung getragen werden. Wie sehen Sie die Verteilung von Theatern für eine Stadt wie Zürich?

Völker: Das Dilemma ist, dass es in Zürich kein gutes Unterhaltungstheater gibt, das bestimmte Aufgaben wie Operette, Musical, eventuell leichte Boulevardstücke übernimmt. Dieses Theater fehlt, und diese Aufgabe kann das Schauspielhaus nicht leisten. Es ist leichter, eine bestimmte Art von Theater zu machen, wenn es ein weiteres Theater in dieser Stadt gibt, gegen das man den Spielplan machen kann; das ergibt eine gute Reibungsfläche. Nur, den »Gegner« im eigenen Haus sich aufzubauen, das halte ich für ein Ding der Unmöglichkeit. Und ich glaube, bei dem geringen Prozentsatz, der sich für Theater interessiert, bei den heutigen Sorgen um ein Theaterpublikum, die man sich machen muss, ist es doch gar nicht so schlimm, wenn kein

Akademische Buchhandlung
WURZEL
Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

unverbindlicher Warenhausspielplan gemacht wird. Ich glaube, die Attraktivität eines Theaters liegt gerade in der Spezialisierung, weswegen dann wieder Leute ins Theater gehen.

zs: In Zürich haben wir aber zu wenig Bühnen, um den Pluralismus doch zu gewährleisten.

Völker: Aber stellen Sie sich vor, wenn es fünf Theater gäbe: Wie würden denn die voll werden? Das Schauspielhaus hier ist eigentlich zu gross; 700 Plätze wäre eine gute Zahl, jetzt sind es über 1000. Es wäre sehr schön, wenn es mehrere Theater gäbe; Voraussetzung dafür wäre aber, dass man an jedem Theater weniger Produktionen machen könnte. Die Lösung würde nicht darin liegen, in einem grossen Haus alle Interessen zu berücksichtigen, sondern mehrere kleinere Theater miteinander konkurrieren zu lassen.

zs: Herr Völker, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Unter dem Deckmantel der Reform

Zur Studienplanreform an der Abteilung für Landwirtschaft

Ende Sommersemester 1969 hat die Kommission für Studienplanreform an der Abteilung für Landwirtschaft der ETH Zürich nach einjähriger Zusammenarbeit zwischen Dozenten, Assistenten und Studenten einen Entwurf für die Neuordnung des Studienplans ausgearbeitet und publiziert. Der Entwurf sei eine gute Grundlage für eine Anpassung des Studiums an die heutigen Erfordernisse. Gemäss dem Wunsch der Reformkommission wurde er von sämtlichen Instanzen geprüft, ist bereits provisorisch in Kraft getreten und von seiten der Behörden, die ja derartige Arbeiten suchen, als Beispiel für die gute Zusammenarbeit und die fortschrittliche Gesinnung an der Hochschule öffentlich erwähnt worden. Dabei stellt die Neuordnung lediglich eine Anpassung an im Ausland seit Jahrzehnten verwirklichte Studienpläne dar.

Angesichts der steigenden Anforderungen in Staat und Wirtschaft und der Konkurrenz durch das neue landwirtschaftliche Technikum Zollikofen, das gewillt ist, diese Forderungen besser zu erfüllen, ist die Studienplanreform aufschubbar geworden. Sie muss auch helfen, den steigenden Zustrom der Studenten organisatorisch zu bewältigen. Als wichtigster Vorteil des Studienschemas wird denn auch erwähnt, dass es die Neuordnung des Studiengangs ohne zeitliche Verlängerung des Studiums ermöglicht. Von allen möglichen Alternativen verlangt die Rationalisierung des Ausbildungsbetriebs das Minimum an zusätzlichen Investitionen. Zudem können die Studenten durch die einschneidende Modifikation des Studienplans gezielter als je zuvor auf ihre häufigsten Verwendungszwecke im Wirtschafts- und Gesellschaftsapparat hin getrimmt werden.

Die Zergliederung des landwirtschaftlichen Studiums in die Richtungen Agrarökonomie, Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Molkeertechnik und Agrotechnologie verdeutlicht diesen Sachverhalt; halbausgebildete, verstümmelte und gefügelte Fachidioten werden das Produkt des neuen Studienplans sein.

Dass bei dieser Arbeit reformfreundige Studenten führend mitgewirkt haben, mag für gewisse Leute erfreulich sein, hilft es doch mit, die Sachverhalte zu verwischen und die Studenten zu spalten. Gerade diese Alibistudenten sind jedoch sehr oft interessiert daran, durch die Reformmassnahmen sich ihre künftige Konkurrenz vom Leib zu halten. Viele waren überzeugt, einen Sieg errungen zu haben. Sie waren jedoch, wie noch zu zeigen ist, nur Erfüllungsgehilfen der Fachidioten fordernden Professoren und Landwirtschaftsbosse.

Zum Beispiel: der Prüfungsplan

Das zur Durchführung des Studienplans unerlässliche Kernstück der Reform ist der neue Prüfungsplan. Als heisses Eisen wurde er der Diskussion mit dem Argument entzogen, er müsse nur den neuen Verhältnissen angepasst werden. Vorsichtig wurden die einschneidenden Veränderungen des Prüfungsplans im Studienplanentwurf unter »Ferner wird vorgeschlagen...« als nebensächlich kaschiert. In diesem Prüfungsplan wird die Einführung von Semesternoten vorgeschlagen, die in den zwei Vordiplomen berücksichtigt werden. Mit den Worten der Reformkommission: »Dieser Vorschlag gestattet eine freiere Auswahl der Prüfungsfächer sowie eine Entlastung der Vordiplomprüfungen. Mit den Semesternoten können Fächer, die nicht in den Vordiplomen geprüft werden, beurteilt werden. Die Semesternoten können von den Dozenten anhand der üblichen Semesterarbeiten und Übungen, auf Grund von schriftlichen Arbeiten oder mündlichen Prüfungen erteilt werden und zählen als Prüfungsnoten.« Durch die Vorschläge für den Prüfungsplan und die Einführung von Semesternoten würde sich »eine gewisse Entlastung« ergeben.

Welche Bedeutung haben nun diese Änderungen für den Studenten? Früher musste er beim Diplom eine Prüfung in Betriebslehre, Tierzucht, Tierernährung und Pflanzenbau ablegen, dazu konnte er sich in drei bis sechs

Wahlfächern prüfen lassen. Erstere zählten doppelt, letztere einfach oder halb. Man absolvierte ein ganzes Studium und bestimmte durch die Wahl der Freifächer ein Schwergewicht. Heute muss man sich schon nach dem zweiten Semester auf Oekonomie, Pflanzen- oder Tierproduktion festlegen, durch die Wahlfächer muss man sich noch weiter spezialisieren.

Worin besteht denn nun die freiere Auswahl der Prüfungsfächer? Das vergrösserte Angebot zwingt nur zu weiterer Spezialisierung. Die Möglichkeit des Richtungswechsels ist zwar garantiert, wird aber infolge der frühen Spezialisierung hartes Nacharbeiten und meist den Verlust eines Studienjahres nach sich ziehen. Theoretisch könnte man sich einen Spezialstudienplan zusammenstellen. Angesichts der miserablen Studienberatung und -information ist dies schlicht unmöglich.

Wie verhält es sich mit der Entlastung der Vordiplomprüfungen durch Einführung von Semesternoten? Das 1. Vordiplom wird von sieben Prüfungsfächern auf deren fünf und drei Semesternoten »reduziert«, das 2. Vordiplom von acht auf fünf Prüfungsfächer und vier Semesternoten. Jedermann, der schon ein Vordiplom abgelegt hat, wird bestätigen, dass es keine gewisse Entlastung der Prüfung bedeutet, wenn er statt in sieben oder acht nur in fünf Fächern geprüft wird. Früher schon versuchten die Professoren Heusser und Bach, Semesternoten zu erheben und Klausuren zu veranstalten, begegneten aber scharfem Widerstand und Boykott durch die Studenten. Auf kaltem Weg wird nun das Anliegen dieser Herren legalisiert.

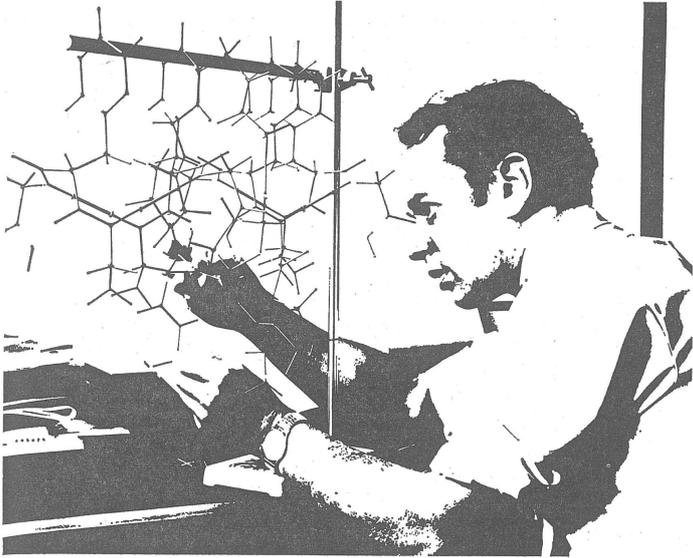
Klar gesagt: Die Einführung von Semesternoten ist ein neuer Schritt zur Disziplinierung und Einschüchterung der Studenten. Er sollte am so schon genug verschulten Poly nicht akzeptiert werden. Die Studenten, die der Studienplanreform und dem Prüfungsplan zustimmen, werden, beider Konsequenzen nicht zu tragen haben. Hoffentlich werden sich die neuen Semester von der Zwangsjacke wieder zu befreien wissen!

FREIHOFER AG

Buchhandlung für
Technik und Wissenschaft
Universitätsstrasse 11, 8006 Zürich
Telefon 47 08 33/32 24 07

Grösste schweizerische
Fachbuchhandlung für
Naturwissenschaft und
Technik

Grosse Auswahl an englischsprachigen
Titeln
Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare Buch
und jede lieferbare Zeitschrift.



Der Urquell aller technischen Errungenschaften ist die göttliche Neugier und der Spieltrieb des bastelnden und grübelnden Forschers und nicht minder die konstruktive Phantasie des technischen Erfinders.

Albert Einstein

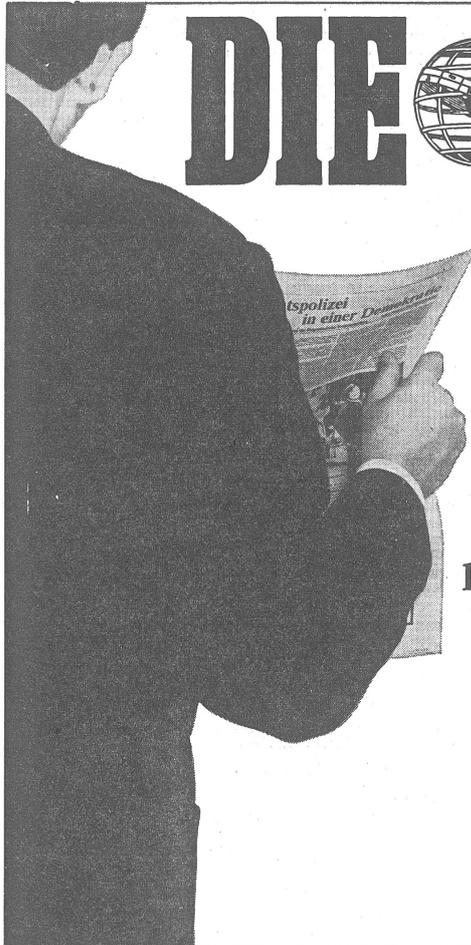
C I B A

Heilmittel
Farbstoffe und Pigmente
Technische Applikationsprodukte
Kunststoffe
Agrochemische Produkte
Photochemische Materialien
Farbfernsehen in Grossprojektion
Kosmetika

GAULOISES



Französischer
Charme und die Gauloises:
das sind Dinge, die ich mag.
Und – die Gauloises ist ja
die Zigarette mit
echt französischem Tabak.



DIE WELTWOCHEN

gewährt Ihnen

Neu: Jetzt jede Woche mit farbiger Magazin-Bellage

30% Studentenrabatt!

Statt Fr. 26.50 zahlen Sie
pro Jahr nur Fr. 18.50

Benützen Sie den untenstehenden Bestellschein.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die Weltwoche für die Dauer von ZST
 ½ Jahr Fr. 10.80 statt 15.50
 1 Jahr Fr. 18.50 statt 26.50
 (Nichtzutreffendes streichen)

Name: _____

Fakultät: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: Die Weltwoche, Postfach, 8021 Zürich

»ZS«-Wissenschaft

Kann die Zukunft »erforscht« werden?

Von Prof. B. Fritsch

Seit die Wissenschaft den Einsatz komplexer Technologien im Produktionsprozess möglich machte, ist wegen der zunehmenden Verflechtung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung, Ressourcenverbrauch und Umweltbeeinflussung das Bedürfnis nach umfassenden Prognosen immer dringender geworden. Die auf ökonomische Modelle abgestützten Verfahren sind geeignet für kurzfristige Zeiträume, d.h. für zwei bis höchstens fünf Jahre, z.B. die Veränderungsrate des Volkseinkommens, der Beschäftigung, des Investitionsvolumens usw. Je nach den zur Verfügung stehenden statistischen Unterlagen einigermassen zuverlässig zu prognostizieren. Für die Zwecke der Erforschung möglicher Auswirkungen der angewandten Wissenschaft, insbesondere der Technik auf die menschliche Umwelt und auf die Gesellschaft, ist es indessen erforderlich, neue Methoden vor allem im Bereich des »technological forecasting« zu entwickeln und anzuwenden.¹ Von diesen mehr praktisch orientierten Prognoseverfahren sind Zukunftsentwürfe zu unterscheiden, die, ins Utopische gehend, den Menschen in einer verhängnisvollen Verquickung mit der Technik sehen, wie dies z.B. in Huxleys »Brave New World«, in Samjatin's »Wir« oder in Orwells »1984« geschieht. Klages spricht in diesem Zusammenhang von »Modellen negativer Zukunft«². Auch die Schriften von Robert Jungk greifen weit vor; hinsichtlich der angewandten Methode steht Jungk³ jedoch zwischen den statistisch abgesicherten Verfahren der positiven Prognostik und den weit vorgehenden Entwürfen von Orwell bzw. Huxley.

Futurologie
In der Öffentlichkeit werden nun alle Prognosemethoden vom einfachen Extrapolationsmodell bis hin zu phantasiebeflügelten Visionen von Science-Fiction-Filmen unter den Sammelbegriff »Futurologie« bzw. »Zukunftsforschung« subsumiert. Das erweckt Assoziationen mit Begriffen wie Astrologie, Prophetie, Science-Fiction und ähnlichem. Etablierte wissenschaftliche Disziplinen erheben ihre Kritik; sie weisen einerseits auf die zahlreichen Fehlprognosen hin, die trotz vermeintlich abgesicherten statistischen Methoden immer wieder vorgekommen sind (Kohlenknappheit, Wirtschaftskrise nach

dem Zweiten Weltkrieg usw.), und erheben andererseits z.B. unter Hinweis auf Poppers⁴ gewichtige wissenschaftstheoretische Einwände. Eine ausgewogene und umsichtige Analyse der vielen methodologischen Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, gibt u.a. Klages in dem oben erwähnten Aufsatz.

Gibt es zwischen dem Extrem einer linearen Trendextrapolation auf der einen und utopischen Zukunftsvisionen auf der anderen Seite einen wissenschaftlich vertretbaren Zwischenweg, auf welchem es möglich wäre, unter Berücksichtigung der innovativen Potenzen moderner Technologien objektiv mögliche Zukunftstendenzen sichtbar zu machen und damit zum Gegenstand der gesellschaftlichen Entscheidung (Klages) werden zu lassen? Ich glaube, es gibt einen solchen Weg. Er soll, ausgehend von konkreten Problemstellungen, im folgenden wenigstens in groben Umrissen gedeutet werden.

Auswirkungen

In vielen Industriestaaten, so z.B. in den USA, in Frankreich, England und der Bundesrepublik Deutschland, werden heute auf breiter Basis die technischen und politischen Voraussetzungen für die Lösung öffentlicher Zukunftsaufgaben wie Umweltschutz, Transport und Verkehr, Präventivmedizin usw. durch zahlreiche Förderungsprogramme vorbereitet. Dabei stehen zukunftsbezogene Schlüsseltechnologien, die für den wissenschaftlich-technischen wie für den sozioökonomischen Bereich von besonderer Bedeutung sind, im Vordergrund. In der Bundesrepublik werden neben Weltraumforschung, Kernphysik und Datenverarbeitung gegenwärtig folgende Wissenschaftszweige durch detaillierte Studien sowohl auf ihre wirtschaftliche als auch ökologische Bedeutung mit dem Ziel geprüft, ein differenziertes Förderungsprogramm für die Zukunft zu entwerfen: Physikalische Technologie mit den Schwerpunkten Halbleiterphysik, neuartige Werkstoffe und Verarbeitungsverfahren, physikalische und technische Optik, physikalische Analysen-, Mess- und Regelverfahren, physikalische Technologie unter Grenzbedingungen sowie Plasmatechnik, ferner Energietechnik, insbesondere Energiewandlung, -speicherung und -transport (Brennstoffzellen, Supraleitungskabel). Wei-

tere Gebiete sind die chemische Technologie, neue Systeme für Verkehr und Transport, biologische und medizinische Technik, Informationstechnologie (Kommunikation, Technik der Datenbanken) sowie Umweltforschung und Umweltschutz. Das Neue an dem angestrebten Förderungsprogramm liegt in dem Bemühen, die auf Grund von eingehenden Fachstudien heute abschätzbar wirtschaftlichen und gesell-

Bessere und schnellere Entscheidungen

In diesem Zusammenhang sind einmal das schon seit mehreren Semestern an der Universität Karlsruhe unter der Leitung von Professor Karl Steinbuch laufende Seminar »Zukunft« sowie zum anderen die am Zentrum Berlin für Zukunftsforschung betriebene wissenschaftliche Arbeit von Bedeutung. Während über das umfangreiche Forschungsprogramm des »Zentrums Berlin« sowohl eine Broschüre als auch ein Publikationsorgan des Zentrums unter dem Namen »Analysen und Prognosen« orientiert, werden im Seminar von Professor Steinbuch Themen behandelt wie »Technischer Fortschritt und Kreativität«, »Beziehungen zwischen Systemtechnik und Zukunftsforschung«, »Neue Modelle für den zukünftigen Städtebau«, »Umwelt von morgen«, »Bildung für die Zukunft« usw. - Unter dem Titel »Situation und Zielsetzung« schreiben die Initiatoren des »Zentrums Berlin« u.a. folgendes:

Wir stellen uns (...) in erster Linie die Aufgabe, durch interdisziplinäre Zusammenarbeit verbesserte Orientierungs- und Entscheidungshilfen für bessere und schnellere Entscheidungen in Politik, Forschung und Wirtschaft zu schaffen.

Es kommt uns darauf an, diejenigen Probleme, die heute dem Fortschritt der Zivilisation entgegenstehen oder mit deren Entstehung in absehbarer Zukunft gerechnet werden muss, sichtbar zu machen und akzeptable Lösungen zuzuführen. Wir wollen darauf bedacht sein, Ueberholtes zu markieren und innovative Potenzen möglichst frühzeitig erkennbar und hinsichtlich ihres Zukunftgehalts abschätzbar werden zu lassen. Wir wollen so dazu beitragen, frische Kristallisationspunkte zu bilden, neue Akzente zu setzen und fruchtbaren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wollen wir auf diesem Weg bei der Entstehung neuer Wertmassstäbe behilflich sein, die in eindeutiger Weise als bisher an den Möglichkeiten der Zukunft orientiert sind.⁵

Mit den methodologisch-philosophischen Grundfragen dieser neuen gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften wird sich schon in naher Zukunft ein von Professor v. Weizsäcker gegründetes Institut befassen. Andere Institute, wie z.B. das in Hannover von der Industrie gegründete »Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien« sowie die mit öffentlichen Mitteln unterstützte »Studiengruppe für Systemforschung« in Heidelberg, widmen sich wiederum mehr der Lösung praktischer Probleme.

Methoden

Das Gespräch sowie die wissenschaftliche Arbeit ist also auf breiter Basis bereits im Gang. Ähnliches liess sich natürlich auch über die USA ausführen, wo insbesondere die Arbeiten von Olaf Helmer, Herman Kahn und A. Wiener⁶ Beachtung verdienen. Bereits sind auch die verschiedenen Methoden, mit welchen man über die bekannten Verfahren der Trendanalyse hinausgeht, vor allem im Zusammenhang mit dem »technological forecasting« kritisch geprüft und systematisiert worden.⁷ Es ist im Rahmen eines solchen Aufsatzes jedoch nicht möglich, auf diese wichtigen Arbeiten näher einzugehen. Bommer⁸ teilt die Methoden der Zukunftsforschung in vier Gruppen ein:

1. Intuitive Methoden (Brain-Storming, Delphi-Methode, Utopia-Beschreibungen).
2. Explorative Methoden (Zeitreihen- und Trendextrapolationen, Contextual-

Mapping, Morphologie-Studien, Szenarios, Historische Analogie, Strukturanalysen, Querschnittsanalysen, Substitutionsanalysen, Input-Output-Analysen, Diffusionsanalysen).

3. Projektive Methoden (Präferenzanalysen, Entscheidungsmodelle, Relevanzbäume, Netzplantechnik, Optimierungsverfahren (lineare, nichtlineare, dynamische Programmierung), Theorie der Spiele).

4. Rekursive Methoden (Integrierte Management-Informationssysteme, Früherkennungssysteme).

Zum Schluss noch ein Wort zur gesellschaftlichen Rolle der Zukunftsforschung: Sicherlich kann man die Zukunft nicht in dem Sinne »erforschen« wie etwa die Erdatmosphäre oder den Atomkern; wohl aber ist es möglich - und meines Erachtens notwendig -, unser Verhältnis zur Technik zu entmythologisieren und die Auswirkungen der Technik zum Gegenstand des gesellschaftlichen Entscheidungsprozesses zu machen. Das ist nur auf einer breiten Basis möglich, die in unseren Ausbildungsprogrammen so gestaltet werden muss, dass sich aus ihr heraus (und nicht gegen sie) ein kritisches Problembewusstsein entwickelt. Nur so werden wir verhindern, dass Zukunftsforschung zur »prospektiven Selbsterhaltungspraxis« einzelner Interessenskreise und damit zum Instrument der Technokratie oder zu einem Tumultplatz für Weltverbesserungsfanatiker degeneriert. Die Arbeit an diesen Problemen muss aber nicht nur zwischen Vertretern verschiedener Disziplinen systematisch organisiert werden, sondern - und das erscheint mir noch wichtiger - auch zwischen den Generationen, vor allem zwischen derjenige der heute aktiven Wissenschaftler und der jungen (nicht nur studentischen) Generation, denn sie wird schon morgen die Unterlassungen und Fehler von heute zu spüren bekommen. Sie hat deshalb nicht nur ein Anrecht auf Information und Unterweisung - wie wohl dies der notwendige Anfang ist -, sondern sie muss auch in den Prozess der »Entstehung neuer Wertmassstäbe«

und damit »möglicher Zukünfte« voll integriert werden.

1. Jantsch, E.: Technological Forecasting in Perspective. OECD Paris 1967.
2. Klages, H.: Aufgaben und Ziele der Zukunftsforschung; in: Analysen und Prognosen, H. 5, September 1969.
3. Jungk, R.: Mögliche und wünschbare Zukünfte; in: Protokoll Nr. 31 des Bergedorfer Gesprächskreises (1968).
4. Popper, K.: Das Elend des Historismus, Tübingen 1965.
5. Kahn, H. und Wiener, A. J.: The Year 2000, New York 1968.
6. Bommer, J.: Methoden der Zukunftsforschung; in: Analysen und Prognosen, Heft 5, September 1969.
7. Lüppe, H.: Ernst und Unernt; der Zukunftsforschung; in: Merkur 250, H. 2, Jahrg. 23, S. 125.



So nebenbei

Antwort auf »So etwas nennt man landläufig Demagogie« von Tilly Hanhart und Cornelia Vogelsanger im 5/47

»Wenn er es sich schenkt, in den Kram passen, unter den Tisch wischt, missbraucht und verdreht, Kunstgriffen, natürlich und selbstverständlich.« Und: »Unreflektierter Jargon, Denkmechanismus, eindimensional, ideologisch verengt.« Dagegen aber: »Jede Sache von zwei Seiten zu sehen, Spielregeln, Sachkenntnis, manhaft« - die braune Liesel kennt' ich am Geld!.

Wer sich für das Problem interessiert, beschäftige sich doch mit der hier angegebenen ausgewählten Literatur. Dies mag verühen, dass weiterhin in der Weise Redundanz geschrieben wird:

Zur technokratischen Hochschulreform allgemein:

- Habermas, Jürgen. Zwangsjacke für die Studienreform. Und die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates bzw. Nysen, Friedhelm. Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten »Neuordnung des Studiums«. Beide in: »Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen, Ed. Stephan Leibried, Köln 1967.

- Nitsch, Wolfgang (u.a.). Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Berlin 1965. Bes. Kap. 2.F: Wissenschaftsbetrieb und Wissenschaftsmacht bzw. 2.F: Die Verschulung der Universität.

Zur ideologischen Kritik von Schmidts Rede

- Adorno, Theodor W. Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Frankfurt a.M. 1964.

- Haug, Wolfgang Fritz. Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten. Frankfurt a.M. Bes. Kap. V: Konsequenzen für das Verhältnis von Politik und Wissenschaft.

- Kraus, Karl. Bei den Tschechen und bei den Deutschen. In: Die Fackel. Wien. Juni 1921.

Willi Wottreng

Reservieren Sie heute noch Ihre Winterpneus

Grosse Auswahl - günstige Preise

Um-Montagen - Auswuchten



PNEUHAUS W. H. KLEINHEINZ, 8033 ZÜRICH
Culmannstr. 83 (hinter Hotel Righhof), Tel. 28 37 15

Gesucht

in eine angesehene Advokaturpraxis an der Strecke Zürich-Chur

Rechtspraktikant

dem Gelegentlich geboten wird, sich in alle Sparten des öffentlichen und privaten Rechts einzuarbeiten und Rechtsfälle selbständig vor den Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu führen.

Eintritt sofort oder nach Vereinbarung. Interessenten wollen sich unter Angabe von Referenzen melden unter Chiffre 601 an die Inseraten-Abteilung des »Zürcher Student«, Bahnhofstrasse 37, 8001 Zürich.



Was bringt denn wohl die Zukunft?

(Photo: E. Roth)

Jurisprudenz Nationalökonomie Architektur

findet der Student neu und antiquarisch in reicher Auswahl bei

Buchhandlung und Antiquariat Raunhardt



Inhaber Gerhard Heinimann & Co.

Zürich 1, Kirchgasse 17,
Tel. (051) 32 13 68
beim Grossmünster

Schulen, sondern auch unser ganzes schweizerisches Bildungswesen und damit unsere Gesellschaft entwickeln werden.

Ursachen, nicht nur Entgleisungen sehen!

Unsere jungen Menschen leben nur äusserlich in einer Schweiz der Ruhe, der Ordnung und Sicherheit. Sie sind in Wirklichkeit in eine Welt gestellt, die mit den mörderischsten Waffen, die es je gab, aufrüstet, sie bilden sich aus im Klima des Gleichgewichts des Schreckens für ihre ungewisse Zukunft. Sie müssen sich immer wieder fragen, ob das Leben überhaupt noch sinnvoll ist, ob eine Familie, ob Kinder überhaupt zu verantworten sind. Sie betrachten daher unvoreingenommen kritisch, auch die Schweiz, wo neue Formen der Demokratie noch nicht gefunden sind, spüren etwa, dass Referendum und Initiative als einzige Institutionen der Mitwirkung und Kontrolle des Volkes an der Zukunft nicht genügen werden, sehen, dass das Bildungswesen antiquiert und verstaubt ist, erfahren am eigenen Leibe, wie ungenügend das Bodenproblem geregelt, wie gross die Müllkatastrophe ist, wie Luftverpestung und Wasserverschmutzung unser Volk bedrohen und erkennen die grosse Krise, in welcher sich unsere Parteien und sogar der Parlamentarismus befinden. Viele Schweizer stehen der Bewegung der unzufriedenen Jugend, nicht nur der akademischen, verwirrt, ablehnend und ratlos gegenüber und bewerten die Erscheinungen des jugendlichen Protestes oft nur nach ihren Entgleisungen und nicht nach ihren Ursachen! Es hat sich in den letzten Wochen in den Zeitungen, am Radio und am Fernsehen gezeigt, dass die Studenten sehr geschickt und richtig nicht nur einzelne Reformpostulate der Hochschule allein zur Diskussion stellen, sondern bestrebt sind, gerade diesen Ursachen des weltweiten Missbehagens der jungen Generation im Rahmen dieses Wahlkampfes nachzugehen und die Lösungsmöglichkeiten aufzuzeichnen.

Beginn eines dauernden Ringens

Es ist selbstverständlich, dass diese erste bildungspolitische Auseinandersetzung im Volk noch keine greifbaren Resultate ergeben wird, aber sie ist der Beginn eines dauernden Ringens um die Struktur unserer Universitäten, unserer Schulen, unserer Ausbildungsstätten an sich, aber auch unserer Demokratie

Dies ist ein Ausschnitt aus der National-Zeitung. Dank dem Ausbildungs-Abonnement können Sie mit wenig Aufwand regelmässiger Leser der National-Zeitung werden. Es lohnt sich.

National-Zeitung,
Postfach, 4002 Basel,
Tel. 35 80 80

Vermutlich

2

ist der «Vorwärts» mit uns nicht einverstanden.

Weil die objektive Information unsere Aufgabe ist, nicht die Verbreitung von Zweckmeinungen und Parteistandpunkten. Weil wir die Koexistenz beim Worte nehmen.

Darum haben wir den Redaktoren des «Vorwärts» mehrmals vorgeschlagen, in unserem «ZeitBild» unzensurierte Artikel zu veröffentlichen. Unter der Bedingung allerdings, dass sie Gegenrecht halten. Das wäre tätige Koexistenz. Geistige Auseinandersetzung. Diskussion.

Aber der «Vorwärts» wollte nicht. Hatte er Bedenken? Bedenken vor sachlicher Information? Schade.

Lesen Sie, in Nummer 25 des «ZeitBildes», einen Aufsatz über die Verleumdung der Verbrauchergesellschaft. Er wird Sie interessieren. Denn wir alle sind Objekte dieser Verleumdung.

Das «ZeitBild» kostet für Studenten im Jahresabonnement Fr. 16.— (statt Fr. 24.—). Abonnement oder Probenummern bestellen Sie mit nachstehendem Coupon.



D. Unterzeichnete wünscht

- 1 Abonnement «ZeitBild» zum Spezialpreis von Fr. 16.— (statt Fr. 24.—) im Jahr
 unverbindliche Zustellung von «ZeitBild»-Probenummern

Name _____

Vorname _____

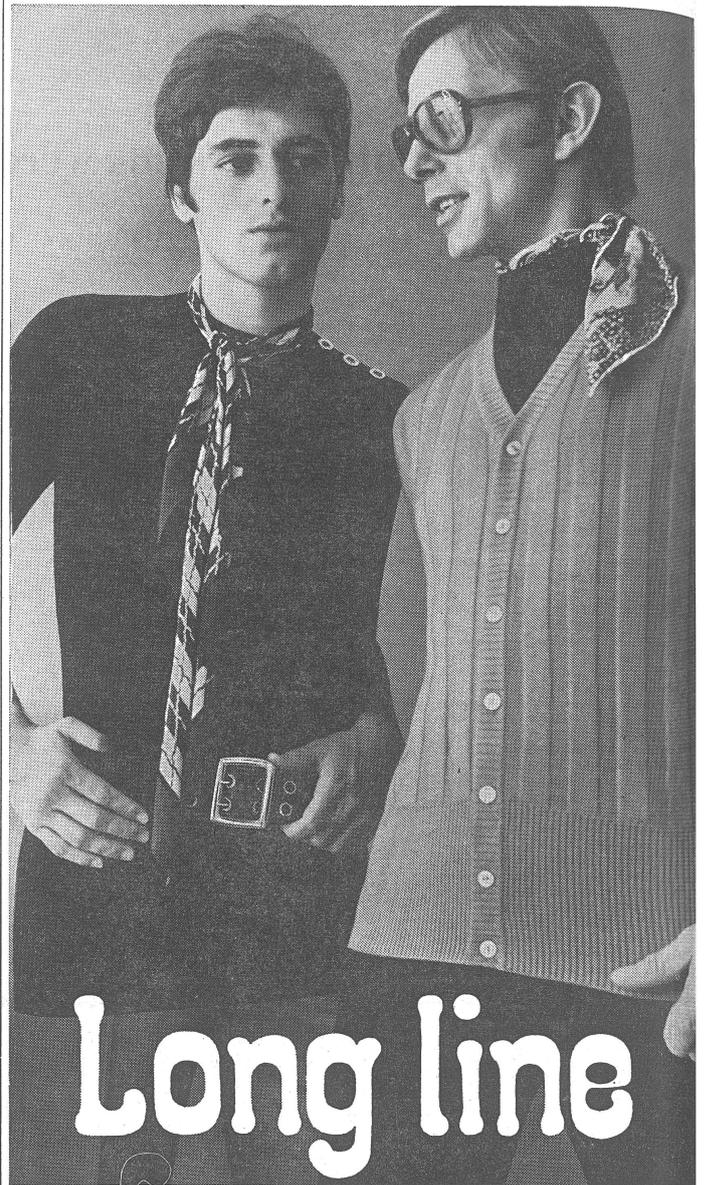
Strasse _____

PLZ und Ort _____

Fakultät _____

Unterschrift _____

(Bitte leserlich ausgefüllt, in offenem Umschlag mit 10 Rp. frankiert an Schweizerisches Ost-Institut, 3000 Bern 6, einsenden.)



Long line for men

Die brennend heisse Männer-Strickmode ist da! Die lässigen Maxi-Westen, die tollen Long line-Pullover, dazu die schweren Gürtel... Wollen-Keller hat sie alle.

Long line-Pullover in pflegeleichtem «Cashmator», schwarz, weiss, hochrot und altgold
Fr. 45.—

Maxi-Weste in der gleichen weichen «Cashmator»-Qualität, schwarz, weiss, rot und altgold
Fr. 49.50



Big Boss
QUALITY FOR MEN SWISS MADE

Zürich 1: Bahnhofstrasse 82, Telefon 253648, und Strehlgasse 4, Telefon 234334
Oerlikon: Schaffhauserstrasse 331, Telefon 485550

Lebenskampf eines Erzählers

Zum ersten Roman des Zürchers Jürg Acklin

Jürg Acklin – das war bis vor kurzem ein Name, an den sich in der literarischen Welt so gut wie keine Vorstellung knüpfte. In sparsamer Regelmässigkeit erscheinende Gedichte haben noch niemandes Ruhm begründet. Ein Schimmer eines solchen begann sich für Acklin erst hervorzuheben, als seine Gedichtsammlung »Der einsame Träumer«, kaum erschienen, auch bald vergriffen war. Kräftiger und fester wird er wohl jetzt, da Acklins erster Roman »Michael Häuptli« nach dem Vorabdruck im Berner »Bund« auch in Buchform erhältlich ist (Flamberg-Verlag, Zürich und Stuttgart, 1969).

»Michael Häuptli« ist sehr kurz, ein Buch zum schnellen Lesen, möglichst in einem Tag, ohne viele Pausen, ein Buch zum wiederholten Lesen aber auch. »Michael Häuptli« ist kein Text, aus dem man Ausschnitte herauspicken kann, in dessen Einzelheiten man herumstochern darf (was nicht heissen

als zudem gestalterisch schwach und gehaltlich recht belanglos sind sie nur unpassende Einsprengel. Die Grenze zwischen Häuptlis Einbildungen und Wachträumen einerseits und der Wirklichkeit des Erzählers andererseits ist in der Tat kaum gezogen: Haarsträubende Geschehnisse werden vom Erzähler als real, harmlose Alltagsereignisse als unreal hingestellt! (Wo bin ich? ruft da der Leser – nun nicht mehr verärgert, sondern verzweifelt, denn die Tiefe des Abenteuers hält ihn gespannt.)

Allmählich, hat man einmal bemerkt, dass die Wirklichkeit nur traumhaft ist, dass die intensivsten Passagen gerade von jenem höheren Einheitsstandpunkt aus erlebt und gesehen werden, dass Erzähler und Erzählter bald vereint, bald geschieden und gegeneinander sind, allmählich beginnt sich dann in einem eine Ahnung zu regen. Und zur Gewissheit ist diese Vermutung vorgedrungen am Schluss des Romans, wo sich der Erzähler nach

Erleben und Erzählen sind hier ein einziges. Michael ist die erzählerische Ausgeburt dieses Erlebens, ein ruhloser, sich selbst und der Welt fremder Schwächling, der in Enttäuschungen und Niederlagen Schale um Schale seines Nicht-Wesens ablegt, bis sich sein Wesen, mit der begonnenen Verbindung zur Natur, keimhaft regt und er stirbt. Das zeitweilige Missverhältnis, in das die zeitliche und die erlebnismässige Folge zu geraten scheinen, ist mithin gar keines und kann gar keines sein, da Häuptli als eigene, umrissene Person gar nicht existiert, das Erleben ganz dem Erzähler gehört und sich, in der Weise des Traumes, nicht in der Zeit ausdehnt. So lässt sich denn, aller äusseren Lockerheit zum Trotz, keine der Episoden von der vorangehenden reissen, steigt vielmehr eine jede nicht weiter klarbar aus ihr hervor. (Vielleicht kommt einer der amerikanischen Lesekünstler einmal so weit, den »Michael Häuptli« in wenigen Sekunden zu lesen. Er verstünde die senkrechte – und nicht waagrecht – verlaufende Linie des Romans am spontanen.) Mit Häuptlis Tod ist alles dem Erzähler Wesensfremde, sein schlechteres Ich gleichsam, mit dem er ge-

Otto Morach – (zu Unrecht) im Schatten der Grossen

Zu einer Ausstellung in Winterthur und einer neuen Monographie

In diesem Winter werden im Kunsthaus Winterthur – zusammen mit Alice Bailey, Oskar Lüthy, Johannes Itten – sowie im Kunsthaus Zürich im Rahmen der GEMBA (Gesellschaft schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten) Bilder des heute 82jährigen, in Zürich wohnhaften Malers Otto Morach zu sehen sein. Es sollen hauptsächlich Werke von 1907 bis 1923 gezeigt werden. Zugleich erscheint im Dezember eine Monographie, herausgegeben von Peter Wullmann, welche eine Würdigung Otto Morachs sein soll.

Damit wird der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, in den Genuss eines Werks zu gelangen, das fast unfänglich während Jahren verstaubt in dunklen Räumen darbt, ohne dass der Verehrer expressionistischer, futuristischer und kubistischer Schöpfungen dieser Werke teilhaftig werden konnte.

Durch diese späte Würdigung soll nicht nur die künstlerische Qualität Morachs, sondern auch seine Bedeutung, verglichen mit den ganz Grossen seiner Zeit, hervorgehoben werden.

Wer ist Otto Morach?

Nach Abschluss seiner Studien im Jahr 1909 reiste der damals 22jährige Künstler nach Paris. Dort wurde Otto Morach mit dem in seinen Anfängen stehenden Kubismus konfrontiert. Es waren die Werke Fernand Légers, welche ihm jungen Künstler einen nachhaltigen Eindruck hinterliessen. Er besuchte in Paris verschiedene Akademien, und zwar als Schüler von Felix Vallotton, Maurice Denis, Henri Matisse und Edouard Vuillard. Im Frühjahr 1911 kehrte er erfüllt, aber noch ohne eigene klare Linie zurück. Für kurze Zeit arbeitete er, teils in Begleitung von Arnold Brügger, in München und Prag – um dann im Spätsommer 1912 mit ihm in Paris ein Atelier in der Ruche zu beziehen. Hier lebten sie zusammen mit bedeutenden Künstlern wie Marc Chagall, Fernand Léger und Alexander Archipenko.

Im Sommer 1913 kehrte er mit vielen neuen Bildern in die Schweiz zurück. Mitten in die Vorbereitungen zu einem weiteren Aufenthalt in Paris fiel der Ausbruch des Krieges und somit für den zu dieser Zeit in Solothurn lebenden Künstler der vom trostlosen und

schmerzhaften Wissen um die Zerstörung gezeichnete Aktivistend. Fast jedes Bild bis 1919 ist daher wegen des zeitbedingten Mangels an Malgründen vorder- und rückseitig bemalt.

Nach dem Krieg bemühten sich Alfred Altherr, Direktor an der Kunstgewerbeschule Zürich, und Carl Fischer um das Wiederaufleben des Marionettentheaters. Sie fanden in Sophie Tauerer und Otto Morach aktive Kräfte, die mithilfe, dem Theater neuen Erfolg zu verleihen. Durch Sophie Tauerer, der späteren Gattin Hans Arps, wird Otto Morach auch zu den Dadaisten geführt, die ihn in vielen seiner Gedanken hinsichtlich der Mission des künstlerischen Schaffens wesentlich bestärkten. Regelmässig arbeitete er in der Folgezeit im Ausland. Meist hielt er sich in Paris auf. 1920/21 besuchte er Norddeutschlands rotgebrannte Städte und wertete diese Begegnungen während Jahren bildnerisch aus. Danach erfuhr sein Schaffen durch mehrere Reisen an die Küsten Frankreichs eine Wandlung. Es entstanden Küsten und Felsenbilder, welche bereits auf sein Spätwerk hinweisen.

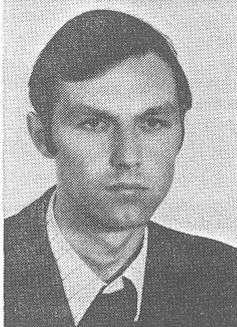
Die Stellung Morachs in der Kunst

Die vielseitige Arbeit Morachs erfuhr weite Anerkennung und beeinflusste noch heute junge Künstler. Es musste aber laut Aussagen seiner damaligen Freunde sehr schwer gewesen sein, an Otto Morachs künstlerischem Schaffen teilzuhaben, da er einerseits sich während des Arbeitens in seinem Atelier einschloss, um wie besessen zu malen, und andererseits stellen seine eigenen Werke zum Gegenstand von Gesprächen machte.

In den zwanziger Jahren gab es jedoch Gelegenheit genug, mit dem Werk Otto Morachs konfrontiert zu werden. So fand unter anderem im Jahr 1919 im Kunstsalon Wolfsberg eine Ausstellung statt, in der gegen dreissig seiner bedeutendsten Bilder gezeigt wurden. Gerade zu diesem Zeitpunkt wäre ein Vergleich auf internationaler Ebene möglich gewesen: Private Sammler richteten sich vermehrt nach dem Ausland, das Kunsthaus wurde durch Meisterwerke aus der Stiftung Hans Schuler

(Fortsetzung auf Seite 25)

Das Porträt



Jürg Acklin

Geboren 1945 in Zürich. Nach Bestehen der eidgenössischen Maturitätsprüfung Studium zunächst der Psychologie, dann der Jurisprudenz an der Universität Zürich.

Veröffentlichungen: Gedichte in »Die Neue Zürcher Zeitung«, »Die Tat«, »Volksrecht« und »Spektrum«. Ge-

sammelte Gedichte »Der einsame Träumer«, Regenbogenreihe (Zürich, 1967, vergriffen). Kurzerzählung »In der Kalaharisteppe« (in: »Geschichten von der Menschenwürde«, Domino-Verlag, Zürich 1968). Roman »Michael Häuptli« (Vorabdruck in »Der Bund«, Bern 1968; Flamberg-Verlag, Zürich/Stuttgart 1969).

soll, dass er einer eingehenden Prüfung nicht standhält). Zwar reist sich Episode an Episode: Morgens am See, Nebel – Jahrmärkt. – Fahrt in einem Car, Unfall – wieder am See – Schnee – Zimmer – in einem verschlossenen Zimmer – Liebesszene, erneut Schnee – und so weiter. Ein eigentlicher Handlungszusammenhang verbindet die Episoden nicht. Eine zeitliche Folge stellt sich kaum als unabdingbar heraus (Michael erscheint bald älter, bald jünger). Die äusseren Lebensumstände bleiben unbekannt. Die Schauplätze sind nicht festgelegt. Traum und Wirklichkeit fließen ineinander. Nichts, an dem man sich halten kann. Pubertierendes Chaos – denkt da ein Leser, nicht sehr geneigt.

Haltlosigkeit, Zusammenhangslosigkeit wild fahrender Teile. Wahr.

Nun sucht aber falsch, wer nach einem ursächlichen oder auch nur zeitlichen Zusammenhang der Episoden fragt. Den gibt es gar nicht. Die Bedeutung der Episoden liegt, einmal, in ihrem Aeusseren für sich, zu Ding gewordenen Gefühlen und Gedanken, einer (erst gegen Ende naturhaften) seelischen Landschaft, in der jemand spazieren geführt wird – aber auch im Erlebten dieser Landschaft, dem Spaziergang Michaels zu sich selbst. Michael Häuptli? Der Leser wird doch wohl hoffen – aber alsogleich auch eine Frage stellen. Die Frage nämlich, wie denn überhaupt zeitliche und erlebnismässige Folge nicht miteinander übereinstimmen können?

Der Roman ist über gewisse Strecken ganz in erlebter Rede gehalten, also streng aus dem Erlebniswinkel Michaels heraus gestaltet. Aber nie über lange Strecken. Immer wieder macht sich der Erzähler bemerkbar, schaltet Michaels Erleben aus, schiebt eigene auktoriale Teile ein. Auktoriale und personale Partien sind nun aber nicht immer klar voneinander getrennt. Der Erzählstandpunkt oszilliert. Ja, in dem an ethischen Stellen beunruhigenden Wechsel der Sichtweise dürfte der Leser Stimperei vermuten, läge nicht darin die Bedeutung des Romans: Häuptli und der Erzähler befinden sich im Kampfe miteinander. Die Episoden sind dessen Stufen. Nähern sich personale und auktoriale Standpunkt, werden sie zu einer höheren Einheit, so halten die kämpfenden inne, verschmelzen Erzähler und Erzählter.

Traum und Wirklichkeit seien nicht voneinander abgehoben. Wahr auch dies.

Zwar enthält »Michael Häuptli« auch einige ausgesprochen wirkliche, realistisch gehaltene Passagen. Aber

Häuptlis tödlichem Unfall mit der Frage »Wirklichkeit?« über den ganzen Roman wie erhebt: Der Erzähler ist die Hauptgestalt, ja die einzig wirkliche überhaupt. Die dichterische Wirklichkeit besteht nicht aus den Episoden Häuptlis, liegt dem Erzähler nicht als Vergangenes (sei dieses nun erfunden oder erlebt) gegenüber. Das Erzählen selbst ist die Wirklichkeit. Seine im Bewusstseinsstrom spielenden Gefühle und Gedanken verdinglicht der Erzähler ohne (oder fast ohne) zeitverlierenden Kommentar, seine jäh auftauchende Geschichte hält er unmittelbar erzählend fest. Gestalten, Örtlichkeiten, Tätigkeiten des Ichs besonders deutlich (wenn nicht überdeutlich) in der Szene im unterirdischen Kanal:

»Er lief immer weiter. Zuerst glaubte er aufwärtszugehen, dann wieder schien ihm der Weg hinunterzuführen. Zuletzt wurde er unsicher. Irgend etwas trieb ihn vorwärts, es war keine bloss Furcht, die ihn hetzte, es war eine Art verzweifelter Neugier.«

»Es erschien ihm nicht einmal merkwürdig, sich in einem Gang zu befinden, der ihn eng umschloss.«

»Dumpf ahnte er, dass das sein Kanal war.« (Hervorhebung vom Autor.)

»Er war es selbst!« – eine Episode

Eine Leseprobe aus dem neuen Roman »Michael Häuptli«

Lange spazierte er im schön gepflegten Garten. An einigen Bäumen waren die Knospen bereits aufgesprungen, guckten zartgrüne Blättchen hervor. Ein Gärtner war dabei, die Kieswege zu rechen. Der Rasen stand schon ziemlich hoch. Die Sonne schien warm. Als nach ihm gerufen wurde, stand er gerade etwas abseits bei einem Teich. Winkend rannte ihm ein Portier entgegen. Michael ging auf ihn zu und folgte ihm durch den Haupteingang ins Gebäude. Der Portier wies ihm den Weg und liess ihn dann stehen. Michael nahm den Lift. Er fuhr drei Stockwerke hinauf, stieg aus und suchte das Zimmer, das ihm der Portier angegeben hatte. Leider hatte er die Zimmernummer vergessen, und deshalb blieb er ratlos stehen. Da legte ihm jemand von hinten die Hand auf die Schulter. Er erblickte einen kleinen, alten Mann, einen Arzt in einem weissen Kittel. Sein Gesicht war runzlig und schlaff. Michael hatte das Gefühl, diesen Menschen schon einmal gesehen zu haben, aber er erinnerte sich nicht mehr wo.

kämpft hat, für immer von ihm gestossen. Sein Leben beginnt.

»Michael Häuptli« – Wirklichkeit? Gewesene Wirklichkeit!

Jürg Acklins Sprache ist, wie sie uns in seinem Erstling entgegentritt, in manchem die Sprache eines noch Suchenden und Beeinflussbaren. In den erwähnten realistischen Partien – zum Glück sind sie weder zahlreich noch von Gewicht – wird sie von Klischees nicht selten wie überrannt. Gymnasialluft weht. Der Autor, sehr jung, überlässt sich da dem Schwanken und Zittern aus der spürbaren Angst, sich in festgestanzten Manierismen zu verrennen. Durch all die verkrampte Unsicherheit bricht indessen immer wieder eine freie, erzielte Sprache. Acklins knappe, dank ihrer Treffsicherheit vollständige sprachliche Bilder, schon im »Michael Häuptli« zahlreich und mannigfaltig vorhanden, sind nahe an dem, was man heute dichterischer Sprache nachsagt: gewählt und gewöhnlich in einem.

Antonino Orlando

Nachstehend drucken wir, mit freundlicher Erlaubnis des Flamberg-Verlages, einen Abschnitt aus Jürg Acklins eben in Buchform erschienenem Roman »Michael Häuptli«.

Der Mann war freundlich und führte ihn vor das Zimmer 77. Als Michael ihm sagte, weshalb er hier sei, antwortete er, er solle hier drinnen warten. Dann schob er ihn sanft, aber bestimmt, in den dunklen Raum. Michael wollte ihn fragen, wo der Lichtschalter sei, aber er hörte nur noch, wie die Tür hinter ihm geschlossen wurde. Um sich orientieren zu können, entfaltete er ein Zündholz. Wie gelächelt wurde er in ein schroffes, bodenloses Loch, das kaum zwei Schritte vor ihm gähnte.

Er stürzte nicht. Hart am Abgrund blieb er stehen. Er überlegte. Es gab nur eine Möglichkeit: er musste hinüberspringen. Das Loch war nicht allzu breit. Er ging leicht in die Knie, federte ein paar mal auf und ab, überwand sich und sprang. Ein Windhauch streifte ihn, als er durch die Luft flog. Er landete in einem Stapel feuchter Kartonschachteln. Modriger Geruch schlug ihm entgegen. Er entzündete ein neues Streichholz, ergriff eine Schachtel und warf sie ins Loch hinunter. Er wollte die Tiefe ausloten. Ein paar mal glaubte

er einen Aufschlag zu hören, aber die Schachtel hatte nur die Wand gestreift.

War das Loch bodenlos? Hatte er den Aufschlag überhört?

Er schob den Kartonhaufen an den Rand des Abgrundes und stiess ihm mit den Füssen hinunter. Erst als der Boden vollständig gesäubert war, kehrte seine Ruhe wieder zurück.

Bald hatte er alle Streichhölzer verbraucht, ohne einen Ausgang zu finden. Da wurde die Tür wieder geöffnet. Lachend schaute das Männchen herein und rief: »Buh, ist das aber tief!« Darauf verschwand es wieder, liess aber die Tür offen stehen. Michael sprang zurück. Er war froh, hinauszukönnen.

War er dem kleinen Wicht nicht schon im Theater begegnet? Der Gott der Kirche. Der Portier konnte sich den Vorfall nicht erklären. Er zweifelte an Michaels Verstand und forderte ihn auf, das Gebäude zu verlassen. Michael ging nicht darauf ein, fasste den Mann am Arm und führte ihn vor das Zimmer 77. Dort zeigte er ihm bei geöffnete Tür das Loch, dessen Rand jetzt im Tageslicht rüsch schimmerte. Hastig trat der Portier zurück. Mit unsicherer Stimme murmelte er: »Wir sind doch ein öffentliches Krankenhaus.«

Michael lächelte. Sie kamen ins Plaudern, vermieden es aber, das Loch zu erwähnen. Der Portier war ein freundlicher Mann. Nach seinen eigenen Aussagen besass er zwei unmündliche Kinder. Er pries den Vorzug der neuzeitlichen Krankenhäuser. Heisse Wände und Sonne. Er führte Michael durchs ganze Haus. Zuletzt wollte er ihm ein Zimmer zeigen: »Sehen Sie, hier lässt es sich leicht wieder gesund werden!« Sie traten in einen Raum voller Betten. Abgemagerte, todkranke Patienten. Alles junge Menschen. Der grosse Raum schaute nach Süden und war sonnendurchwärm. Eine einzige Schwester betreute die vielen Sterbenden. Gerade schob sie das Bett eines eben Verschiedenen in den Gang hinaus. Sie bat Michael, die Tür zu halten.

Neben jedem Bett stand eine blühende Geranie. Auch der Tote, der jetzt durch den Korridor geschoben wurde, hatte eine bei sich. Halb schräg lag der Topf am Fussende des Bettes. Etwas schwarzbraune, feuchte Erde hatte sich gelöst und lag wie Schutz auf dem schnee-weissen Bettlaken. Vor dem Zimmer 77 machten sie halt. Wieder bat die Schwester Michael um einen Dienst. Er kam ihrer Bitte nach und öffnete die Tür. Die junge Frau war von ihrer Arbeit überfordert. Ihr Gesicht war bleich. Ihre Augen blauschwarz umrandet. Als das Bett dicht vor dem Loch stand, drehte die Schwester an einer Kurbel, die das Kopfende anob. Das Bett wurde immer schräger. Der Tote! Michael erkannte ihn: Er war es selbst! Er schrie: »Michael! Michael!« Zu spät. Schon rutschte der gesamte Bettinhalt, der Tote, der Lochinhalt und die Leintücher ins Loch hinunter. Darauf trat die Schwester auf Michael zu, drückte ihm die Hand und sagte: »Mein herrliches Beileid, ich wusste nicht, dass sie den Verstorbenen gekannt haben.«

Der Portier zuckte mit den Schultern und half der Schwester das leere Bettgestell zurückzustossen. Michael war an der Tür stehengeblieben. Er wollte warten, bis er den leblosen Körper aufliegen hörte. Nichts. Warum sollte für Fleisch ein anderes Gesetz gelten als für Karton?

Mit dem Lift fuhr er ins Parterre hinunter. Als er das Gebäude verlassen wollte, kam ihm der Portier verstört entgegen: »Es ist mir selbst unerkärllich, was in diesem Haus geschieht, aber sehen Sie, ich bin nicht verantwortlich, ich nicht.«

Michael antwortete wohlwollend: »Beruhigen Sie sich, niemand ist verantwortlich. Glauben Sie noch immer, ich sei wahnsinnig?« Der Portier rang die Hände: »Nein, um Gotteswillen, verzehren Sie!« Michael begab sich in den Park. Der Gärtner hatte die Kieswege fertig gereicht, jemand fütterte beim Teich die Tauben. Der Gärtner war jetzt daran, eine Rabatte umzustecken.



FACIT TP-2 — die einzige Portable der Welt mit «mechanischem Gedächtnis»!
Schöne Schriften. Eleganter Koffer. Erhältlich durch die «Zentralstelle der Studentenschaft» und durch die SAB.

FACIT

8021 Zürich Löwenstrasse 11 Telefon 051 27 53 14 Verkauf auch durch die Fachgeschäfte

Akademische Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

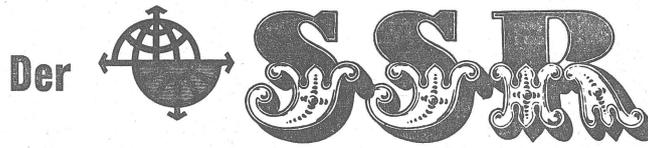


FREIHOFFER
Buchhandlung
für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1

Tel. 47 92 22

Es gibt viele Wege, ins neue Jahrzehnt hinüberzurutschen



hat sich ein paar attraktive Varianten einfallen lassen:

Russischer Winter

(28. 12. — 3. 1. 70)

Flug Zürich-Moskau-Leningrad. Theaterbesuche. Schlafwagenfahrt Leningrad-Moskau. Neujahrsparty. Troika-Schlittensfahrt!
Fr. 888.—

Paris

Transport per Bus (28. 12. — 4. 1. 70). 6 kurze Tage und 7 lange Nächte für nur
Fr. 155.—

Transport per Bahn (26. 12. — 3. 1. 70). Opéra, Konzerte, Theater und was Paris (!) sonst noch bietet
Fr. 250.—

Wien

(27. 12. — 4. 1. 70)

Mit der Bahn in die KuK-Metropole. Ein Neujahrsfest mit Wiener Charme
Fr. 265.—

Budapest

(27. 12. — 4. 1. 70)

Reise per Bahn. Aus dem Programm: Weindegustation, Dampfbad, »Metzgete« auf dem Lande! Silvesterball
Fr. 355.—

London

(26. 12. — 2. 1. 70)

»Hair« !!! Hotel + Flug
Fr. 360.—

Prag

(27. 12. — 3. 1. 70)

Reise per Flug. Stadtrundfahrt. Laterna Magica, Puppentheater ...
Fr. 395.—

Aegypten

(26. 12. — 7. 1. 70)

(26. 12. — 11. 1. 70) *

Kairo — Wüstenritt — Pyramiden — Basar — Abu Simbel — Segeln auf dem Nil — Alexandrien ...
Fr. 1100.—
* Fr. 1250.—

Achtung:

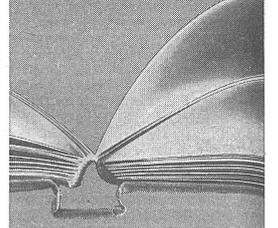
Die Anmeldefrist für SSRs wundersame Neujahrsreisen läuft und läuft und bald läuft sie ab!

Es sind immer noch einige Plätze in unseren Winterlagern frei. Erkundige dich beim SSR, Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich, Tel. 47 30 00.

f

freihofer ag

Buchhandlung
für Wissenschaft
und Technik



Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07

Wir bedienen
Sie jetzt auf zwei Etagen.

Theater 11

Thurgauerstrasse 7

Einziges Gastspiel
in der Schweiz

Open Theatre New York

Montag, 15. Dezember, 20.15 Uhr
Terminal

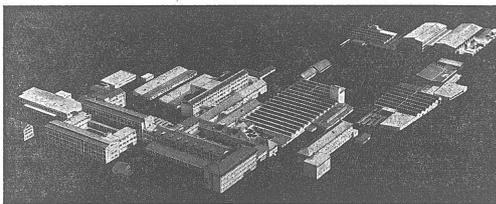
Eine kollektive Improvisation

Dienstag, 16. Dezember, 20.15 Uhr
End Game
von Samuel Beckett

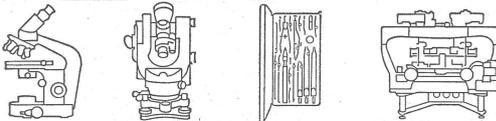
Karten zu Fr. 6.— bis Fr. 18.—
Schüler, Lehrlinge, Studenten und AHV-
Rentner 50% Ermässigung schon im
Vorverkauf.

Vorverkauf bei Hug, Jecklin, Kuoni, Hafner
sowie Jelmoli (Stadt und Oerlikon)
Verwaltungsabteilung des Stadtpräsidenten

Optische und feinmechanische Präzisions-Instrumente



Wild in Heerbrugg, das modernste und grösste optische Werk der Schweiz liefert in alle Welt: Vermessungsinstrumente, Fliegerkamern und Autographen für die Photogrammetrie, Forschungsmikroskope, Präzisions-Reisszeuge aus rostfreiem Chrom-Stahl



Wild Heerbrugg AG
CH-9435 Heerbrugg SG
Optische Werke

WILD
HEERBRUGG



ZUKUNFT MIT GEIGY

80 Berufe, 1000 Möglichkeiten — auch für Sie?

Das alles ist kein Zufall

Warum eine Biermann-Platte in Westberlin erscheint und Solschenizyns Werke nicht in der UdSSR veröffentlicht werden

Zufall ist es, dass in diesen Wochen im Westberliner Verlag Klaus Wagenbach eine Langspielplatte mit Liedern des DDR-Bürgers **Wolf Biermann**, erschien und in der UdSSR der sowjetische Bürger **Alexander Solschenizyn** aus dem Sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde, Zufällig ist jedoch nur das zeitliche Zusammentreffen.
Kein Zufall ist es, dass auch für Wolf Biermann gilt, was Alexander

Solschenizyn antwortete, als man ihn vor dem Ortsverband Rjasanij des Sowjetischen Schriftstellerverbandes fragte, warum seine Werke im Ausland veröffentlicht werden: »Sagen Sie mir zuerst, warum man mich nicht bei uns veröffentlicht.«
Die Folgen der Entscheidungen, unter denen beide, Biermann in der DDR, Solschenizyn in der UdSSR, jetzt zu leben haben, sind eindeutig und

identisch: Auftritts- und Veröffentlichungsverbot.

Beide sind von der Gesellschaft getrennt worden, der ihre Interesse gilt. Beide sind Kommunisten.

Entschieden über diese Verbannung aus der Gesellschaft hat in beiden Fällen der Staat durch die in ihm konzentrierte Macht, die sich gern auf die Gesellschaft beruft. Ist das noch kommunistisch?

Die Ursachen der Entscheidungen, unter denen beide, Biermann und Solschenizyn, jetzt zu leben haben, sind ebenfalls identisch und werden in hiesigen Breiten zumeist auf einen oberflächlichen Begriff vom »Stalinismus« gebracht.

Das Gerede um die schleichende Restalinisierung im Ostblock – dass die »Pravda« wieder Stalin-Bilder zeigt, soll auch Indiz dafür sein –, um den Tod des XX. Parteitag des KPDSU – dass Chruschtschow jetzt als Rentner lebt, soll auch Indiz dafür sein – sieht jedoch nur die Oberfläche, hat im XX. Parteitag im Jahr 1956 auch nur die Oberfläche, in der Verurteilung Stalins schon die Verabschiedung des Stalinismus gesehen und glaubt deshalb an Entstalinisierung schon dort, wo nur zu arg belastete Personen ausgewechselt werden. Doch Stalinismus ist nicht nur Personenkult, nicht nur Willkürherrschaft, nicht ein auf die Interessen eines einzelnen zugeschnittenes, von den Entscheidungen eines einzelnen abhängiges Herrschaftssystem, sondern primär ein gegenüber den Massen selbstständiges politisches Herrschaftssystem, dessen Ideologie die »Verabsolutierung der Produktion« zur Grundlage hat« (O. Negt). Das übersieht man hier nicht ohne Grund.

Denn wenn in diesen Tagen die Berichterstattung um den Ausschluss Solschenizyns, wenn in der Vergangenheit die Rezensionen der Verse und Lieder Biermanns Platz nur in den Kulturteilen der Zeitungen und Zeitschriften finden und fanden, dann ist das sowohl bewusstloser Reflex auf die aktuelle kommunistische Wirklichkeit in Osteuropa wie auch bewusster Reflex auf die aktuelle kapitalistische Wirklichkeit in Westeuropa:

– **bewusster Reflex**, weil so die herrschende Verschleierung bekräftigt wird, dass Basis – die ökonomische Grundlage der Gesellschaft – und Ueberbau – die politischen, juristischen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen und Ideen – nichts gemein haben;

– **bewusstloser Reflex**, weil die Verbannung des Falles Solschenizyn und des Falles Biermann auf die Kulturseiten gerade jenes statische, einseitige Verhältnis von Basis und Ueberbau reproduziert, das Biermann in der DDR und Solschenizyn in der UdSSR überhaupt erst zu einem »Fall« werden lassen.

Die materielle Isolierung Solschenizyns und Biermanns in ihren Gesellschaften entspricht jener ideellen Isolierung hier: Werden sie dort von der Gesellschaft getrennt, weil sie sich im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft – wie sie der Staat definiert – befinden, so reproduziert man hier jene Isolierung, damit die Trennung zwischen »niederer« Produktionssphäre und »höherer« Kultursphäre beibehalten und die herrschende Hierarchie befestigt werden kann.

Die DDR und die UdSSR, aber nicht nur diese beiden Länder, sind aus ihrer ökonomischen Struktur heraus gezwungen, solche Reglementierungen im Ueberbau vorzunehmen. Denn »ökonomisch ist im stalinistischen Sozialismus – so Robert Havemann – die sozialistische Revolution nur halb vollendet: Nicht die Produzenten, die Arbeiter und Bauern, sind als Eigentümer an die Stelle der Kapitalisten und Grundbesitzer getreten, sondern der Staat.« Dieser Staat hat sich zum Verwalter der Diktatur des Proletariats aufgeschwungen, ohne diesen Herrschaftsanspruch legitimieren, jene viel beschworene Dialektik von Basis und Ueberbau wirksam werden zu lassen. Unter dem Vorwand, die Interessen der Gesellschaft zu vertreten, entzieht der Staat dem Interesse und dem Einfluss der Gesellschaft gerade jenen Bereich, der nicht nur Fundament der sozialistischen Gesellschaft ist: den ökonomischen. Den Produzenten wird zwar verbal Eigentum an den

Produktionsmitteln zugestanden, aber gleichzeitig werden sie von der Entscheidung über die Verwertung des in der Produktion entstehenden Mehrprodukts ausgeschlossen. Dieser Widerspruch zwischen monopolistisch dirigierter ökonomischer Basis in Form einer nur verstaatlichten Wirtschaft einerseits und der propagandistisch behaupteten, faktisch jedoch nicht vorhandenen Möglichkeit der Produzenten, in den dann allerdings vergesellschafteten Produktionsstätten Entscheidungen zu üben, andererseits und jene jetzt nur noch machterhaltende Stillebung der Dialektik von Basis und Ueberbau machen es notwendig, diese Antagonismen nicht also solche kenntlich werden zu lassen.

Dazu bedarf es eines Apparats, dem nicht nur die Aufteilung und Verwendung des Mehrprodukts untersteht, sondern auch die Verschleierung dieser Antagonismen. Diese Funktionen übernehmen Kontroll- und Weisungsinstitutionen innerhalb einer Bürokratie, deren unpolitische, lediglich an der Produktivität, teilweise um ihrer selbst willen orientierte Zielsetzung sich selbst stärkstes Argument ist, jenes von Engels behauptete und von Lenin bekräftigte Absterben des Staates nicht nur zu verhindern, sondern auch jede Aktualisierung dieser Perspektive im Keim zu ersticken.

Die Künste in den vorwiegend verwalteten kommunistischen Staaten sind dann auch Deckmantel in doppelter Weise: einerseits für einen institutionalisierten, verdinglichten Marxismus-Leninismus, der geschichtslos ist, weil ihm die Mythologisierung des Vergangenen alles, die Antizipation des Zukünftigen nichts ist, und andererseits für jene Spektakel, die schnell als allumfassende Liberalisierung verstanden werden können, weil über jenen kleinen liberalisierten Kulturbereich die weiteren bestehenden Strukturen der materiellen ökonomischen Verhältnisse vergessen werden.

Was geschähe in diesen staatlich monopolisierten Volksrepubliken, wenn aufmüpfige Schriftsteller veröffentlichten, kritische Sänger auftreten könnten? Sehr wenig! Der Monopolsozialismus kann nicht weggeschrieben, nicht zum Land hinausgesungen werden. Seine Abschaffung erfolgt nur über eine Demokratisierung der Basis. Was dem Sozialismus im Ostblock fehlt, ist die Macht der Sowjets. Die Elektrifizierung ist schon lange erreicht. Ob die Einstellung dieser Sowjets den Schriftstellern und Bänkelsängern möglich ist, erscheint mehr als fragwürdig. Kulturrevolutionäre sind nämlich dort am wirkungslosesten, wo sie diese Revolution am lautesten verkünden dürfen. Das gilt auch für den Ostblock.

Was aber geschähe auf den hiesigen Kulturseiten, wenn Solschenizyn in der UdSSR veröffentlichten und Biermann in der DDR auftreten könnte? Man würde weiterhin ästhetisieren und über Kultur palavern und dann wieder etwas von »Stalinismus« fasn, wenn es wieder einen Fall gäbe, der demjenigen Solschenizyns oder Biermanns gleicht.

Was also tun? Man höre Biermann (Wolf Biermann: Chausseestrasse 131; Wagenbachs Quartplatte 4; Klaus Wagenbach-Verlag, Berlin) und lese Kuron/Modzelewski (Jacek Kuron/Karol Modzelewski: Monopolsozialismus, offener Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei; Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg) und wundere sich in Zukunft weniger über Fälle, die dem des sowjetischen Bürgers Alexander Solschenizyn so sehr ähneln – ähneln müssen.

Peter Krüsel

(Fortsetzung von S. 23)

Otto Morach – im Schatten der Grossen

auf europäischer Ebene gebracht, Künstler des »Sturms« und des »Blauen Reiters« und andere drängten immer mehr vor. Morachs Qualitäten wurden aber nicht erkannt.

Noch heute neigt man dazu, Morachs Werk im Vergleich mit demjenigen beispielsweise Marc Chagalls oder Lyonel Feiningers abzuwerten. Chagall schöpft aus einer nie versiegenden Quelle östlicher Tradition und aus dem unermesslichen Reichtum russischer und slawischer Traum- und Märchenwelt. Sein Werk ist Ausdruck eines russisch-jüdischen Weltgefühls, verwurzelt im alttestamentarischen Denken. Morach musste erst die angeborene schweizerische Nüchternheit überwinden, um zu sich selbst zu gelangen, und eine Aussage schaffen, die die damalige künstlerische wie politische Situation spiegelte.

Feininger wiederum blieb näher dem dekorativ-Expressiven. Seine Bilder

sind lyrisch, atmosphärisch. Morachs Bilder sind Stein. Feiningers Dome zum Beispiel sind verklärtes Licht aus Farben. Morach dagegen entmaterialisiert seine Kathedralen nie, sie bleiben schwer, erdnah. Morachs Werk weist Gemeinsames auf mit Chagall, Feininger, Léger und andern. Aber gerade diese Verwandtschaft in der Zeit der grossen Werke, die gleichzeitig in vielen Ländern, durch verschiedene Strömungen gekennzeichnet, Tore für die »neue Kunst« geöffnet hat, unterstreicht die Aktualität seines Werks. Otto Morach zählt, wie Amiet, Berger, Morgenthaler, zu den bedeutendsten Malern, welche die Schweiz nach Holder hervorgebracht hat.

In Zürich schloss sich Morach den Dadaisten an, deren Weg zu diesem Zeitpunkt bereits vorgezeichnet war. Er nahm an vielen Ausstellungen der Dadaisten teil, unter anderem 1919 im Salon Wolfsberg im Rahmen der Aus-

stellung »Die Neue Kunst« und im gleichen Jahr im Kunsthaus Zürich mit den Gründern des »Neuen Lebens«. Seine in Janco unterstützte Idee, dass der Künstler nur Diener an einer grösseren Sache sei, bildete den Grundstein zur späteren Gründung der »artistes radicaux«. 1918 wurde auf Initiative Fritz Baumanns in Basel die Kunstvereinigung »Das Neue Leben« gegründet, der u. a. Hans Arp, Augusto Giacometti, Marcel Janco, Oskar Lithy, Otto Morach, Anna Probst und Sophie Taeuber angehörten. Am 9. April 1919 fand im »Saal zu Kaufleuten« eine grosse Dadaversammlung statt. Diese Veranstaltung, zugleich Anlass zur Gründung der Gruppe der »artistes radicaux«, der auch Hans Arp, Viking Eggeling, Hans Richter, Marcel Janco, Augusto Giacometti und Otto Morach angehörten, und das zwei Tage später von der »artistes radicaux« unterzeichnete Manifest bildeten den Höhepunkt für Dada in Zürich.

»Wird über Tatsachen von grosser Tragweite beschlossen, so muss eine klare und einheitliche Ansicht vorherrschen. Geistig und sachlich verlangen wir unser Recht. Als Vertreter eines wesentlichen Teils der Kultur wollen wir Künstler an der ideellen Entwicklung des Staates teilnehmen, wir wollen innerhalb des Staates existieren, innerhalb seines Lebens, und wir wollen an allen seinen Verantwortlichkeiten teilhaben. Wir stellen fest, dass die Kunstgesetze unserer Zeit in ihren grossen Linien bereits festgelegt sind. Der Geist einer abstrakten Kunst stellt eine enorme Entwicklung des Freiheitsinnes des Menschen dar. Unser Glaube gilt der brüderlichen Kunst: Die neue Mission der Kunst innerhalb der Gesellschaft, Kunst gebietet Klarheit, sie soll das Fundament des neuen Menschen darstellen. Sie soll allen angehören ohne Klassenunterschied. Wir wollen die bewusste Schaffenskraft eines jeden einzelnen heranziehen zur Erfüllung seiner Aufgabe für das gemeinsame Werk. Wir bekämpfen den kräftezerstörenden Mangel an System. Unser höchstes Streben gilt der Schaffung einer geistigen Basis zur gegenseitigen Verständigung aller Menschen. Darin sehen wir unsere Pflicht. Diese Arbeit sichert dem Volk höchste Vitalität. Uns obliegt es, die Initiative zu ergreifen. Wir werden die Strömungen lenken, werden dem Willen Ausdruck geben und gleichzeitig die verschiedenartigen Bemühungen vereinen.«

»Das Manifest der radikalen Künstler« war für Dada der Abschluss der Manifestationen in Zürich. Der Schwerpunkt der Bewegung verlagerte sich nun vermehrt auf die Städte Paris, Köln, Berlin und New York. Dadurch verlor auch Otto Morach den Kontakt mit den Dadaisten.

Ch. Meyer



Erwartung (Paris 1913)

Englischer, Rollkragenpullover

100% Shetland

Schlagpreis: Fr. 32.-



WILLY KORN

MODE FÜR STUDIKER
Sonneggstr. 21, b. Sunnehus
STUDENTEN 5% Rabatt

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG

WURZEL

Mühlegasse 19

bei der Zentralbibliothek

Telephon 32 14 80

– DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache

Wir möchten herausfinden, ob Sie ein zukünftiger SWISSAIR → PILOT sind !



Wir nehmen uns Zeit, wenn es um die Beurteilung Ihrer Ausbildungs- und Laufbahnchancen als künftiger Swissair-Pilot geht! Schliesslich hängt nicht nur Ihre zukünftige Lebensgestaltung, sondern auch unsere Zukunft davon ab. Die Swissair benötigt jährlich rund 50 neue Piloten, die einen steilen Aufstieg verkraften können! Sie und wir sind deshalb darauf angewiesen, dass nur Anwärter mit ausreichenden Fähigkeiten ausgebildet werden. Aus Sicherheitsgründen. Aus Kostengründen. Weder Ihnen noch uns wäre nämlich gedient, wenn Sie Ihre Linienpiloten-Ausbildung ungenügender Leistungen wegen abbrechen oder eine so attraktive Laufbahn vorzeitig aufgeben müssten.

Wir können es uns aber auch nicht leisten, Bewerber abzuweisen, die einen solchen Beruf erfolgreich ausfüllen würden! So haben wir auf Grund mehrjähriger Erfahrung ein dreistufiges Auswahlssystem entwickelt, das Gewähr für eine objektive und gültige Beurteilung Ihrer Voraussetzungen bietet.

Wenn Sie Ihre Bewerbung als Linienpilot eingereicht haben, laden wir Sie deshalb ein, folgende Stufen zu «nehmen»:

Die erste Stufe, die sogenannte Vorselektion, besteht aus einer Gruppenprüfung und einer persönlichen Besprechung. Ausserdem überprüfen wir Ihre Koordinationsfähigkeit. Auch wird Ihre Sehschärfe ärztlich untersucht.

Dann möchten wir wissen, wie Sie sich in Ihrem künftigen Arbeitselement bewegen und ob Sie sich darin wohlfühlen.

Deshalb besteht die **zweite Auswahlstufe** in einer fliegerischen Ab-

klärung im Vorkurs der Schweizerischen Luftverkehrsschule. Sie lernen während 14 Tagen kostenlos fliegen. Unsere Fluglehrer stellen fest, ob Sie so präzise und sicher fliegen lernen, wie sich das für einen künftigen Linienpiloten gehört. Reichen Ihre fliegerischen Anlagen aus, um nicht nur Kleinflugzeuge zu steuern, sondern einmal Linienmaschinen mit einem Maximum an Flugsicherheit im dichten Netz des Weltluftverkehrs zu navigieren? Sie selber werden sich die Frage stellen, ob Ihre Flugbegeisterung genügend solide ist, um aus dem Fliegen einen Beruf zu machen.

Damit Sie eine solche Laufbahn nicht vorzeitig abbrechen müssen, weil Sie etwa den Anforderungen der kommenden Flugzeug-Generationen nicht mehr gewachsen wären, oder aus medizinischen Gründen die Linienpilotenlizenz verlieren könnten, ist in unser Auswahlssystem noch eine **dritte Sicherheitsstufe eingebaut: die «Hauptselektion»**. In dieser letzten Abklärung werden Ihre Zukunftsperspektiven als Linienpilot der Swissair abgewogen. Es geht um die Frage Ihrer Laufbahnsicherheit in einem anspruchsvollen Berufsfeld, das sich ständig weiterentwickelt. Innerhalb der Eignungsuntersuchung findet auch die Aufnahmeprüfung an die Schweizerische Luftverkehrsschule statt. Sie ist einer Aufnahmeprüfung an ein Technikum vergleichbar. Haben Sie die Grundlagen in Mathematik, Physik, Geographie und Englisch, um der theoretischen Ausbildung an der SLS folgen zu können? Aufgabenbeispiele finden Sie in den Unterlagen.

Haben Sie auch diese Stufe genommen, so dürfen Sie Ihrer Ausbil-

dung hoffnungsvoll entgegensehen. Und wenn Sie die drei Semester der Luftverkehrsschule und den Umschulungskurs auf den Douglas DC-9, unser Basisflugzeug, abgeschlossen haben, werden Sie kaum einen ebenbürtigen Beruf finden, in dem Sie mit so sicheren Erfolgsaussichten Karriere machen können.

Schweizerische Luftverkehrsschule
Swissair AG/OSR, 8058 Zürich
Telefon 051/835611, intern 6140



Ich erfülle die Anmeldebedingungen als Linienpilotenanwärter (Schweizer Bürger, 20–25 Jahre, 3 Jahre Sekundarschule, abgeschlossene Lehre oder abgeschlossene Mittelschule, absolvierte Rekrutenschule, Englischkenntnisse). Senden Sie mir Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

PZ, Wohnort: _____

Strasse: _____

